

pdf-Datei **FREIGEGERBEN**

Man soll die Welt
nicht belachen,
nicht beweinen,
sondern begreifen.

Baruch de Spinoza



Inhaltsverzeichnis

7	Die makroökonomischen Regelungen für eine funktionierende Marktordnung	435
7.1	Präventive endogene Förderung der Nachfrage statt Kostensenkungen	437
7.1a	Steuern als Maßnahme zur Stabilisierung der Nachfrage	439
7.1b	Volkswirtschaftliche Regelung der Arbeitszeit und der Lohnquote	450
7.1c	Warum eine liberal globalisierte Weltordnung scheitern muss	474
7.2	Exogene Schaffung der neuen Nachfrage durch Staatsausgaben	479
7.2a	Staatsausgaben für Güter der finalen Produktionsstufen	481
7.2b	Staatsausgaben für Güter der höheren Produktionsstufen	482

7 Die makroökonomischen Regelungen für eine praktisch funktionierende Marktordnung

Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.

Albert Einstein

Denn das Ziel für meine Wissenschaft ist, dass nicht Argumente sondern Künste (*artes*) erfunden werden ... nicht wahrscheinliche Gründe, sondern Beschreibungen und Anleitungen für Werke.

Francis Bacon

Was wir brauchen, und das ist die Herausforderung sowohl an die Wissenschaft als auch an die Ökonomie, das sind überlebensfähige stabile Ungleichgewichte. Wir haben gelernt, ja in vielen schmerzhaften Fällen lernen müssen, dass die Übertreibung der Spannung, das Über-das-Ziel-Hinausschießen von Ungleichgewichten zu Katastrophen führt. Das ist genau das, was die Natur in einem langwierigen Evolutionsprozess gelernt hat zu vermeiden.

Josef H. Reichholf

Als der Kommunismus zusammenbrach, haben die Verfechter des Kapitalismus darin den endgültigen Beweis gesehen, dass nach der *Großen Depression* (1929) der totgeglaubte Neoliberalismus die einzig richtige ökonomische Wissenschaft ist. Mehr noch. Sie wollten darin den endgültigen Beweis dafür sehen, dass die politische und ökonomische Ordnung des real existierenden Kapitalismus eine naturgegebene ist und die letzte und höchste Stufe der zivilisatorischen Entwicklung. Man begann schon vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) zu schwadronieren. Schließlich haben

die Neoliberalen mit Hilfe des korrupten westlichen Parteiensystems ihre „barbarische Konterrevolution“ (Walt Rostow) erfolgreich durchgeführt und die Gesellschaft „marktkonform“ umgestaltet. Sehr schnell hat sich aber herausgestellt, dass es nicht das Ende der Geschichte war, sondern nur eine Rückkehr des grausamen, unsozialen und kriminellen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Schließlich unterscheiden sich auch die viel beschworenen „Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ prinzipiell nicht von denen des 19. Und 20. Jahrhunderts.

Indem die heutige „marktwirtschaftliche Ordnung“ nur die altbekannten Tatsachen der kapitalistischen Ordnung hervorbringt, hat sich in den Sozialwissenschaften bzw. in der Wirtschaftswissenschaft dasselbe bestätigt, was man aus den Naturwissenschaften schon lange kennt. *Zum einen* bestimmt der paradigmatische Rahmen (axiomatische Basis) den Umfang der Probleme, Lösungen und schließlich auch Tatsachen. Eine Theorie kann nun mal keine Lösungen für ungelöste praktische Probleme vorschlagen, wenn diese in ihrem Weltbild als Probleme nicht vorkommen können. *Zum anderen* kann eine Theorie bzw. ein Paradigma so lange nicht sterben, bis eine bessere Alternative auftaucht. Erst mit dem neuen Paradigma verschwinden die Anomalien und Paradoxe des vorherigen, die Tatsachen und Probleme werden völlig anders gesehen und auch die Lösungen für sie sind ganz andere. Die *reale Nachfragetheorie* soll nun diese Alternative für die wissenschaftliche Erforschung und praktische Gestaltung der Marktwirtschaft sein. Die dieser Theorie zugrunde liegende *kreislauftheoretische Analyse* der freien Marktwirtschaft lässt uns begreifen, dass die freie Marktwirtschaft ein Stabilitätsproblem als sozusagen ihren Konstruktionsfehler hat (Kapitel 3.2d). Wegen der fehlenden Nachfrage bricht sie schließlich periodisch immer wieder zusammen (Kapitel 4.3a) und verharrt manchmal für eine längere Zeit danach auch noch in Rezession oder Stagnation. In diesem und dem nächsten Kapitel soll nun gezeigt werden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um dieses Problem praktisch lösen zu können.

Anhand der vorangegangenen ordnungstheoretischen und kybernetischen Erörterungen (Kapitel 5 und 6) wird der Leser schon ahnen können, dass die hier vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen vorzugsweise *Regelungen* sein werden, und zwar *Mengenregelungen*. In den Sozialwissenschaften haben sich die ordnungstheoretischen Ansätze mit Regelungen bis heute immer noch nicht hinreichend durchgesetzt, aber das muss nicht für immer so bleiben. Gerade was die Wirtschaftswissenschaft betrifft kann man zuversichtlich sein, dass sich dies ändern wird, vor allem aus dem Grund, der schon dem Begründer der Kybernetik Norbert Wiener auffiel. Gerade die Wirtschaftswissenschaft „ist der Zweig der Soziologie, der sich dadurch auszeichnet, dass er wesentlich bessere quantitative Wertmaße besitzt als die übrige Soziologie“, die als solche für die Mengenregelungen gut geeignet sein müssten. Die kreislauftheoretische Analyse bzw. die aus ihr abgeleitete *allgemeine Gleichung des Sparens* (Kapitel 3.2c) bestimmt, welche Größen und (quantitativen) Relationen zwischen ihnen für diese Mengenregelungen relevant sein können.

Mit den vorgeschlagenen Regelungen und weiteren Maßnahmen soll gezeigt und nachgewiesen werden, dass der wirtschaftliche Ablauf beeinflussbar ist. Nicht die Natur oder naturgegebene Gesetze, sondern der Mensch selbst ist es, genauer gesagt seine Institutionen und Regierungen, die durch ihr Tun und Lassen die wirtschaftliche Zukunft der Völker bestimmen, sei es zum Guten oder zum Schlechten. In unserer Wahl der Regelungen und der weiteren Maßnahmen wird es aber nicht nur wichtig sein, wie erfolgreich sie die Nachfrage erhalten und damit für die Stabilität der Wirtschaft sorgen, sondern auch ihr Beitrag für die Schaffung einer humaneren und gerechteren Gesellschaft. Der materielle Wohlstand ist nämlich nicht alles, das stimmt, es stimmt aber genauso, dass ohne ihn alles nichts ist.

7.1 Präventive endogene Förderung der Nachfrage statt Kostensenkungen

Wegen der paradigmatischen Unterschiede sind die nachfragetheoretisch abgeleiteten Maßnahmen und Regelungen zur praktischen Nachbesserung der Funktionsweise der Marktwirtschaft nicht nur *andere* als die von der neoliberalen Angebotstheorie bevorzugten, sondern stehen oft in direktem *Gegensatz* dazu. In der neoliberalen Theorie sind vor allem die (nominalen) *Preise* jene Größe, die von der Konjunktur- und Wachstumspolitik der Regierung nicht beeinflusst werden soll bzw. darf, damit die freie Preisfindung und somit die *optimale (reale) Ressourcenallokation* sowie das Wachstum der Marktwirtschaft nicht gestört wird. Aus der realen Nachfragetheorie folgt dagegen, dass es die wichtigste Aufgabe der Konjunktur- und Wachstumspolitik ist, für eine kontrollierte *Preissteigerung* zu sorgen, damit kein (*realer*) *Nachfragemangel* entsteht. Die reale Nachfragetheorie soll folglich auch herausfinden und Vorschläge formulieren, mit welchen Mitteln (sowohl direkte Maßnahmen als auch Regelungen) sich die gewünschte Preissteigerung wirtschaftspolitisch realisieren lässt. Allgemein betrachtet, gibt es zwei prinzipiell verschiedene Möglichkeiten, um auf die Preise einzuwirken: von der *Angebotsseite* oder von der *Nachfrageseite* her.

Von der *Angebotsseite* zu wirken bedeutet makroökonomisch Produktionsfaktoren bzw. Kosten zu beeinflussen, die das Preisniveau der Wirtschaft in relevantem Ausmaß bestimmen. Für zwei dieser Produktionsfaktoren, nämlich Steuern und Löhne, werden wir im Folgenden konkrete Lösungen vorschlagen. Was die Steuern betrifft, können diese das Preisniveau nicht nur durch ihre Höhe steigern, indem sie angebotsseitig und damit *indirekt* für mehr Nachfrage sorgen. Sie beschaffen dem Staat zudem Einkünfte, die er *direkt*, also nachfrageseitig, für die Schaffung der Nachfrage verwenden kann. Deshalb werden wir zum Ende dieses Kapitels auch etwas über die Staatsausgaben sagen. Es ist aber angebracht dazu etwas vorweg zu bemerken. Der Staat kann nämlich für die Staatsausgaben nicht nur

die Einnahmen aus den Steuern, sondern auch das von der Notenbank geschöpfte Geld benutzen. Das werden wir unten aber außer Acht lassen. Der Grund dafür ist, dass wir die monetären Maßnahmen und Regelungen zur Schaffung der Nachfrage mit dem „Geld aus dem Nichts“ erst im nächsten Kapitel ausführlich untersuchen werden. Die ersten sieben Kapitel dieses Buches bleiben also eine rein reale ökonomische Analyse, nur das letzte enthält auch eine monetäre. Was wir aber über die Staatsausgaben unten erörtern und nachweisen, wird auch für die Schaffung der Nachfrage mit dem „Geld aus dem Nichts“ uneingeschränkt gelten. Die dort gezogenen Schlussfolgerungen sind daher ein guter Übergang zum folgenden Kapitel.

7.1a Steuern als Maßnahme zur Stabilisierung der Nachfrage

Wenn Steuern einen relevanten Anteil der Kosten ausmachen und auf einem hohen Niveau bleiben, dann können die unter Druck geratenen Unternehmer ihr Preise nicht so schnell und stark fallen lassen, was nur günstig für die Nachfrage sein kann. Daraus lässt sich unmittelbar folgern, dass eine hohe Staatsquote für die Volkswirtschaft kein Nachteil sein muss. Auch die aktuellen Tatsachen bestätigen das. Beispielsweise weist Österreich eine vergleichsweise hohe Staatsquote von über 50% auf und ist damit stärker gewachsen als Deutschland. Zwischen 2001 und 2010 legte seine Wirtschaft jährlich im Durchschnitt um 1,6% zu, während es die Bundesrepublik nur auf 0,9% brachte. Mögen die Unternehmerverbände auch dauernd die angeblich zu hohe Staatsquoten und Transferleistungen beklagen, so sind es doch genau sie, die die Wirtschaft in Krisenzeiten stabilisieren. Denn durch sie können die Renten ausbezahlt werden, Arbeitslose werden unterstützt, und auch die Krankenkassen schränken ihre Leistungen nicht ein. Diese sozusagen „automatischen Stabilisatoren“ garantieren einen Basissockel an Einkommen in der Bevölkerung, was wiederum für Konsum, Umsatz und sicherere Arbeitsplätze sorgt. Auch andere Länder mit hoher Staatsquote machten die gleiche Erfahrung. Nach drei Jahrzehnten des Experimentierens mit Steuersenkungen und Sozialkürzungen hat sich

also die neoliberale Beschwörungsformel, die Steuersenkungen von heute seien die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen, eindeutig als ein großer Irrtum erwiesen. Abgesehen einmal von den sozialen und ökologischen Folgen der Umverteilung von unten nach oben, welche die Steuersenkung mit sich bringt, sind diese Jahrzehnte sowohl in Deutschland als auch in allen westlichen Industrieländern, gemessen an Wirtschafts- und Produktivitätswachstum die schlechtesten der Nachkriegszeit. Nicht einmal vor Krise konnten niedrige Steuern schützen. Im Herbst 2008 ist die Wirtschaft der westlichen „reformierten“ Länder auch noch fast zusammengebrochen.

Den von den Neoliberalen beschworenen angeblich positiven Zusammenhang zwischen niedrigen Steuern und guter wirtschaftlicher Entwicklung hat es in der Geschichte des Kapitalismus nie gegeben. Schon Mandeville teilt uns mit, dass in Holland, wo sich die erste funktionierende kapitalistische Wirtschaft entwickelte, die Bürger zu dieser Zeit mit „höheren Steuern als irgendeine andere Nation belastet“ waren. Der bekannteste Liberale des 19. Jahrhunderts John S. Mill stellte damals fest: „Die Steuerlast in England ist sehr groß; doch da jedermann ihre Grenzen kennt und selten mehr zahlen muß, als er erwartet und sich voraus berechnet, und da die Steuern ferner nicht derart sind, daß sie den Anreiz zu Fleiß und wirtschaftlichem Verhalten lahmen, werden die Quellen des Wohlstandes durch den Druck der Steuern nur wenig eingedämmt; sie können sogar, nach der Ansicht einiger, durch die zur Ausgleichung dieses Steuerdruckes gemachten besonderen Anstrengungen zu noch reichlicherem Fließen gebracht werden“ (*Grundsätze*: 590). Prozentual am Bruttosozialprodukt gemessen waren die gesamten Steuern im Jahre 1788 in der sich rasch entwickelnden Wirtschaft von Großbritannien nahezu doppelt so hoch wie in Frankreich: 12,4% gegenüber 6,8%. Während des *Goldenen Zeitalters* des Kapitalismus waren die Steuern besonders hoch. „Unter dem republikanischen Präsidenten Eisenhower lag der Höchststeuersatz für Spitzenverdiener bei 91 Prozent. Dieser Steuersatz sank unter dem demokratischen Präsidenten Kennedy auf immer noch beachtliche 78 Prozent. Hohe Steuern schienen sich nicht

nachteilig auf die Wirtschaft auszuwirken, die rasch wuchs, während die Produktivität immer weiter zunahm“ (Reich 2008: 59). In dieser Zeit der keynesianischen Wirtschaftspolitik betrug das Wachstum im Durchschnitt 4,8%, in den darauf folgenden drei neoliberalen Jahrzehnten nur 3,2%. Der Unterschied von 1,6% scheint nicht groß zu sein, gäbe es ihn jedoch nicht, wäre die Wirtschaftskraft nach diesem neoliberalen Zeitabschnitt um 50% größer. Auch im wirtschaftlich liberalsten Land, den USA, war es nie anders. Als im 19. Jahrhundert Steuerquote und Wirtschaftsregulierung niedrig waren, waren auch Lebensstandard und Wachstum niedrig, im 20. Jahrhundert war es umgekehrt. Etwas Anderes zu behaupten, war immer nur eine reine Erfindung von verschlagenen Theoretikern – von den Söldner der Reichen. Lassen sich diese Tatsachen doch nicht einfach leugnen, dann hört man: Hätte man damals, als die Steuern hoch waren und die Wirtschaft prosperierte, niedrigere Steuern gehabt, wäre es der Wirtschaft noch besser gegangen. Warum sind solche Erklärungen extrem bizarr und frech? Weil dahinter eine uralte, universal anwendbare Spitzfindigkeit steht, mit der sich gegen jede nur denkbare Tatsache „argumentieren“ lässt.

Zum Standardargument für die Steuersenkung gehört immer auch die Behauptung, der Staat könne mit „unserem Geld“ nicht effizient umgehen, folglich solle man das Geld bei denen belassen, die es erwirtschaftet haben. Auch um dieses Argument richtig zu beurteilen, brauchen wir überhaupt nicht die Theorie zu bemühen, sondern müssen uns lediglich die Fakten anschauen. Trotz aller Versprechungen der „Reformer“ in den letzten Jahrzehnten stellen wir fest, dass nach der Steuersenkung die große Mehrheit der Bevölkerung mehr an Kaufkraft eingebüßt hat als ihr durch niedrigere Steuersätze vom Staat „zurückerstattet“ worden ist. Man zahlt zwar weniger Steuern, aber man kann sich real weniger leisten. Der einfache Bürger muss nämlich selber bezahlen, was er vorher durch die staatlichen Transfer- und Sozialsicherungssysteme „umsonst“ bekommen hat. Man benötigt keine umfangreichen mathematischen Forschungen und Modelle um zu ergründen, dass diese Privatisierung für den durchschnittlichen Bürger unter dem

Strich zwangsläufig teurer kommen musste. Die Privatisierung in den traditionell kapitalistischen Ländern bedeutete vor allem die Privatisierung der monopolartigen öffentlichen Einrichtungen, wie Verkehrswege, Telefon-, Post-, Energie- und Wasserversorgungsnetze, Gesundheits-, Renten- und Bankensysteme. Manche dieser Dienste sind bei den privaten Anbietern schließlich teurer geworden. *Erstens* deshalb, weil durch die Zersplitterung manche Aufgaben mehrfach erledigt werden müssen (negativer Synergieeffekt), *zweitens*, weil auch der Profit verdient werden will und *drittens*, weil in der vor den Augen der Öffentlichkeit geschützten Privatwirtschaft sich auch unseriöse oder gar kriminelle Machenschaften verbergen lassen. Aktuelle Beispiele für den Irrtum, dass privat organisierte und geleitete Unternehmen allen anderen überlegen sind, bieten heute die gescheiterten Privatisierungen des britischen Eisenbahnnetzes und der amerikanischen Stromwirtschaft. Erwähnen wir einen der bekanntesten Fälle. „Ich glaube an Gott und die freien Märkte“, schwor öffentlich Jahr Kenneth Lay, Chief des amerikanischen Energieriesen Enron. Für das Jahr 2000 hatte er sich noch als Bonuszahlung 141,6 Millionen Dollar frei genehmigt, bald danach ist das Vorzeigemodell des neoliberalen deregulierten Marktes zur größten Firmenpleite der US-Geschichte geworden. Die angebliche Effizienz des privaten Energieunternehmens entpuppte sich als ein chaotisches Gespinnst von Lügen, Nepotismus, dubiosen Praktiken und gefälschten Bilanzen. Der Erzliberale Lay, der den Menschen die „Freiheit der Entscheidung“ geben wollte, hat diese Menschen nicht nur um Arbeitsplätze, sondern auch um die Altersvorsorge betrogen.

Das Geheimnis der kurzlebigen Erfolge dieser privatisierten Monopole beruhte auf den Entlassungen von Personal und dem Sparen an Komfort und Sicherheit der Kunden. So lange aber die Aktionäre zufrieden waren – und sie waren zufrieden, bis es zum Einbruch der Aktienkurse kam – hat dies niemanden wirklich beunruhigt. Nachdem nun die Zeit der Rosinenpickerei vorbei war und die technische Substanz der Anlagen, welche die Aktionäre vom Staat zu einem Spottpreis erworben haben, ausgezehrt, hört man überall Wehklagen.

Nicht selten sind dann die konservativen und liberalen Regierungen diejenigen, die wieder verstaatlichen, bis aus den Steuereinnahmen diese Einrichtungen wieder saniert und nachinvestiert sind, um sie dann wieder billig zu privatisieren, damit sie wieder einmal „effizienter“ wirtschaften. Manchmal teilen sich diese Aufgaben zwei großen Systemparteien: Die Sozialdemokraten verstaatlichen und die Konservativen privatisieren. Ziemlich gleich der polizeilicher Taktik: „Guter Bulle, böser Bulle“. Zu diesem Thema gibt es aber mittlerweile eine so umfangreiche Literatur, dass wir dabei nicht länger verweilen wollen. Es soll an dieser Stelle noch ergänzend bemerkt werden, dass sich die ehrlichen Liberalen gegen die Privatisierung des Staatseigentums zu Gunsten privater Monopole hätten stellen müssen, was sie jedoch nicht getan haben. Seltene Ausnahmen lassen sich allerdings schon finden. Es ist zum Beispiel bekannt, mit welchem grenzenlosen Ehrgeiz Milton Friedman alles, aber auch alles privatisieren will, trotzdem tauchen auch bei ihm manchmal Zweifel auf, ob private Monopole immer und unbedingt die beste Lösung sind. „Die Wahl zwischen den Übeln eines Privatmonopols, eines Staatsmonopols und einer öffentlichen Kontrolle kann nicht ein für allemal getroffen werden, ohne die tatsächliche Situation zu berücksichtigen“ (Friedman 1971: 53), stellt er fest. Wir werden also in Zukunft offensichtlich einiges wieder verstaatlichen müssen und niemals die kriminelle Praxis der Privatisierer erlauben.

Wenn man die Monopole untersucht, vor allem die natürlichen und insbesondere jene die für die öffentliche Versorgung zuständig sind, dann stellt man fest, dass Staatseigentum fast immer die bessere Lösung ist. Deshalb verwundert es nicht, dass „innerhalb der entwickelten Demokratien kein enger Zusammenhang (wenn überhaupt einer) zwischen wirtschaftlicher Leistung und relativer Größe des öffentlichen Sektors besteht“ (Olson 1991: 6). Die Steuersenkung und die durch sie bedingte Privatisierung der staatlichen Dienstleistungen ist in aller Regel ein Verarmungsprogramm für breite Schichten der Bevölkerung. Schon ein flüchtiger Blick auf amerikanische Großstädte macht deutlich worum es geht: Verwüstete Infrastruktur, marodes Gesundheitswesen,

ineffizientes Schulsystem. Nachdem auch Deutschland zum Niedrigsteuerland geworden ist, breiten sich auch hier amerikanische Zustände aus. Die Städte und Gemeinden müssen sich über jedes vertretbare Maß hinaus verschulden, um ihre Krankenhäuser, Schulen und öffentlichen Einrichtungen notdürftig in Betrieb zu halten. Das heißt, sie halten nur mit größter Mühe den Stand, den der angeblich ineffiziente Wohlfahrtsstaat seinerzeit zu schaffen imstande war. Wir leben also nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen, sondern von der Substanz, die wir vom keynesianischen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg geerbt haben. Langfristig betrachtet bedeutet es: Die Steuersenkungen von heute sind der soziale Genozid von morgen.

Man mag es kaum glauben, aber am Beginn der neoliberalen Wende wurde ernsthaft behauptet, die niedrigeren Steuersätze würden sogar mehr Steuereinnahmen bringen. Es hieß damals, die Bürger würden bei einem höheren Prozentsatz des ihnen verbleibenden Einkommens mehr und fleißiger arbeiten, um ihr Einkommen weiter zu steigern. Dies sollte die Wirkung der niedrigeren Steuersätze überkompensieren. Man muss schon eine ordentliche Menge von gutem Willen oder besser gesagt einen starken Glauben an menschliche Fehlbarkeit aufbieten, um diese Auffassung als Ausdruck einer wirklich ehrlichen wissenschaftlichen Überzeugung zu verstehen. Sie war eigentlich von Anfang an (*Laffer-Kurve*) nur eine ideologische Masche der „Scharlatane und Sonderlinge“ (Mankiw: 35–36) aus den von Reichen alimentierten Bildungs- und Forschungsinstituten (*think tanks*). Und es kam, wie es kommen musste. Nach Reagans Wahl zum US-Präsidenten wurde die gesetzliche Steuersenkung beschlossen, doch die Steuereinnahmen wollten dadurch nicht steigen. So hat er in den ersten drei Jahren seiner Regierung riesige Haushaltsdefizite eingefahren: 58, 111 und 208 Mrd. Dollar. In den entwickelten Industriestaaten wuchs die Schuldenlast der Firmen in den drei Jahrzehnten nach der neoliberalen Konterrevolution von 85% auf 128%. Die Regierungen dieser Länder haben sich im gleichen Zeitraum sogar mehr als doppelt so hoch verschuldet, von 44% auf 93% (jeweils vom BIP).

Lassen sich die verheerenden Folgen der Steuersenkung nicht mehr einfach weg reden und leugnen, so ergreifen Proponenten der Niedrigbesteuerung gern die Flucht nach vorn. Man hört dann von ihnen, es sei richtig, dass die versprochenen Effekte ausgeblieben seien, man müsse aber noch etwas mehr tun. Wenn dem Staat, den Ländern und den Kommunen nun doch Geld fehle, müssten die Sozialausgaben gekürzt werden. Man brauche keine sozialen Ausgaben, da diese für die Sozialhilfeempfänger kontraproduktiv wirken würden. Die von der Gesellschaft ausgeschlossene Unterschicht und das kriminelle Milieu seien auf die antriebshemmende Wirkung des Wohlfahrtsstaates zurückzuführen, aber keinesfalls auf den freien Markt. „Nun hat man sich mit solchen allgemeine Geltung beanspruchenden Thesen schon immer etwas schwer getan“, merkt der britische politische Philosoph John Gray dazu kritisch an. „Wo sind denn die gesetzlosen Unterschichten von Österreich oder Norwegen, von Ländern also, deren Sozialfürsorge so großzügig ist? Wo ist die Unterschicht von Kanada? Warum hat es sie im alten Neuseeland nicht gegeben, vor den Reformen? In der amerikazentrierten Welt der Neuen Rechten werden solche Fragen nicht gestellt, geschweige denn beantwortet.“ Es gibt in der Tat vieles zu verbergen. „Ein 1995 in Schanghai geborenes Baby hatte größere Chancen, das erste Lebensjahr zu vollenden, größere Chancen, lesen und schreiben zu lernen, als ein in New York zur Welt gekommenes. Auch seine Lebenserwartung lag um zwei Jahre höher“ (Gray 1999: 61, 164). Und mit den hoch gepriesenen bürgerlichen Freiheiten des neoliberalen Kapitalismus steht es ebenfalls schon lange nicht mehr zum Besten. So waren 1996 in den USA mehr als 1,6 Millionen Menschen unter teils unmenschlichen Bedingungen inhaftiert, was eine Verdoppelung in knapp zehn Jahren bedeutet. Damit hat die gesamtgesellschaftliche Sträflingsquote diejenige der stalinistischen Sowjetunion zurzeit der Gulag überschritten, stellte die liberale *Wirtschaftswoche* verwundert fest, als sie den Rückgang der Kriminalität mit der Praxis der „Zero Tolerance“ lobte (*Hand abhacken*, *Wirtschaftswoche*, Nr. 52, 1997). Der überdurchschnittlich hohe Anteil von Schwarzen kann nicht verwundern, denn sie sind die typischsten

Vertreter der Armen in Amerika. Während der erste schwarze Präsident Obama das Land regierte, gab es mehr Schwarze in Gefängnissen als im Jahr 1850 Sklaven. Im Jahre 2005, als der konservative Neoliberalismus seine „Reformen“ endgültig durchführte und überschäumlich seine angebliche große Erfolge feierte, saßen nach einer aktuellen Studie von der *Human Rights Watch* und *Amnesty International* in den USA 2225 zur Tatzeit Minderjährige lebenslange Haftstrafen ohne die Möglichkeit einer vorzeitigen Entlassung ab. In allen übrigen Ländern waren es etwa 12. Alle Länder außer den USA und Somalia haben die Konvention zu Kinderrechten unterzeichnet, die eine derartige Strafe für Menschen unter 18 Jahren ausdrücklich verbietet. Nach 9/11 erlassene neue Gesetze (Patriot Act, präsidientielle Direktiven und Memos des Justizministeriums) bemächtigen die Exekutive ohne Rechenschaft gegenüber der Verfassung oder dem heimischen und internationalen Recht zu handeln. Amerikaner können plötzlich unbegrenzt lange eingesperrt werden, ohne dass der Fall einem Gericht vorgelegt würde. Habeas Corpus, ein verfassungsmäßiger Schutz, der ein solches Einsperren verhindern soll, wurde einfach zur Seite gelegt. Plötzlich können Menschen zu Geständnissen gefoltert werden und sogar die am engsten verbündeten Länder können unterschiedslos ausgespäht werden ohne die Notwendigkeit von gerichtlichen Genehmigungen. Obama ging noch weiter als Bush und schuf rechtliche Möglichkeiten eigene Bürger ohne rechtsstaatliches Verfahren zu töten. Verblüffend an der heutigen Einstellung zur „Zero Tolerance“ ist, dass man genau das lobt, was vor noch nicht allzu langer Zeit Herbert Marcuse als „repressive Toleranz“ angeprangert hat, weswegen man ihn einen böswilligen Verleumder des Kapitalismus genannt hat. Es war Marcuses Pech, dass er sich gerade zu einer Zeit mit dem Kapitalismus angelegt hatte, als dieser noch willig war, den Sozialstaat zu dulden. Der russische Politiker und marxistische Wirtschaftstheoretiker Bucharin soll gesagt haben: „Die Demokratie ist die Staatsform des Bürgertums, wenn es keine Angst hat. Der Faschismus, wenn es Angst hat.“ Alles spricht heute dafür, dass es stimmt.

Nicht vergessen dürfen wir, dass diese amerikanischen Verhältnisse eine Welt darstellen, in welcher der Steuersatz immerhin noch zwischen zwanzig und dreißig Prozent liegt. Mit ein bisschen Fantasie können wir uns auch gut vorstellen wie die Welt aussähe, wenn der Steuersatz noch niedriger wäre, zum Beispiel bei zehn Prozent, wie es im europäischen Feudalismus während vieler Jahrhunderte üblich war. Manchmal war er sogar noch niedriger; so hat sich zum Beispiel die französische Aristokratie vor der Großen Revolution (1789) eine völlige Steuerfreiheit genehmigt. Die feudale Gesellschaft lebte aber nicht ohne Obrigkeit, sondern mit viel Obrigkeit; nicht ohne Reglementierung, sondern mit viel Reglementierung; nicht ohne Polizei, sondern mit viel Polizei. Diese Obrigkeit, Reglementierung und Polizei dienten jedoch nicht allen Bürgern, wie im demokratischen Wohlfahrtsstaat, sondern sie standen im Dienst einer kleinen privilegierten Minderheit, von der sie privat finanziert wurden. Rousseau hat es damals auf die ihm eigene prägnante Weise zum Ausdruck gebracht: „Sind nicht alle Vorteile der Gesellschaft für die Mächtigen und Reichen? Sind nicht alle einträglichen Ämter für sie bestimmt? Sind ihnen nicht alle Auszeichnungen und alle Vorrechte vorbehalten? Steht ihnen nicht stets die Autorität des Staates zur Verfügung? Wenn ein Mann von Rang seine Gläubiger bestiehlt oder andere betrügerische Handlungen begeht, ist er nicht der Straflosigkeit sicher? Die Stockstreiche, die er verteilt, die Gewalttaten, die er begeht, selbst Totschlag und Mord, machen ihn nicht schuldig; es sind Dinge, die man vertuscht und von denen im Lauf von sechs Monaten niemand mehr spricht. Wenn aber dieser selbe Mann bestohlen wird, so gerät sogleich die gesamte Polizei in Bewegung, und wehe dem Unglücklichen, auf den er seinen Verdacht wirft.“ Der heutige „Bürokratieabbau“ und die „Steuerentlastungen“ führen geradewegs zu solchen Verhältnissen. Die Amerikaner sind hier die Vorreiter, andere Länder folgen. Im Durchschnitt kommen heute in den USA auf einen Polizisten drei Angestellte privater Sicherheitsdienste, in Kalifornien sind es sogar vier. Deshalb klingt es wie ein Hohn, wenn die heutigen Politiker, auch immer öfter von

solchen Wachmännern umgeben, uns belehren, es gehe nicht um die Sicherheit durch den Staat, sondern vor dem Staat.

Wer heute meint schon der Gedanke den Kapitalismus mit dem Feudalismus zu verbinden, sei abwegig, weil dieser schon längst zur Geschichte gehöre, möge sich daran erinnern, dass die britischen Kolonisten und später die Amerikaner über Jahrhunderte hinweg die Marktwirtschaft sogar mit der Sklavenhaltung kombiniert haben. Sind nicht gerade die Ghettos der heutigen amerikanischen Reichen, die in vielen Städten wie Wagenburgen entstehen, ein Versuch, im Kapitalismus den Feudalismus wieder auferstehen zu lassen? Man schätzt, dass heute rund acht Millionen Amerikaner in befestigten Städten (*gated communities*) leben und von privaten Sicherheitsdiensten bewacht werden. Gerade an diesen immer zahlreicher werdenden Reichenghettos mit hohen Mauern und Zäunen, mit streng bewachten und kontrollierten Ein- und Ausgängen, die den Reichen das zu sichern versuchen, was außerhalb zunehmend fehlt, nämlich eine funktionierende Infrastruktur, soziale Sicherheit und ausreichende Gewaltfreiheit erkennt man die Rückkehr des Feudalismus, so Michael Lind, ein ehemaliger Mitarbeiter aus der Administration des Präsidenten George Bush sen. Im Unterschied zu den amerikanischen Reichen müssen die europäischen ihre exklusiven Wohnorte nicht wie einst die feudalen Herren militärisch absichern. Die unteren Schichten sind hier nämlich nicht dermaßen sozial ruiniert und zum Wahnsinn der Verzweifelten getrieben – noch nicht. Ein sehr auffälliges Benehmen dieser heute neu entstehenden feudalen Kaste verdient hier kurz erwähnt zu werden, nämlich ihr protzig und überheblich zur Schau gestellter sentimentaler Humanismus und bedingungslose Weltoffenheit. Diese Menschen, die den Rest der eigenen Gesellschaft zumindest nicht schätzen und die unteren Schichten richtig verachten und verleumden, sind exzessive und rabiate Kosmopoliten. Sie haben ein großes Herz für die Leidenden in jeder Ecke unseres Planeten und sind voll von Verständnis für Gebaren, Sitten, Kulturen und Religionen aller noch so abgelegenen und – wie man früher sagte – gottverlassenen Gegenden unseren Planeten. Sie sind maßlos empört, entsetzt und enttäuscht, wie das eigene Volk so

gefühllos und kaltherzig sein kann, sein Dach und Brot mit diesen Bedürftigen und von „Diktatoren“ Verfolgten nicht teilen zu wollen. Diesen moralischen Oberlehrern selbst würde es dagegen nie in den Sinn kommen, ihren eigenen Besitz zu teilen. Bei ihren Taten ging es ihnen immer nur darum, das eigene Volk bis zum letzten Hemd auszunehmen. Zu den Gipfeln ihrer Heuchelei gehört es gerade, wenn sie Medien einladen, damit sie dem Volk in Echtzeit berichten, wie man Migranten auf den Meeren rettet – insbesondere Kinder und Mütter. Was tatsächliche ihre Sorgen um leidende Kinder bedeuten, hat sich in einem Fernsehshow (12. Mai 1996) die US–Außenministerin Madeleine Albright verplappert. Auf die Frage, dass in Irak wegen der westlichen Sanktionen eine halbe Million Kinder gestorben sind, mehr als damals in Hiroshima, antwortete sie eiskalt: „Es ist den Preis wert.“ So viel zu den „westlichen Werten“. In der Tat gehören heute zu den leidenden Kindern und Muttern, sowie den restlichen Migranten überhaupt fast ausschließlich diejenigen, die versuchen ihre nackte Existenz zu retten, weil die global fühlenden Machteliten ihre Heimatländer zurück in die Steinzeit gebombt haben („Kanonenbootdiplomatie“), um mit den von ihnen installierten Paladinen, also den Putschisten – die im Handumdrehen zu Demokraten erklärte wurden –, Märkte und Naturressourcen an sich zu reißen. Ein Schelm, wer in der samaritanischen und universalmenschlichen kosmopolitischen Moral der heutigen westlichen Eliten den Flüchtlingen gegenüber eine gut durchdachte und sorgfältig durchgeführte Strategie sieht: *zum einen* ihre wirtschaftliche Macht weiter auszubauen (Lohndumping durch Flüchtlinge) und *zum anderen* um die Unzufriedenheit des eigenen Volkes auf die Flüchtlinge zu lenken (*divide et impera*). Fügen wir noch hinzu, dass dieser moralische Rigorismus und Größenwahn eine altbekannte Erscheinung bzw. Eigenschaft der menschlichen Natur ist, also eine normale Eigenschaft des Menschen *wie er wirklich ist*: Je unmenschlicher und amoralischer die eigenen Taten, umso expressiver und prunkvoller werden die äußeren Gesten.

Es ist angebracht noch hinzuzufügen, dass in der Geschichte immer wieder die Staaten zugrunde gingen, als die Reichen nicht Steuern

zahlen wollten. Erwähnen wir das feudale Frankreich als ein Beispiel aus der neueren Zeit. Es war kein Zufall, dass die große Französische Revolution (1789) dann stattfand, als die Aristokratie und die Kirche dem Staat verweigerten, sie zu besteuern. Der finanziell zugrunde gerichtete Staat war schlicht zu schwach, den Aufstand des Volkes niederzuschlagen. Die Staatskasse war damals nicht leer, weil der Staat, also Ludwig XVI. August luxuriös lebte – er lebte wie alle Könige vor ihm –, sondern weil es so weit gekommen ist, dass die Reichen keine Steuern mehr zahlten. Wie für jede Machtelite schon immer und überall üblich, war es auch für die französische Aristokratie und den Klerus unvorstellbar, ihre Herrschaft könnte nicht ewig dauern. So waren sie umso überraschter, als das für unmöglich Gehaltene geschah. Es ist nicht zu übersehen, dass der Kapitalismus heute in einem ähnlichen Zustand ist. Der Staat ist zu schwach, die Reichen zu besteuern und die unteren und mittleren Schichten zu schützen. Dazu kommen wir noch.

7.1b Volkswirtschaftliche Regelung der Arbeitszeit und der Lohnquote

Wie auch immer die neoliberale Theorie ihr Stück im konkreten Fall auch inszeniert, einem können wir uns stets sicher sein: Am Ende wird der Arbeitnehmer als Übeltäter diagnostiziert und als Zielscheibe für moralische Empörung hingestellt. Das ist der Weisheit letzter Schluss in der neoliberalen Theorie, aus der sich das gewohnte Ethos der Neoliberalen nährt. Je mehr sich die Wirklichkeit von ihrem Hirngespinnst der zu hohen Löhne entfernt, desto mehr bemühen sie sich auch andere Schuldigen an den Problemen der freien Marktwirtschaft zu finden. Dann stoßen sie immer wieder auf Gewerkschaften, Regierungen, Kommunisten und andere Verdächtige, die ihrer Überzeugung nach die „freie Lohnfindung“ verhindern. Und weil gegen das Böse alle Mittel gerechtfertigt sind, ist es kein Wunder, dass die grimmigen Apostel der Freiheit nie viel und lange überleben, wenn es um die Wahl der Mittel geht. Da sich die neoliberalen Ökonomen und andere Sozialwissenschaftler so gern über andere auslassen und über deren angebliche Brutalität und Verbrechen

entsetzt sind, ist es angemessen zumindest etwas über ihre eigenen Taten zu sagen. Fangen wir mit dem 19. Jahrhundert an.

In den modernen Gesellschaften, die aus der Idee der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entstanden sind, ist die politische und ökonomische Macht auf die bürgerliche Klasse übergegangen, von der man sich eine geistig-moralische Wende erhofft hat. Aber die neue herrschende Klasse hat ihre ursprünglichen Ideale schnell über Bord geworfen und die Vorstellungen, Werte und Praktiken der früheren Machteliten übernommen. Rufen wir uns etwa die bekannte soziale Revolution in Paris von 1848 in Erinnerung. Die Tatsache ist, dass diese Rebellion der Erniedrigten und Beleidigten am Anfang ungefähr 370 Menschen das Leben kostete. Das waren ohne Zweifel 370 Menschenleben zu viel, „aber das ausschlaggebende Gefecht fand nicht in Paris im Februar, sondern in Paris im Juni statt, als die in einen isolierten Aufstand getriebenen Arbeiter geschlagen und niedergemetzelt wurden. ... Ungefähr 1500 kamen in den Straßenschlachten um – etwa zwei Drittel davon auf Regierungsseite. Es kennzeichnet den Grad blindwütigen Hasses der Reichen auf die Armen, daß nach der Niederlage noch 3000 hingemetzelt wurden; weitere 12000 wurden gefangengenommen und zum größten Teil in algerische Arbeitslager deportiert“ (Hobsbawm 1997: 30). Genau so müsse eine „Diktatur von oben, weil sie aus reineren und lichterem Regionen kommt“, vorgehen, schreibt damals der Adlige Donoso Cortés (1809–1853) in seinem *Staat Gottes*. Dieser fromme und ehrbare katholische Ideologe hat aber nicht die bald darauf folgende, noch viel berauschendere „Schönheit des Blutopfers“ erlebt, die am Ende der *Pariser Kommune* von 1871 von den herrschenden Bürgerlichen veranstaltet wurde. Die verzweifelten Kommunarden, sich der bevorstehenden Niederlage in einem Kampf mit dem weit überlegenen Gegner bewusst, haben damals „etwa 100 Geiseln hingerichtet. Ob jemals bekannt werden wird, wie viele Kommunarden den Kämpfen zum Opfer fielen? Tausende von ihnen wurden hinterher niedergemetzelt: die Versailler bekannten sich zur Zahl von 17000 Hinrichtungen, das kann aber bestenfalls die halbe Wahrheit sein. Über 43000 Menschen wurden gefangengenommen, 10000 von

Kriegsgerichten verurteilt, fasst die Hälfte der Verurteilten wurde ins Strafexil nach Neu-Kaledonien verschickt, die übrigen wanderten in die Gefängnisse. So sah die Rache der ‚ehrbaren Leute‘ aus. Ein Meer von Blut trennte fortan die Pariser Arbeiterschaft von den ‚Höhergestellten‘. Und von jetzt an wußten die Sozialrevolutionäre, was sie erwartete, wenn es ihnen nicht gelang, die Macht zu behalten“ (Hobsbawm 1977:209–210). Stalin hätte es begriffen müssen. Im Hintergrund dieser und vieler ähnlicher dunkler Seiten des Kapitalismus ist es fast amüsant, das unlängst erschienene monumentale *Schwarzbuch des Kommunismus* zu lesen. Im zaristischen Russland, so die Autoren, „belieb sich die Zahl der von 1825 bis 1917 wegen ihrer Meinung oder wegen politischer Aktivitäten zum Tode verurteilten Personen auf 6360. Davon wurden 3932 hingerichtet“ (Courtois: 26). Eine in der Tat verblüffende Entdeckung. Wenn nämlich in diesem Zeitabschnitt von knapp hundert Jahren alle Sünden der westeuropäischen Höhergestellten an ihren Untertanen und Systemkritikern nur mit denen der verhängnisvollen Jahre 1848 und 1871 beziffert würden, würde dies bedeuten, dass das zaristische Russland mehr als dreimal humaner war als der damalige westeuropäische Kapitalismus. Dabei haben wir dem Kapitalismus noch nicht einmal Hungersnöte, Leiden und Verbrechen in Rechnung gestellt, für die er sich in seinen zahlreichen Kolonien zu verantworten hat: Zum Beispiel die mehr als 30 Millionen Inder, die laut britischen Kolonialberichten von 1825 bis 1900 verhungert sind. (Stalin hat mit unvergleichbar weniger Opfern das damals rückständige Russland industrialisiert.) In der gleichen Zeit wurden Nahrungsmittel aus Indien nach England exportiert. Auch die langjährigen Konflikte in Nordindien, die man vordergründlich für Auswirkungen religiöser Intoleranz hält, kann man nicht verstehen, wenn man sich nicht an die Zeit nach 1840 erinnert, als Schiff um Schiff, beladen mit Weizen, Hafer, Rindern, Schweinen, Eiern und Butter aus dem hungernden Irland den Shannon hinab nach England fuhr, um dort für das Überleben des Kapitalismus zu sorgen. Der Wohlstand in der kapitalistischen Welt beruht offensichtlich nur zum Teil auf der überdurchschnittlichen

mikroökonomischen Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft, alles andere ist der Ausdruck ihrer imperialen ausbeuterischen Kraft.

Als während der Großen Depression die Löhne sanken und es der Wirtschaft immer schlechter ging, ließ sich das Verhaltensmuster der in Bedrängnis geratenen neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler besonders gut studieren. Da es nach ihrer Überzeugung keinen Zweifel daran geben konnte, dass auch die Große Depression nur die gierigen und rücksichtslosen Arbeiter verschuldet hätten, war ihnen jedes Mittel recht, sie „zur Vernunft zu bringen“. Haben die berühmtesten Meister des damaligen europäischen Liberalismus nicht etwa bejubelt, als die Faschisten die Gewerkschaften zerschlugen und ihre Mitglieder niederprügelten? Erinnern wir uns daran, was Ludwig Mises (1881–1973), der Leuchtturm des europäischen Liberalismus zwischen den Weltkriegen, dazu geschrieben hat und zwar in seinem Hauptwerk *Liberalismus*: „Es kann nicht geleugnet werden, daß der Faschismus und alle ähnlichen Diktaturbestrebungen voll von den besten Absichten sind und daß ihr Eingreifen für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet hat. Das Verdienst, das sich der Faschismus damit erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben“ (Mises 1927: 45). Oh klägliches Geschlecht! Der Fahnenträger der individuellen Freiheit will nicht gesehen haben, was zur gleichen Zeit der Sozialist Filippo Turati so beschrieb: „Der Faschismus ist der ständig drohende Krieg. ... In Wahrheit ist nur eine Ordnung im heutigen Italien wiederhergestellt, die Ordnung der Zuchthäuser und der Friedhöfe.“ Die Millionen von Arbeitslosen in allen europäischen Staaten hat Mises aber doch gesehen. Hätte er ihnen lediglich „Arbeitsscheu“ oder gar „ansteckende Faulheit“ bescheinigt, wie es zum guten Ton der Liberalen gehörte, so wäre das allein schon abstoßend genug. Mises ließ es aber nicht dabei bewenden. Besserwiserisch und von oben herab machte er sogar den Psychologen, insbesondere „Freud, dem großen Meister der Seelenforschung“ schwere Vorwürfe, dass der diese ausgelagten, entwurzelten und verzweifelten Kreaturen nicht auch noch für psychisch krank erklärt hatte: Es handele sich bei ihnen um eine „schwere Erkrankung des Nervensystems“, um eine akute Paranoia

aus Neid und Gier. Mises hat für sie sogar einen passenden klinischen Namen vorgeschlagen: *Fourier-Komplex* (ebd.: 12). Ob man von ihm etwas anderes erwarten könnte? Und wie sollen wir darauf reagieren? Viel Vorsicht und Verlegenheit sind bestimmt nicht geboten, wenn man die Fahnen Träger der unbeschränkten individuellen Freiheit unter den Generalverdacht stellt, es seien Menschen, denen jegliches moralisches Gefühl völlig fremd ist, die aber skrupellos und meisterhaft moralische Gefühle der anderen gezielt instrumentalisieren, um sie weiczukriegen, herabzusetzen und hereinzulegen. Was für die Dummheit gilt, gilt schließlich auch für das Böse. Das Böse muss sich den Anstrich vom Guten geben, sonst könnten seine selbstbezogenen moralischen Ansprüche und vorgetäuschten Empörungen über die anderen niemanden täuschen und folglich keine praktischen Ergebnisse erzielen.

Ein ganz anderes Verhältnis der ersten bedeutenden Liberalen zu den Löhnen bzw. zu der arbeitenden Bevölkerung verwundert auch deshalb, weil sie in der Zeit der *ursprünglichen Akkumulation* lebte, als es dem gesunden Menschenverstand umso mehr einleuchtend erscheinen musste, niedrige Löhne wären für mehr Sparen und mehr Investieren gut. Für Smith gilt das insbesondere. Ihm wäre es nie in den Sinn gekommen die Arbeiter zu ermahnen, sie sollten zunächst das Wachstum abwarten und dann erst an höhere Löhne denken. Er hat das sicher deshalb nicht getan, da für ihn die Tatsachen immer über der Theorie standen und für den betreffenden Fall sprechen sie eine deutliche Sprache: „Es sind nicht die wohlhabenden Länder, in denen der Arbeitslohn am höchsten ist, sondern jene, die sich am schnellsten entwickeln oder am raschesten reich werden“ (*Wohlstand*: 61). Hohe Löhne und hohe Akkumulationsrate korrelieren also. Dass es auch umgekehrt gilt, also niedrige Löhne und niedrige Akkumulation zusammen hängen, zeugt gerade in aller Deutlichkeit die Produktivitätsentwicklung der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten.

Eigentlich sollte es einleuchtend sein, warum der Arbeitslohn in der Tat immer dann am höchsten sein muss, wenn die Wirtschaft wächst.

Weil nämlich gerade dann die Nachfrage nach Arbeitskräften am größten ist. Es wäre für eine freie Marktwirtschaft eigentlich paradox wenn es anders wäre, weil dies bedeuten würde, dass das Gesetz von Angebot und Nachfrage, „das erste, größte und universellste Prinzip der politischen Ökonomie“ (Malthus), für eine so wichtige Ware wie Arbeit keine Gültigkeit hätte. Schließlich müssen die Löhne und das Wachstum auch innerhalb des ökonomischen Zyklus korrelieren. Und es war in der Tat schon immer so, dass die Löhne während der Depression und bei hoher Arbeitslosigkeit am niedrigsten und während des Aufschwungs oder der Hochkonjunktur am höchsten sind. Die neoliberale Theorie, die diese Widersprüche vertuscht oder zumindest nicht zur Kenntnis nehmen will, ist demzufolge nicht nur realitätsfremd, sondern sie erreicht nicht einmal das Konsistenzniveau der klassischen Politischen Ökonomie. Sie ist keine dermaßen logisch durchdachte Konkurrenztheorie, wie es die frühliberale war, auch wenn diese sich der Mathematik noch nicht bediente. Für die Befreiung der ökonomischen Theorie vom Irrtum der zu hohen Löhne hat sich leider auch Keynes keine großen Verdienste erworben. Er und vor allem seine Nachfolger, die Neukeynesianer, sehen nämlich die Gefahr der zu hohen Löhne in der zu langsamen Anpassung der nominalen Löhne an die sinkenden Preise: Die Steigerung der (realen) Löhne ist für sie eine unbeabsichtigte Folge der Deflation. Damit sind die Arbeiter (und die Gewerkschaften) zwar von dem Verdacht befreit, die Löhne absichtlich und ohne Rücksicht auf die Konjunktur in die Höhe zu treiben, aber mit der Wirklichkeit hat diese Erklärung so gut wie nichts zu tun. Bekanntlich waren sogar während der Großen Depression „die Geldlöhne gar nicht ‚starr‘ – es hat keine dramatischere Lohn–Deflation gegeben als die von 1930–33“ (Axel Leijonhufvud). Historiker weisen auch darauf hin, dass der Mythos der Lohnstarrheit in nicht unerheblichem Maße auch damit zu tun hat, dass damals „die Industrie wenig geneigt war, statistisches Material zu veröffentlichen, das nicht ganz zu den bombastischen Behauptungen über Löhne und Lohnkosten paßte, die laufend von Vertretern der Industrie in der Presse vorgebracht wurden“ (James, H.: 219). Hier durfte wieder einmal nicht sein, was nicht sein sollte. Ein gutes

Beispiel dafür ist die deutsche Untersuchung über „Preise und Löhne“, die 1930 im *Wochenbericht* erschien. „Obwohl sie das Kaufkraftargument des Lohns nur mit aller Vorsicht ansprach und zum Schluß kam, dass sich die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Lohnerhöhungen nicht berechnen ließen, rief sie doch heftige Empörung im Unternehmerlager hervor“ (Kulla: 54). Es gab in der Tat vieles, was man damals verheimlichen wollte. So wissen wir heute zum Beispiel, dass die Realverdienste der deutschen Arbeiterschaft der eisen- und stahlerzeugenden Industrie im Oktober 1928, im besten Jahr nach dem Ersten Weltkrieg, „auf der Indexbasis von 1913/14 eine Zunahme um 5,8% vor Abzug der Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge bzw. um 2% nach Abzug derselben“ aufgewiesen hatten. „Im Bergbau blieb die Entwicklung der Reallöhne noch hinter derjenigen in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie zurück. ... Die immer wieder erhobene Klage der schwerindustriellen Arbeitgeber, die Erfolge der Rationalisierung würden durch die Lohnsteigerungen völlig aufgezehrt, lief auf die unverhohlene Forderung nach einem rigorosen Reallohnschnitt gegenüber der Vorkriegszeit hinaus“ (Weisbrod: 136, 140–141). Denn das Produktivitätswachstum wurde von den steigenden Löhnen nicht behindert: „Das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis je Arbeitsstunde lag schon 1925 ... um 5,7% über dem Niveau von 1913. Es nahm in den Jahren 1925–32 mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 3,9% zu“ (Holtfrerich 1984: 128).

Auch die weiteren empirischen Untersuchungen bestätigen, wie etwa die von John G. Dunlop (1938: 413–434) und Lorie Tarshis (1939: 150–154), dass die Löhne gerade in Zeiten hoher Beschäftigung am höchsten sind und umgekehrt. Wie schon erwähnt, zwischen der Zunahme der Geldlöhne und der Höhe der Arbeitslosigkeit bestand über Jahrzehnte hinweg ein relativ stabiler negativer Zusammenhang, wie Arthur W. Phillips als Erster statistisch festgestellt hat. Weil dieses Faktum ein Stachel im Fleisch der neoliberalen Theorie ist, war es ihren Verfechtern nie eine Spitzfindigkeit zu unsinnig und zynisch, wenn sie auch nur den Hauch einer Chance zu bieten schien, das „Paradox der Löhne“ zu enträtseln. So hat zum Beispiel vor nicht allzu

langer Zeit Thomas J. Sargent vorgeschlagen, die angeblich doch zu hohen Löhne mit „Anpassungsschwierigkeiten“ im Betrieb zu erklären. Seiner Meinung nach arbeiten Normalbeschäftigte in Vollzeit nicht mit voller Auslastung, obwohl sie normal bezahlt werden, während bei Überstunden, die beim Aufschwung üblich sind, die Auslastung der Beschäftigten optimal ist. Im ersten Fall zahlt das Unternehmen also mehr pro Arbeitsstunde als der Beschäftigte tatsächlich leistet, und es kann angeblich kaum etwas dagegen tun. „Das heißt, es ist wesentlich teurer, die Beschäftigungszahl für die Normalarbeitszeit zu ändern, als für die Zeit der Nachtschicht“ (Sargent: 398). Eine in der Tat kühne These, vor allem wenn man an die amerikanischen Gepflogenheiten denkt, wie man mit den Arbeitern umgeht: „heuern und feuern“ (*hire and fire*).

Es wurde schon erwähnt, dass die Produktivitätssteigerung bzw. das *technische Wissen* als Ad-hoc-Hypothese („Restvariable“) sehr gern dazu benutzt wird, die neoliberalen Kapital- und Wachstumstheorien vor den Tatsachen zu retten. In den letzten Jahrzehnten wird die Produktivitätssteigerung auch noch mit der mangelnden Ausbildung verknüpft, um die hohe Arbeitslosigkeit trotz der ständig neuen „Reformen“ zu erklären – also die Arbeitnehmer auf eine neue Art und Weise für die Arbeitslosigkeit zu beschuldigen. Es wird als selbstverständlich davon ausgegangen, dass heute das technische Wissen so dynamisch wächst, wie es in früheren Zeiten nicht im Entferntesten vorgekommen ist. Man lebe doch in einer Zeit der Wissens- und Dienstleistungsökonomie. Wegen dieser „technologischen Beschleunigung“ würden immer mehr und immer bessere geistige Fähigkeiten und Kenntnisse benötigt. Bereits erworbene Qualifikationen würden innerhalb kurzer Zeit veralten. Wenn der Arbeitnehmer nicht *flexibel* genug ist, also wenn er nicht willig oder fähig ist sofort eine neue Qualifikation zu erwerben, dann steht für ihn kein Arbeitsplatz zur Verfügung und er wird unbrauchbar und deshalb arbeitslos. Weil das bei immer mehr Menschen der Fall sei, müsse die Arbeitslosigkeit steigen. Aber haben wir es heute wirklich mit einer völlig neuen Ökonomie zu tun, die vom Arbeitnehmer so viel mehr Qualifikation fordert?

Zu den neuen Berufen gehört etwa Herstellung und Vertrieb von Hot-Dogs oder auch Programmierer und Börsenspezialisten. Verlangen diese Berufe wirklich viel mehr Ausbildung und Qualifikation als die aus der Zeit der „alten“ Technologien, also Berufe für die Herstellung von Würstchen, Fernsehgeräten oder Drehbänken? Vergleicht man die Mathematik in den „alten“ Technologien bzw. Naturwissenschaften wie etwa in der Mechanik, Elektrotechnik und Architektur mit den Verschiebungen von Bits und Bytes der Programmierer, werden Letztere nur ein müdes Lächeln hervorrufen. Damit ist nicht gesagt, dass ein guter Programmierer nicht viel wissen muss, um gut zu sein. Aber was auch immer ein Mensch tut, um gut zu sein, muss er immer viel wissen. Schon ein Urmensch musste zum Beispiel sehr viel wissen, um von der Jagd im Urwald überhaupt heil zurückzukommen. Wenn die neoliberalen Verfechter der Wissens- und Dienstleistungsökonomie heute über den Wandel im Wesen der modernen Technologien sprechen, führen sie also eine Posse auf. In Wahrheit ist der heutige technologische Fortschritt nur in einer Hinsicht ein anderer: Früher haben die technologischen Innovationen schwere, gefährliche und schmutzige Arbeit (*blue collar*) ersetzt, die neuen dagegen können auch jedwede geistige Routinearbeit (*white collar*) ersetzen, also die „unproduktive Arbeit“, um mit den klassischen Ökonomen zu sprechen. Mehr ist an den neuen Technologien nicht dran. Die heutige Aufregung um die neue Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft hat recht wenig mit einer seriösen wissenschaftlichen Analyse zu tun. Sie drückt eher die Vorliebe eines Teils der Intellektuellen für willkürliche Spekulationen auf *Science-Fiction*-Art aus. Diese sind natürlich in einer „seriösen“ akademischen Sprache abgefasst, für die man auch noch „strenge“ mathematische Beweise zusammengebastelt hat. Das macht sie aber nicht ein bisschen wahrer. Wie schon seit langer Zeit bekannt ist, lässt sich jede noch so wirklichkeitsfremde Spinnerei in beliebig komplizierte mathematische Sprache formulieren.

Das ganze Gerede über die Wissensökonomie zeugt nicht nur von der Ratlosigkeit der heutigen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, sondern legt auch deren technische Inkompetenz offen. Jeder der von

Produktion und Technik eine einigermaßen handfeste Vorstellung hat weiß nämlich, dass sich alle, auch die kompliziertesten Technologien, in einfache Operationen zerlegen lassen. Das war schon zu Smiths Zeiten so, und er hat die Folgen dieser Tatsache ausführlich untersucht. Gerade weil die industrielle Massenproduktion den Produktionsprozess auf immer kleinere und damit einfachere Stufen zerlegt, verringern sich zugleich die Ansprüche an den Arbeiter, der dadurch „gewöhnlich so dumm und unwissend wird, wie es ein menschliches Wesen werden kann“, so Smith wörtlich. „Ohne Zweifel braucht es sehr lange Zeit intensiven Nachdenkens, bis solch großartige Maschinen und selbst einzelne Werkzeuge zu ihrer Herstellung endlich erfunden sind, und man mag eine solche Erfindung deshalb auch mit Fug und Recht zu den größten Leistungen menschlichen Geistes zählen. Sind aber beide einmal ausgereift, und ist man mit ihnen vertraut, so kann es eigentlich nur eine Frage von wenigen Wochen, ja vielleicht nur von einigen Tagen sein, bis man einem jungen Menschen vollständig erklärt hat, wie die Werkzeuge gehandhabt und wie die Maschinen gebaut werden.“ Der Bauer „wird gemeinhin als ein Musterbeispiel für Dummheit und Unwissenheit gehalten“, aber das Gegenteil sei richtig, so Smith, was „die zahllosen Bücher, die über die Landwirtschaft in allen Sprachen geschrieben worden sind, zu Genüge belegen“ (*Wohlstand*: 871 ff.). Daran hat sich bis heute nichts geändert. Durch vertiefte Arbeitsteilung besteht kein Bedarf an einer Unmenge von hochgebildeten Arbeitskräften. Außerdem ist es kein großes Problem Spezialisten in ausreichender Zahl auszubilden, vorausgesetzt ein Land besitzt bereits ein gut funktionierendes staatlich (mit)finanziertes Ausbildungssystem. Die Unternehmen wissen das nur allzu gut. Sie handeln auch danach, außer wenn qualifizierte Arbeitskräfte gerade extrem billig sind oder wenn sie aufgrund von akuten Absatzproblemen ihre Produkte ständig ändern und ihre Produktionspalette tagtäglich ausweiten müssen. Wenn sie das produzieren, worauf sie sich spezialisiert haben und wobei sie ihre Aufgaben routinemäßig, schnell und kostengünstig erledigen können, dann gibt es auch genug Arbeit für weniger qualifiziertes Personal.

Die Erfahrung Deutschlands aus der Nachkriegszeit bietet uns dafür unumstößliche Belege. Die Wirtschaft hat damals nach umfangreichen Kriegszerstörungen den Vorkriegsstand der Produktion in weniger als einem Jahrzehnt wieder erreicht. Zugleich hat sie ihre Produktionskapazitäten auf ein höheres technologisches Niveau gebracht, obwohl Verluste an menschlichem Potenzial (*human capital*) im Vergleich zur Vorkriegszeit enorm waren. Trotzdem war damals keine Rede vom Mangel an ausreichend Qualifizierten, wie es heute üblich ist. Man hat nirgendwo Wehklagen darüber gehört, dass Spezialisten fehlten – es fehlten damals einfach nur Arbeitskräfte. Nicht einmal die Tatsache, dass die Millionen von Ausländern, die bald ins Land strömten, nicht einmal die deutsche Sprache beherrschten, hat damals gestört. Diese Menschen konnten oft nicht einmal ihre eigene Sprache richtig sprechen. Ein erheblicher Teil von ihnen kam nämlich – um es kurz und klar zu formulieren – aus den rückständigsten Gebieten ohnehin rückständiger Länder. Dessen ungeachtet haben sie alle ohne nennenswerte Probleme eine gute ökonomische Verwendung gefunden und auch anständige Einkünfte erzielt. Weitere empirische Belege gegen die heutige neoliberale These von der Notwendigkeit breitester Hochqualifikation bieten die wirtschaftlich erfolgreichsten asiatischen Länder. In Singapur etwa fand ein Wirtschaftswunder mit einer Bevölkerung statt, die damals noch zu 95% aus Analphabeten bestand. Wenn Qualifikation wirklich ein so wichtiger Faktor der Wirtschaftsentwicklung wäre, wie man es heute zu vermitteln sucht, wären dieses und andere asiatische Wirtschaftswunder ein Ding der Unmöglichkeit. Wie zum Hohn steht der „Wissensökonomie“ die Tatsache gegenüber, dass die Revolution in den Kommunikations- und Informationstechnologien in Amerika Hand in Hand mit einem sinkenden Ausbildungsstand bei den Naturwissenschaften gegangen ist. „Zwischen 1975 und 1985 hatte sich die Zahl der naturwissenschaftlichen Diplome in Amerika noch von 156 825 auf 213 730 erhöht, fiel jedoch 1992 auf 173 099 zurück“ (Todd 1999: 61). In den amerikanischen Unternehmen arbeiten weniger Arbeitskräfte mit mittlerer Qualifikation, also die so genannten Besserverdienenden, und mehr Schlechtbezahlte ohne

Qualifikation als beispielsweise in Deutschland oder Japan. Die „Amerikaner ‚verdummen‘ sozusagen den Produktionsprozeß“ (Thurrow 1998: 236). Erstaunlicherweise wird gerade die US-Wirtschaft für das Vorbild der angeblichen Wissensökonomie schlechthin gehalten. Man braucht sich in der Tat nur einmal in den Produktionsanlagen umzuschauen um festzustellen, dass die computergesteuerte Produktion bei der überwiegenden Zahl der Arbeitsplätze eher eine niedrigere fachliche Qualifikation verlangt als es bei den alten Berufen der Fall war. Richard Sennett, ein bekannter amerikanischer Soziologe und Historiker, hat es mit manchen Beispielen, darunter mit dem Vergleich einer klassischen mit einer computerisierten Bäckerei (*Der flexible Mensch*) einprägsam dargestellt.

Wenn man aber aus der Wirtschaft ununterbrochen die Klagen hört, Unternehmer würden händeringend qualifizierte Arbeitskräfte suchen und es gäbe einfach nicht genug von ihnen, entsteht mit der Zeit der Eindruck, da könnte doch etwas dran sein. Hinterfragt man die Praktiken der Unternehmen, kommt man schnell zu einem anderen Ergebnis. In einer Wirtschaft wie der heutigen, die sich moralisch und juristisch gegen alle Verpflichtungen gegenüber ihren Arbeitnehmern stemmt, hat der Arbeitgeber keine Hemmungen mehr, einen Beschäftigten schon beim geringsten Anlass zu entlassen. Bei Bedarf will er aber nicht nur unverzüglich einen Ersatz finden, sondern er will auch eine Arbeitskraft bekommen, die so qualifiziert ist, dass sie ihm keine Einarbeitungskosten verursacht. Weil man normalerweise eine solche Arbeitskraft nicht findet, stimmt auf einmal die Rechnung des dreisten Arbeitgebers nicht mehr. Und er tobt: Der Staat (dem er übrigens keine Steuern zahlen will) solle die Arbeitslosen schulen und der Arbeitslose (dem er das Arbeitslosengeld nicht zubilligen will) solle in seine eigene Ausbildung investieren. Der ständige Ruf nach mehr Ausbildung, der aus der Wirtschaft immer wieder zu hören ist, bedeutet nichts anderes als die sichtbare Folge einer moralisch degenerierten Beziehung zwischen Kapital und Arbeit.

Natürlich kommt es immer wieder vor, dass es in dem einen oder anderen Wirtschaftszweig zu Engpässen kommt, was den Bedarf an bestimmten Qualifikationen betrifft. Eine der Ursachen dafür – aber nur eine von nicht wenigen – sind die technischen Innovationen (Schumpeter). In dieser Situation versuchen viele Unternehmer neue Märkte schnellstmöglich zu besetzen, die Produktionskapazitäten wachsen über den zukünftigen Bedarf hinaus und parallel mit ihnen wächst auch die Nachfrage nach hoch spezialisierten Fachkräften. Solche Disproportionalitäten in der Produktionsstruktur bleiben aber nicht lange bestehen; der Markt „reinigt sich“ (Schumpeters Katharsistheorie der wirtschaftlichen Zyklen) mit der Folge, dass auch die Nachfrage nach den vorher händierend gesuchten neuen Fachkräften schnell wieder zurückgeht. Dieser Vorgang ist in einer Marktwirtschaft üblich. Zuletzt erlebten dieses Schicksal die Techniker und Ingenieure, die Informatiker, Programmierer und Computerspezialisten werden bald folgen.

Es ist bemerkenswert wie diejenigen, die überschwänglich über den technologischen Fortschritt reden, nichts daran auszusetzen haben, dass diejenigen, die den angeblich ständig neuen Anforderungen genüge leisten nicht dafür belohnt werden, im Gegenteil: Sie mühen sich ab, sich immer weiter zu qualifizieren und passen sich immer schwierigeren Bedingungen an, nehmen mehr Risiken auf sich und verdienen zugleich real weniger. Wenn heute wirklich Fachkräfte fehlen würden, so folgern wir, indem wir uns einfach an das Gesetz von Angebot und Nachfrage halten, sollten diese doch immer mehr verdienen. Zumindest sollen sie real so viel bekommen, wie die Produktivität der Wirtschaft real gestiegen ist. Die statistischen Untersuchungen sprechen aber eine andere Sprache. Den Arbeitnehmern hat die Verbesserung ihrer Qualifikation nicht viel gebracht. 1970 hatten zum Beispiel in Frankreich 20% der Dreißigjährigen das Abitur, von allen Berufstätigen hatten es nur 13%. Heute haben 30% der Dreißigjährigen das Abitur und 25% der Fünfzigjährigen. Man müsste daraus schließen, dass diese schulischen Qualifikationen auf das Einkommen durchschlagen. Doch davon ist nichts zu spüren, im Gegenteil. Im Jahre 1964 verdiente ein

fünfzigjähriger Vater nur 255 Euro mehr als sein Sohn, im Jahre 1993 ist dieser Abstand auf mehr als 1740 Euro gestiegen. Wie sich die enttäuschten Erwartungen, die sich verbreitende Entwurzelung und die steigende Perspektivlosigkeit auf das Gemüt der jungen, einer so gut wie nie zuvor ausgebildeten Generation niederschlägt, erfahren wir am deutlichsten von denjenigen, die nie mehr darüber klagen werden: „Die Generation der Dreißigjährigen geht 1995 im Vergleich zu 1965 doppelt so häufig in den Freitod, die der Fünfzigjährigen um 25 Prozent weniger. Zum ersten Mal in der Geschichte legen mehr Dreißigjährige als Sechzigjährige Hand an sich. In der ganzen Zeit zuvor – soweit Durkheim dieses Phänomen verfolgt hat – haben sich stets eher alte als junge Menschen das Leben genommen“ (Cohen: 117). Parallel zu den sinkenden Einkünften der immer besser ausgebildeten Generation steigt jedoch das Sozialprodukt ständig an, wenn auch deutlich langsamer als früher. Es gibt also tatsächlich Profiteure, doch die hochqualifizierten Arbeitnehmer gehören zu denjenigen, die dazu nicht gehören.

Daraus lässt sich schon eindeutig schlussfolgern: Die „lebenslange“ (Um- bzw. Weiter-) Qualifizierung ist produktionstechnisch betrachtet komplett sinnlos. Völlig unnötig zehrt sie an den psychischen und körperlichen Kräften der Arbeitnehmer und verringert die Lebensqualität für alle. Außerdem gilt für Menschen als Produktionsfaktoren dasselbe wie für Maschinen: Sind sie hochproduktiv, dann sind sie nicht universell einsetzbar und umgekehrt. Hinter dem endlos wiederholten Ruf nach mehr Qualifikation versteckt sich nur der Wunsch, durch Überangebot an qualifizierten Arbeitskräften die Löhne zu senken, um die Profite zu steigern. Die Klagen über die mangelnde Qualifikation und der Ruf nach besser ausgebildeten Arbeitskräften als Abhilfe für rezessionsbedingte Arbeitslosigkeit ist lediglich eine Ausflucht, mit der die erfolgs- und konzeptionslose Angebotstheorie wieder einmal ihre ständigen empirischen Niederlagen zu kaschieren versucht.

In gewissem Umfang sind sich schon die Kinder im Schulalter bewusst, dass der neoliberale Leitspruch wie etwa „Chancen durch

Ausbildung“ oder ähnlich nur eine Manipulation ist. Die exzessiv rebellische Haltung der Jugendlichen aus den unteren Schichten gegenüber der Schule, wie beispielsweise die in England, welche von Paul Willis untersucht wurde (*Spaß am Widerstand: Gegenkultur in der Arbeiterschule*), ist eine Reaktion auf fehlende Lebensperspektiven, über die diese Jugendlichen zwar diffuse, aber im Grunde nicht falsche Vorstellungen haben. „Der Arbeiterjunge hat das Gefühl, daß es bereits zu spät ist“, dass seine Chancen, etwas anderes als schlecht bezahlte und unattraktive Jobs zu bekommen, gering sind oder, wie es heute immer öfter vorkommt, dass auf ihn ein Leben in chronischer Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung wartet. Arbeiterkinder hoffen nicht mehr auf einen festen Arbeitsplatz, um später ein Haus zu bauen, den Urlaub vorzuplanen und irgendwann einmal sorglos in die Rente zu gehen – also ein Leben zu führen, wie dies ihre Großeltern früher vielleicht taten. Außerdem weiß jeder von Verwandten oder Bekannten, die Architekten, Informatiker oder Ingenieure sind, wie schwer diese nach ihrem fünfzigsten Lebensjahr einen Arbeitsplatz finden und wenn überhaupt, dann keinen, an dem sie so respektiert und bezahlt werden wie früher. Die „lads“, wie sich diese Schüler selber nennen, sind folglich gegenüber dem Material, das ihnen in den Berufsberatungen vorgestellt wird, gleichgültig oder sie machen sich sogar lustig darüber. Aus dem Leben ihrer Eltern, Verwandten und Nachbarn wissen sie, dass Schule wenig mit Qualifikation und Chancengleichheit zu tun hat. Sie hat nur die Funktion, den Individuen im Rahmen der berufsspezifischen Arbeitsteilung bestimmte Positionen zuzuweisen oder genauer gesagt aufzuzwingen. Ähnliche Erfahrungen mit den Schulen kennen wir auch aus Amerika. Man stellte schon im 19. Jahrhundert fest, dass schwarze Kinder schon immer dieselben Schulerfolge hatten wie weiße Kinder und ebenso wach und intelligent auftraten wie jene, allerdings nur bis zum zehnten oder höchstens zwölften Lebensjahr. Sobald sie aber zu verstehen beginnen, dass sie zu einer als minderwertig geltenden Rasse gehören und darum nichts Besseres erwarten können als den Beruf eines Kochs oder eines Gepäckträgers, verloren sie schnell das Interesse am Lernen und verfallen in Gleichgültigkeit. Daran hat sich

bis heute nur wenig geändert. Die unmittelbar sichtbare Folge davon ist auch, dass die Menschen in kriminellen Strukturen immer jünger werden. Weil sich vor den vorzeitig verhärteten Kindern „nichts auf tut, was auch nur den Anschein einer lohnenden Zukunftsperspektive erweckt, sind sie für Mäßigkeitsappelle und erst recht für Appelle an ihr Gewissen taub. Da sie damit rechnen, jung zu sterben, kann die Androhung gesetzlicher Strafen sie ebenso wenig beeindrucken“. Auch deshalb nicht, weil sie „in ihrem Verlangen nach unmittelbarer Befriedigung und ihrer Identifikation dieser Befriedigung mit dem Erwerb von materiellen Gütern nur die oberen Schichten der Gesellschaft imitieren“ (Lasch 1995: 236–237).

Zusammengefasst lässt sich also sagen, dass hinter der neuen Erzählung (Narrativ) von der *postindustriellen* Wirtschaft und *postmodernen* Gesellschaft nur ein ideologisches Konstrukt zum Schutz der neoliberalen Theorie vor den widerspenstigen Tatsachen steht sowie eine Strategie der Durchsetzung der Interessen des Kapitals. Schonungslos, aber damit nicht weniger richtig ist es zu sagen, dass es sich nur um eine perfide Strategie des Klassenkampfes von oben handelt. „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen“ – so das ehrliche Zugeständnis von Warren Buffett, also von einem amerikanischen Dollarmilliardär. Die Vorwürfe der angeblich mangelnden Qualifikation mit den begleitenden Verheißungen von den „Chancen durch Ausbildung“ zielen darauf ab, die Kinder aus den unteren Schichten zu demütigen und sie von ihrer Minderwertigkeit zu überzeugen. Sie sollen die Schuld für ihre Lage in sich selbst suchen und nicht auf den Gedanken kommen, Opfer eines unmenschlichen Systems zu sein, gegen das man sich wehren soll und kann. Die Subkultur der Schule ist schließlich im Grunde eine Strategie der Anpassung an die *Kultur der Armut*. Diese ist der Ausdruck einer im Grunde rationalen Verhaltensweise, die sich überall dort entwickelt, wo die Lebenshorizonte sich verengen und es offensichtlich ist, dass zwar „viele berufen, aber nur wenige auserwählt sind“. Jeder Mensch ist sich nämlich bewusst, dass er nicht beliebig viele Enttäuschungen ertragen kann ohne psychisch zu zerbrechen. Seine Resignation ist

deshalb kein Zeichen eines schwachen Charakters oder gar von Faulheit, wie es ihnen gern von denjenigen empört vorgeworfen wird, die mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wurden, sondern ein gut durchdachtes und bewährtes Rezept, wie man aus einer hoffnungslosen Situation das Beste macht. „Es gibt nur eines, das noch schlimmer ist als die Anpassung an das Gleichgewicht und die Kultur der Armut: eigenes Leben in einem *hoffnungslosen* Kampf dagegen zu vergeuden“ (Galbraith 1980: 80). Den Kindern in den teuren privaten Schulen und Universitäten ist natürlich fast unmöglich nicht an die „Chancen durch Ausbildung“ zu glauben. Für sie ist es selbstverständlich, dass sie den „hohen Wert“ ihres schulischen Wissens später auf den von ihnen reichen Eltern schon längst vorbereiteten attraktiven Posten durch hohe Bezüge „unter Beweis stellen“ werden.

Alle diese Tatsachen über die Lage der arbeitenden Bevölkerung im Allgemeinen und über die Arbeitslosigkeit sind eigentlich schon vor langer Zeit beobachtet worden und allen gut bekannt, die darüber wirklich Bescheid wissen wollen. Die Frage ist dann die: Was wäre konkret zu tun, damit alle arbeiten können und auch so viel verdienen, dass sie in Würde leben können? Unser Ausgangspunkt zur Beantwortung dieser Frage ist natürlich die kreislauftheoretische Analyse bzw. die Allgemeine Gleichung des Sparens, aus der sich – unter anderem – ergibt, dass mit steigenden Preisen auch die Nachfrage größer wird und der Nachfragemangel beseitigt werden kann. Könnte man sich darauf verlassen, dass Löhne und Preise korrelieren, dann würde es ausreichen, höhere Löhne – zum Beispiel durch die Gewerkschaften oder durch die Regierung – zu erzwingen, um damit die Beschäftigung und das Wachstum zu erhöhen. In der Praxis stellt sich dieser Zusammenhang jedoch nicht so einfach dar. Es lässt sich nämlich nicht genau vorhersagen, ob nach Lohnerhöhungen die Preise wirklich steigen oder nicht. Steigende Löhne bedeuten also *nicht immer* und *nicht automatisch* steigende Preise. Wenn die neoliberalen Ökonomen trotzdem immer wieder behaupten, Lohnerhöhungen würden Inflation (*Lohn–Inflationsspirale*) verursachen, dann ist das nur eine ihrer ideologischen Schwindeleien,

um von Lohnerhöhungen abzuraten. Das Problem liegt darin, dass die Unternehmer meistens nicht unbedingt und vor allem nicht im vollen Umfang imstande sind, gestiegene Lohnkosten auf den Preis ihrer Produkte aufzuschlagen. Sie können höhere Lohnkosten deshalb nicht immer einfach auf die Preise aufschlagen, weil sie eine sehr berechnete und rational gut begründbare Furcht hegen, dass ihre Konkurrenten das nicht tun werden. Genau nach dem bekannten Spruch: Wer sich zuerst bewegt ist tot. Die mikroökonomische Logik verstößt hier wieder einmal gegen das, was makroökonomisch für die ganze Wirtschaft von Vorteil wäre, und demzufolge indirekt und langfristig auch mikroökonomisch sinnvoll. Dazu lässt sich bemerken: Die Lage der Unternehmer in solchen Situationen und ihre Handlungsoptionen entsprechen genau dem, was man in der Spieltheorie als *Gefangenendilemma* bezeichnet oder auch *Spiel mit negativer Summe*. Indem aus Angst vor der Konkurrenz die gestiegenen Lohnkosten nicht an den Kunden weitergegeben werden, sinken die Profite bei diesen Unternehmern und die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich auch von der Angebotsseite her – also mikroökonomisch. Dies ist der Grund, warum die statistisch feststellbare stabile Abhängigkeit zwischen den Löhnen und der Beschäftigung, wie die Studie von Phillips uns nahe gelegt hatte, sich später nicht als allgemeingültig erwiesen hat.

Weil also die Unternehmer bei gestiegenen Löhnen nicht immer ihre Profite durch eine entsprechende Preiserhöhung retten können, lässt sich sagen, dass die Lohnsteigerung das Wachstum auch hemmen kann. Aber nur weil steigende Löhne nicht immer und unbedingt von makroökonomischem Vorteil sind, heißt das noch lange nicht, sinkende Löhne wären für die freie Marktwirtschaft besser. Abgesehen von ganz besonderen Konstellationen, wo dies zumindest nicht ganz falsch sein könnte – in der Hochkonjunktur etwa –, sind gerade sinkende Löhne der gefährlichste Störfaktor des Gleichgewichts und damit auch das größte Hindernis des langfristigen Wirtschaftswachstums. Sinkende Löhne führen in der Praxis meistens zu sinkenden Preisen, der Wert des Aggregats Y_k' wird damit kleiner, woraufhin die Konjunktur von der Nachfrageseite her gedrosselt wird.

Dies ist ein Phänomen, das man oft beobachten konnte. Es ist auch während der Großen Depression aufgetreten, als man durch Lohnsenkungen alle ökonomischen Probleme lösen zu können glaubte. „Sofort nach der Lohnsenkung“, schreibt Kalecki im Jahre 1935, „wird ein Sinken der Preise zu beobachten sein ... und daher vermindert sich der Umsatz der Industrie um jenen Betrag. Was die Unternehmer bei der Lohnsenkung gewinnen, geht ihnen gleich wieder durch das Sinken der Preise verloren“. Kalecki hat also ganz richtig gesehen, wo die Wurzel aller Probleme liegt: „Eines der zentralen Charakteristika des Kapitalismus ist, daß das, was für den einzelnen Unternehmer vorteilhaft ist, nicht notwendigerweise auch den Unternehmern als Klasse nützt“ (Kalecki: 57). In der parallelen deutschen Diskussion am Ende der Weimarer Republik war der Ökonom Emil Lederer (1882–1939) der bekannteste Gegner der damals herrschenden Auffassung von der Notwendigkeit der Lohnsenkung. Er hatte Recht, dass „die primitive Vorstellung, man könne immer, wenn Arbeitslosigkeit herrscht, durch Herabsetzung der Löhne das Gleichgewicht wieder herstellen, in die Rumpelkammer der Theorie gehört“ (Lederer: 1931). Leider hat seine Auffassung nicht überzeugt und sich nicht durchgesetzt. Man muss aber auch einräumen, dass er sie analytisch nicht besonders überzeugend dargelegt hat („Lederer–Stagnationstheorem“).

Wenn sinkende Löhne konjunkturrehemmend, steigende Löhne aber nicht immer und nicht unter allen Umständen konjunkturfördernd sind, so besteht die einzige wirtschaftspolitisch vernünftige Strategie darin, die Löhne langfristig etwa stabil zu halten. Um dabei auch die Produktivitätssteigerung zu berücksichtigen, soll der Begriff *stabil* im Sinne der Konstanz der Lohnquote betrachtet werden. Eine präzise Definition der Lohnquote und ihres Niveaus ist sogar weit weniger wichtig als die Maßnahme, überhaupt eine bestimmte Definition für die Lohnquote festzulegen und sich mittel– bis langfristig daran zu halten. Realisieren lässt sich eine solche Lohnquote mit *geregelter Arbeitszeit* für die gesamte Volkswirtschaft. Die durchschnittliche Arbeitszeit einer Wirtschaft darf also nicht etwa nach betrieblichem Ermessen oder nach Empfehlungen von „Experten“ festgelegt werden,

sondern muss automatisch durch eine passende Regelung bzw. *Mengenregelung* bestimmt werden. Bei steigender Arbeitslosigkeit sollte durch den Algorithmus dieser Regelung die Arbeitszeit automatisch und ohne Lohnausgleich gekürzt werden und bei sinkender Arbeitslosigkeit umgekehrt.

Die volkswirtschaftliche Regelung der Arbeitszeit soll eine Lösung des Sozialproblems sein, die nicht auf staatlicher und mildtätiger Umverteilung beruht und auch als solche eine bessere als alle anderen ist. Sie würde das ständige Durchwursteln der Politik mit einer Unzahl von Gesetzen und Maßnahmen zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung, das nicht mehr in unsere Zeit passt, einfach überflüssig machen. Die Gesellschaft als Ganzes könnte unter anderem auch auf das ständige Tauziehen um die Löhne zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und nicht zu vergessen dem Staat verzichten. Dieses Verfahren ist der Bürger des dritten Jahrtausends sowieso unwürdig. Außerdem funktioniert es schon längst nicht mehr zufriedenstellend. In der Praxis werden die vertraglichen Vereinbarungen immer unterlaufen und die Gewerkschaften haben bisher kein geeignetes Mittel gefunden, das zu unterbinden. Gegen das Gesetz von Angebot und Nachfrage, also gegen das Überangebot von Arbeit bei der schwachen Konjunktur kann man sich weder mit Verhandlungen noch mit Streiks effektiv wehren. Man muss das Überangebot von Arbeit tatsächlich verhindern, was mit der Regelung der Arbeitszeit sehr gut möglich ist, wobei zusätzlich auch die *Lohnquote* so stabil wie möglich gehalten werden könnte.

Die Strategie, für die sich heutige Regierungen immer wieder entscheiden, nämlich einen gesetzlichen Rahmen für Kurzarbeit zu schaffen, scheint eine Lösung zu sein, die der volkswirtschaftlichen Regelung der Arbeitszeit ähnlich ist. Der Schein trügt aber. Wenn jeder kurzarbeiten lassen kann, wann immer er es will, so wissen wir nicht, ob die Bereitschaft zur Kurzarbeit während der Hochkonjunktur abnehmen und bei hoher Arbeitslosigkeit zunehmen wird, so wie es sinnvoll und nötig wäre. Es ist aber unbestritten, dass Kurzarbeit die beste Möglichkeit ist, Arbeit individuell zu gestalten. Deshalb können

wir im Grunde nicht gegen Kurzarbeit sein, wir brauchen aber auch hier bestimmte Regelungen, damit sie zu einer nachfrageregulierenden Maßnahme wird, die der ganzen Volkswirtschaft zugutekommt. Während der Hochkonjunktur kann zum Beispiel die Regierung die Kurzarbeit finanziell destimulieren und während hoher Arbeitslosigkeit fördern. Es ist außerdem besser, zwei Arbeiter finanziell zu unterstützen, von denen jeder die halbe Zeit arbeitet, als einen Vollzeitbeschäftigten zu haben, während der andere Arbeitslosengeld bzw. Sozialhilfe im vollen Umfang bezieht. Die Gesellschaft der Arbeitslosen ist eine „müde Gesellschaft“, die unausweichlich zum Verlust an Selbstachtung, zur „Schrumpfung des psychologischen Lebensraums“ und zum „Zusammenbruch der Zeitstruktur“ ihrer Mitglieder führt (Marie Jahoda). Darüber hinaus bedeutet die Arbeitslosigkeit immer eine Dequalifizierung und damit eine große Vernichtung von Humankapital. Jene, die noch Arbeit haben, bewusst dass sie leicht arbeitslos sein könnten, erhöhen immer mehr ihre Stundenleistung, so dass ihre körperliche und psychische Gesundheit immer mehr ruiniert wird. Mit der ökonomisch sinnvollen gesamtwirtschaftlichen Verteilung der Arbeitszeit würde man auch noch erfolgreich das sogenannte Generationenproblem meistern können. Die Zahl der Rentner wäre nämlich dadurch ebenfalls steuerbar.

Nicht unerwähnt bleiben darf an dieser Stelle eine der populärsten Lösungsvorschläge für die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit und der soziale Frage, das sogenannte „garantierte Mindesteinkommen“ für jeden Menschen. Die Lösung kommt traditionell von den Linken, neuerdings hat sie unerwarteter Weise auch die Unterstützung der Liberalen in der Form der Friedmanschen *negativen Steuer* bekommen. Rein ökonomisch betrachtet geht diese Lösung stillschweigend davon aus, dass das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösbar ist. Mittlerweile haben auch manche Linken begriffen, dass ein subventioniertes Minimum „kein Ergebnis von Solidarität, sondern ein institutionelles Almosen ist. ... Das garantierte Mindesteinkommen funktioniert als Lohn für die Ausgrenzung aus der Gesellschaft“ (Gorz 1989: 291), sozusagen als

Stilllegungsprämie. Wer sich erniedrigt fühlt, weil er, aus welchen Gründen auch immer, nicht in regulär bezahlte Arbeitsprozesse eingegliedert werden kann, wird die empfundene Entwürdigung durch ein garantiertes Einkommen nicht verlieren. Staatliche Fürsorge ist kein Ersatz für Gerechtigkeit. Da nimmt es nicht Wunder, wenn viele Sozialhilfeempfänger für die Leistungen der Gesellschaft nicht dankbar sind. Auch wenn sie sich die eigene Lage nicht aus dem sozialen Kontext erklären können, fühlen sie zumindest instinktiv, dass sie die Folge einer ökonomischen Entscheidung ist, „die wir als Mitglieder des Mittelstandes aus reinem Egoismus getroffen haben: Bewahrung unseres Lebensstandards auf Kosten Millionen Ausgeschlossener. Nachdem wir das Pharisäertum auf die Spitze getrieben hatten, hoffen wir, diese Untergesellschaft bleibe besonnen“ (Minc: 91). Diese perfide und heuchlerische Hoffnung ist aber illusorisch. Die Perspektivlosigkeit und der Unmut der Untergesellschaft werden nämlich immer in Aggressivität und Gewalt umschlagen.

Für die Unternehmen würde die volkswirtschaftliche Regelung der Arbeitszeit bzw. durch sie erreichte stabile Lohnkosten ein Optimum an Konstanz und Transparenz für ihre Kalkulationen bedeuten. Es ist ein ökonomischer Unsinn, dass die Lohnkosten, von denen die Auswahl der wirtschaftlichsten Produktionsmethoden in hohem Maße abhängen, von Tag zu Tag veränderbar sind, obwohl sich weder an den technischen Möglichkeiten noch an den Verbrauchswünschen der Abnehmer etwas geändert hat. Eine solche technologische Willkür ist nicht nur volkswirtschaftlich schädlich, sondern sie stellt auch ein unnötiges Risiko für die Unternehmen dar. Mit der Konstanz der Lohnkosten würden wir also nicht nur den Arbeitnehmern, sondern auch den kleinen und mittleren Unternehmen mehr Sicherheit geben. Sie haben diese Sicherheit nötig, ja bitter nötig. Im Gegensatz zu den großen Konzernen sind gerade sie am wenigsten in der Lage, sich dem ihnen aufgezwungenen Spiel mit negativer Summe zu widersetzen. Weil sie oft an der Grenze der Rentabilität arbeiten, müssen sie jede Gelegenheit wahrnehmen, die eigene Marktposition zu stärken und auszubauen. Und gerade dies lässt sich nicht erreichen, wenn wir ihnen erlauben das zu tun wovon sie überzeugt sind, es läge in ihrem

Interesse, nämlich die Löhne und damit die Preise zu senken. Auch wenn im Mittelstand der Glaube weit verbreitet ist, die neoliberale Angebotspolitik sei die Politik der Mitte, so täuschen sie sich hierin. Sie sind hier nur die nützlichen Idioten der Reichen.

Ob sich durch die volkswirtschaftliche Regelung der Arbeitszeit die monatliche Arbeitszeit im Durchschnitt über Jahre hinweg, also tendenziell, immer mehr verkürzen würde, sollten die Bürger selbst entscheiden. Aus humanistischer Sicht wäre das aber gewünscht. Es ist eine der größten Perversionen unserer Zeit, dass wir angesichts der Steigerung der Produktivität, die mit neuen Technologien möglich ist, immer noch so viel über den Konsum reden und so wenig über die Freizeit. Warum können wir uns eigentlich heute nicht das erlauben, was sich die Menschen früher, als sie unvergleichlich ärmer waren, leisten konnten. Erinnern wir uns daran, dass zum Beispiel „zu Beginn des 18-ten Jahrhunderts das Arbeitsjahr in den österreichischen Alpengebieten aus 161 Tagen bestand, die übrigen 204 Tage waren Feiertage“ (Cipolla: Bd. 2. 165). Auch beim Philosophen David Hume lesen wir, dass damals „in Irland, aufgrund der Größe und Fruchtbarkeit des Bodens und der geringen Bevölkerung alle Lebensnotwendigkeiten so billig sind, daß ein arbeitsamer Mann mit zwei Tagwerken genug verdienen kann, um sich für den Rest der Woche ernähren zu können“ (*Politische und ökonomische Essays*: 247). Doch wie berechtigt und wünschenswert es auch sein mag, eine neue Kultur der Freizeit zu beginnen, sollte man sich vor dem Irrtum hüten, das Eintreten für mehr Freizeit habe etwas damit zu tun, dass uns die Arbeit ausgeht. Ganz gleich wie sehr die Produktivität auch steigen mag, es gibt immer sinnvolle und notwendige Aufgaben für alle Menschen. Nein, uns geht in den letzten Jahrzehnten nicht die Arbeit aus, sondern die Vernunft, es sei denn, man will die Arbeitslosigkeit eigentlich gar nicht senken, nach der zynischen und inhumanen Formel: Die Arbeitslosigkeit soll nicht sinken, sie soll wirken.

Heben wir abschließend noch ausdrücklich hervor, dass die volkswirtschaftliche Regelung der Arbeitszeit nicht nur die Funktionsweise der Marktwirtschaft wesentlich verbessern soll,

sondern zugleich eine vom Staat angeordnete Maßnahme zur Schutz der arbeitenden Bevölkerung gegen Willkür und Ausbeutung ist. Letzteres spricht ganz besonders für sie. Was die Frage des staatlichen Schutzes der arbeitenden Bevölkerung *an sich* betrifft, auch das soll hier in aller Deutlichkeit herausgehoben werden, ist keine Frage des *ob*, sondern des *wie*. Man kann wieder einmal ahnen, dass der Urvater der Marktwirtschaft, Smith, das auch so gesehen hat. Die „Schicht der Arbeiter“ würde nach seiner Meinung nicht nur verarmen, sondern unweigerlich auch in eine Lage von völliger geistiger Verwahrlosung geraten, „wenn der Staat nichts unternimmt, dies zu verhindern“ (*Wohlstand*: 662). Um das zu begreifen, braucht man keine tiefen und umfangreichen soziologischen und ökonomischen Überlegungen anzustellen. Die Notwendigkeit des staatlichen Schutzes der arbeitenden Bevölkerung ergibt sich schon durch simples logisches Schlussfolgern. Die freie Konkurrenz ist ganz offensichtlich und zweifellos eine Ordnung, in der wie in keiner anderen in der Geschichte die Unteren so wenig Schutz vor den Oberen haben. „Die Freiheit ist nur ein eitles Hirngespinnst, wenn eine Klasse die andere ungestraft aushungern kann“, hat es Jacques Roux vor dem Pariser Konvent (1793) prägnant formuliert. Schopenhauer hat es auf eine sehr anschauliche Weise auf den Punkt gebracht: „Ob mir der Bauer gehört, oder das Land, von welchem er sich ernähren muß; der Vogel, oder sein Futter; die Frucht oder der Baum; ist im Wesentlichen wenig verschieden. ... Armuth und Sklaverei sind ... nur zwei Formen, fast möchte man sagen, zwei Namen, derselben Sache, deren Wesen darin besteht, daß die Kräfte eines Menschen größtentheils nicht für ihn selbst, sondern für andere verwendet werden. ... Zwischen beiden ist der Fundamentalunterschied, daß Sklaven ihren Ursprung der Gewalt, Arme der List zuzuschreiben haben“ (*Parerga und Paralipomena*: 222). Henry George war im 19. Jahrhundert der bekannteste amerikanische soziale Reformator. Er konnte Lohnarbeit und Sklaverei unmittelbar beobachten und vergleichen und stellte fest: Die freie Konkurrenz ist für den Besitzer der Produktionsmittel „bei Weitem angenehmste Form der Sklaverei. Er hat sich nicht mehr um seine Sklaven zu kümmern, braucht sie nicht zu peitschen, um sie zur Arbeit

anzutreiben, oder sie in Ketten zu legen, um ihre Flucht zu verhindern. ... Er kann sie in Hütten wohnen lassen, sie schwerer arbeiten und schlechter leben lassen, als es ein nur irgend humaner Sklavenbesitzer thun, und dies ohne Anwendung von Gewissensbissen, oder Tadel seitens der öffentlichen Meinung. Kurz, sobald die Gesellschaft den Punkt der Entwicklung erreicht, wo eine lebhaftere Concurrenz um den Gebrauch von Land entsteht, bringt der Besitz von Land mehr Gewinn bei weniger Gefahr und Mühe, als es der Sklavenbesitz thut“ (1887: 241). Die Konkurrenz bzw. die Marktwirtschaft wollte George jedoch nicht abschaffen, sondern sie nur durch gerechte Steuern zu reformieren, vor allem im Sinne des frühliberalen Staatsphilosophen John Locke, wonach die „von Gott allen Menschen geschenkten“ Naturressourcen auch allen zugutekommen sollen. So wie Locke, auch George konnte niemanden überzeugen. Die historische Erfahrung bestätigt in aller Deutlichkeit, dass die gelegentlichen sozialen Zugeständnisse der klassisch-wirtschaftsliberalen Staaten eigentlich nicht allein durch kollektivistische Ideologien hervorgerufen worden sind, sondern es handelte sich vor allem um verzweifelte und durch die Umstände erzwungene Versuche, die kollabierenden Marktwirtschaften und überhaupt den real existierenden Kapitalismus im letzten Augenblick zu retten. Es war ein adliger Konservativer, Bismarck, der in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts in Deutschland die Renten- und Krankenversicherung einführte. „Der Glaube an die Harmonie der Interessen“, sagte er damals, „hat in der Geschichte bankrott gemacht. Gewiss kann der einzelne viel Gutes tun, aber die soziale Frage lösen kann nur der Staat“. Es war der Sohn eines britischen Herzogs, Churchill, der im Jahre 1911 die erste Arbeitslosenversicherung für alle aufbaute. Es war ein Patrizier, Präsident Roosevelt, der mit der Schaffung des Wohlfahrtsstaates den amerikanischen Kapitalismus vor dem Kollaps bewahrte. Keiner von ihnen hätte so gehandelt, wenn er nicht um die Existenz des Kapitalismus gebangt hätte. Allen diesen großen konservativen Staatsmännern war klar geworden, dass soziale Zugeständnisse als Wiedergutmachung für die Sünden des barbarischen Liberalismus nicht zu vermeiden waren. Und noch etwas

kann man heute nicht oft genug wiederholen: Das Verbrechen der freien Marktwirtschaft gegen die arbeitende Bevölkerung ist eine dermaßen offensichtliche Tatsache, dass es bis Anfang des 20. Jahrhunderts keinen großen Philosophen und Nationalökonom gab, der das Prinzip Sozialismus im Allgemeinen abgelehnt hätte – sogar Walras nicht. Die Soziologen sind es uns schließlich schon lange schuldig das Paradox zu erklären, warum die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den letzten Jahrzehnten aber immer mehr zu den geistigen Anpeitschern der arbeitenden Bevölkerung im Dienste des Kapitals degeneriert sind.

7.1c Warum eine liberal globalisierte Weltordnung scheitern muss

Das übliche Totschlagargument für die Lohn- und Steuersenkung ist bekanntlich die Globalisierung: Würde die Politik nicht wirtschaftsfreundliche Bedingungen schaffen, also die Steuern, Löhne und soziale Standards senken, dann würden die Unternehmen einfach abwandern. Dann fügt man gleich hinzu, dass die Kostensenkungen der Bevölkerungsmehrheit in den westlichen Wohlfahrtsstaaten „vorübergehend“ Einbußen abverlangen würden, aber bald würden auch sie gewinnen und die Rest der Welt sowieso. Nun hat die Globalisierung in den westlichen Wohlfahrtsstaaten immer noch nichts von den versprochenen Besserungen für alle gebracht, die Umverteilung von unten nach oben geht immer weiter, und vor allem der Mittelstand schrumpft. Erst Recht hat sich die Globalisierung für die Beseitigung der Armut in der Welt nicht als geeignet erwiesen: „1960 hatte das reichste Fünftel der Weltbevölkerung ein Gesamteinkommen, das 30mal so hoch war wie dasjenige des ärmsten Fünftels; 1998 betrug dieses Verhältnis 74 zu 1“ (Ferguson 2001: 295). Wen wundert es dann, dass wir bei den selbsternannten Leistungsträgern dieser Unternehmer das Glitzern in den Augen bemerken, wenn sie über Globalisierung sprechen. Dieses Ergebnis umfasst auch China, wo die Kommunisten umgekehrt gehandelt haben als in der restlichen globalisierten Welt: Sie haben den Wohlfahrtsstaat immer mehr aufgebaut anstatt ihn abzubauen. Die Kunst der *Global Players*, die Produktionskosten zu „optimieren“, erschöpft sich

vornehmlich darin, dass sie ihre Waren hin und her schieben und die Produktionsorte wechseln, je nachdem, wo Politiker gerade die „Standortvorteile“ verbessert haben. Wir brauchen aber hier über die Globalisierung nicht ausführlicher zu sprechen, dafür gibt es Literatur im Überfluss. Uns geht es nur um allgemeine Argumente dafür, warum sie nichts von dem erreichen wird bzw. kann, was ihre neoliberalen Propheten versprochen haben.

Die einzige theoretische Begründung, welche die Verfechter der Globalisierung im Angebot haben, ist die zwei Jahrhunderte alte Ricardosche Theorie von den so genannten komparativen Vorteilen. Ricardo hat diese Theorie mit seinem bekannten numerischen Beispiel vom portugiesischen Wein und vom englischen Tuch bewiesen. Dort zeigt er, dass der Handel zwischen zwei Ländern sich für beide Länder *sogar dann* lohnen würde, wenn ein Land alles produktiver herstellen könnte als das andere. Bemerkenswert an der Theorie der komparativen Vorteile ist, dass sie, noch bevor sie von Ricardo „wissenschaftlich“ formuliert wurde, empirisch widerlegt war. Der Handelsvertrag zwischen England und Portugal aus dem Jahre 1703 (Methuen-Vertrag) hatte die Vernichtung des portugiesischen Woll- und Tuchgewerbes zur Folge und das Land allmählich zur Agrarwirtschaft zurückgedrängt. Allgemein betrachtet, bei gleichen ökonomischen Bedingungen ist es unvermeidlich, dass die Wirtschaften mit niedrigerer Produktivität von den produktiveren verschluckt werden. Der Fall Portugals hat sich zuletzt bei den postkommunistischen Ländern in der EU wiederholt. Sie wurden deindustrialisiert und junge Menschen verlassen sie massenhaft. In Afrika hat die Globalisierung den einzigen gewissermaßen erfolgreichen heimischen Wirtschaftszweig vernichtet, die Landwirtschaft. Auch von dort begann der Exodus nach Europa. Wenn überhaupt, können die komparativen Vorteile prinzipiell erst dann entstehen, wenn die Wirtschaften autonom und souverän sind.

Die komparativen Vorteile und die Globalisierung stehen eigentlich in einem logischen Widerspruch gegenüber. In einer globalen Welt ohne Grenzen und Zölle kann nur so etwas wie ein Binnenmarkt einer

großen Volkswirtschaft entstehen, in dem es schließlich keine komparativen Vorteile geben kann. Die Erfahrung bestätigt das. So werden zum Beispiel Automobile aus Europa nach Südostasien exportiert, während die dortigen Automobilfirmen ihre Produkte auf dem europäischen Markt anbieten. Auch früher wurden massiv Waren exportiert und importiert, jedoch nicht ein und dieselben. Das ist in der Tat das Neue an der Globalisierung der Gütermärkte. Dies hat aber mit der internationalen Arbeitsteilung im Sinne der komparativen Vorteile nicht am geringsten etwas zu tun. Immer mehr Kapital und Güter werden heute nur deshalb verschoben, weil dadurch die Gewinne der multinationalen Konzerne steigen. Die realen Produktionskosten sinken nicht, sondern sie steigen, wie es sich an der beschleunigten Zerstörung der Umwelt und an den real sinkenden Einkünften, die mit immer längeren Arbeitszeiten einher gehen, erkennen lässt. Diese Globalisierung bedeutet auch keine Lösung des ältesten Problems der Marktwirtschaft, der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitsplätze, die globale Konzerne anbieten, ist verschwindend gering. Die 200 größten Konzerne der Welt, obwohl ihre Umsätze fast dreißig Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes ausmachen, „beschäftigen lediglich 0,75 Prozent der weltweiten Arbeitskräfte“ (Mander: 57). Deshalb ist die Globalisierung in Wahrheit nur eine Neuauflage des Kampfes der westlichen Machteliten für die weltweite Unterordnung der souveränen Staaten und ihrer Institutionen unter die Interessen der internationalen Konzerne und Monopole – ein neuer Kolonialismus und Imperialismus.

Das weitere Argument gegen die Globalisierung ist sehr allgemein, aber deswegen nicht weniger richtig und wichtig. Es geht nämlich um die Größe im Allgemeinen. Es gilt bekanntlich für alles was es gibt, dass ein gut funktionierendes System irgendwann aufhört zu funktionieren, wenn es immer weiter linear expandiert. Das hat man zuerst praktisch erfahren. Schon vor vier Jahrhunderten stellte Galilei fest, dass, wenn wir Schiffe, Paläste oder Tempel von gewaltiger Größe bauen wollten, ihre Rahmen, Balken und Gurte nicht mehr zusammenhalten würden. Dasselbe gilt offensichtlich auch für die Aufbauweise des ganzen Universums. Bekanntlich kann ein Atom nicht

beliebig groß sein. Vergrößert sich die Zahl seiner Nukleonen, wird es zunehmend instabiler, so dass die Atome, die mehr Nukleonen als Uran haben (238), auf der Erde nur als künstliche Produkte bekannt sind, die in kürzester Zeit zerfallen. Auch chemische Moleküle kann man nicht beliebig – wie es auf Grund ihrer chemischen Valenz vorstellbar wäre – immer weiter ausbauen. Der Makrokosmos hat auch eine verschachtelte Struktur und nicht anders ist es mit lebendigen Systemen. Kein Baum und kein Tier kann über eine bestimmte Größe hinaus wachsen, so der Biologe D. W. Thomson (*On Growth and Form*). Die allgemeine Erklärung, warum ein funktionsfähiges reales System nicht so wachsen kann, dass es nur mengenmäßig immer größer wird, ist nicht schwierig. Vergrößert ein System die Zahl seiner Elemente, so wächst überproportional die Zahl seiner Interaktionen und Vernetzungen; dadurch wird es zunehmend instabil und gegenüber äußeren Störungen verwundbar. Deshalb verlangt die Stabilität des Systems immer Bildung einer verschachtelten Struktur von relativ autonomen Subsystemen. Ein stabiles System setzt immer eine Struktur voraus, deren Interaktionen zwischen seinen Elementen mannigfaltig und intensiv sind; die Zahl der Interaktionen nach außen darf dagegen nur beschränkt und ihr Einfluss auf das Ganze nicht übermäßig stark sein. In solchen relativ autonomen Subsystemen würden auch Regelungen gut funktionieren.

Wenn wir auf unserem Planeten wirklich ein würdiges Leben für alle Menschen schaffen wollen, müssen wir uns schnellst möglich von den sozialromantischen Träumereien über eine posthistorische universelle Weltordnung verabschieden. Wer also meint, wir sollten uns mit der globalen Weltwirtschaft abfinden und nach weltumspannenden Steuerungen oder Regelungen suchen, um sie human und sozial zu gestalten, hat das Wichtigste noch nicht verstanden. Die Globalisierung ist kein geordnetes „System“ und hat keine bestimmten Strukturen und Institutionen, die wir ändern und umgestalten könnten. Sie ist ein absichtlich verursachtes und gezielt gefördertes Chaos, in dem das von den nationalen Verpflichtungen befreite Kapital raffiniert, mehr oder weniger legal, ausbeuterische Praktiken in großem Stil betreibt. Kein Wunder also dass „die Jahresgehälter der Firmenchefs

der 100 größten US-Unternehmen in den letzten 30 Jahren von 1,3 Millionen Dollar – dem 39fachen des Gehaltes eines Angestellten – auf 37,5 Millionen Dollar und damit auf mehr als das Tausendfache eines durchschnittlichen Arbeitslohnes gestiegen sind“ (Bode: 125). Meinen wir wirklich im Ernst, wir würden den multinationalen Konzernen, die über ein Gebiet herfallen, krumme Geschäfte mit den lokalen Machthabern machen und dann in einer Nacht-und-Nebel-Aktion mit der Beute verschwinden, allgemein verbindliche Regelungen und Institutionen aufzwingen können? Wer wirklich an internationale Abkommen glaubt, sollte nachdenken, warum sich etwa Flugkerosin und Schiffstreibstoff nicht weltweit besteuern lässt, obwohl dies in technischer Hinsicht die mit Abstand einfachste Aufgabe wäre, die man sich vorstellen kann. „Die heutige linke Mode, in die fernere Zukunft und auf einen Weltstaat zu blicken, ist so nutzlos wie der Glaube an Marxens Geschichtsphilosophie, für den sie ein Ersatz geworden ist. Beide sind ganz unerheblich für die Frage, wie man verhindern kann, daß wieder erbliche Kasten entstehen oder daß sich rechte Populisten das Ressentiment dagegen zunutze machen“, mahnt der bekannte amerikanische Philosoph Richard Rorty an, der selber zu den Linken gehört. „Die Linke muß damit aufhören, sich immer abstraktere und verstiegenere Namen für ‚das System‘ auszudenken und stattdessen beginnen, inspirierende Zukunftsvorstellungen für unser Land zu entwickeln“ (Rorty 1998: 95). Ja, wir brauchen einen inspirierenden Patriotismus, oder, wenn man so will, einen Regionalpatriotismus von links. So etwas wie der Weltstaat oder die Weltregierung sind nichts anderes als alte Illusionen von realitätsfremden linken Intellektuellen, die überzeugt sind, dass die Menschheit besser als der Mensch sei.

Eine wünschenswerte Weltgemeinschaft, die Völker und Menschen näher bringt, kann zumindest für eine absehbare Zeit nur eine Gemeinschaft sein, die sich aus kooperierenden Ländern und Regionen zusammensetzt, also aus Einheiten, die souverän und klein genug sind, *um sich selber autonom regeln zu können*. Sollten all diese Einheiten irgendwann zu einer gleichen, also einer universellen Weltkultur konvergieren, könnte uns dies nur recht sein. Allerdings ist

dies wenig wahrscheinlich. Auch heute noch lassen sich nämlich keine eindeutigen Zeichen dafür erkennen, dass es eine Weltordnung je geben wird, in der alle Individuen unter gleichen ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen leben, sei es unter keiner, oder unter einer gemeinsamen Weltregierung. Monokulturen sind zwar möglich, wie wir es aus der Landwirtschaft wissen, aber sie lassen sich immer nur künstlich erhalten. Wenn sich das Leben spontan entwickelt und organisiert, bildet sich eine Vielfalt an Arten und Variationen, die in verschiedenen Konstellationen gleichzeitig für- und gegeneinander existieren. Solche Systeme sind weniger empfindlich gegen externe Einflüsse, was für Volkswirtschaften unter anderem bedeutet, ökonomisch weniger erpressbar zu sein. Deshalb müssen wir zuerst die Globalisierung zurückfahren und die politische und ökonomische Souveränität der Nationalstaaten wieder herstellen.

Wir müssen also wieder entglobalisieren – in bestimmten Bereichen den Nationalstaat zurückholen und genug autonome regionale Einheiten und Regierungen organisieren. Jede andere Vorgehensweise bietet nicht ein Bisschen Aussicht auf Erfolg. Das wird ohne die Mittelschichten nicht möglich sein. Zuerst müssen sie aber umdenken und erkennen, dass dies in ihrem ureigenen bzw. existenziellen Interesse liegt. Es ist zwar richtig, dass die Globalisierung nicht die Strategie der Mitte war, aber sie wäre ohne die Duldung und die Unterstützung der Mittelschichten ganz bestimmt nicht möglich. Ihnen lieb gewordene Vorstellung, die Marktanarchisten und Globalisierer seien zwar Schurken, aber sie wären auch ihre eigenen Schurken, war von Anfang an ihre große Täuschung und Lebenslüge. So wie damals der Faschismus der Extremismus der Mitte war, lässt sich dasselbe auch für die Globalisierung sagen. Es ist wirklich höchste Zeit für die Mittelschichten zu begreifen, dass sie in der Strategie genannt Globalisierung nicht als Gewinner vorgesehen waren. Reiche und Mächtige hatten in der Geschichte nie eine Heimat, Mittelschichten konnten dagegen nie ohne Heimat überleben. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Mittelschichten wieder die nationale und regionale Wirtschaftspolitik entdecken. Und wenn sie mit dem Mut des Anstandes in die Heimat zurückgekehrt sind, sollten

sie einen neuen Gesellschaftsvertrag mit dem Volke schließen. Nicht *Chancen*, sondern *Wohlstand* für alle muss wieder die Überschrift dieses neuen Kompromisses mit dem Volk heißen. „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“ – wie es damals der deutsche Philosophen Theodor W. Adorno trefflich formulierte.

7.2 Exogene Schaffung der neuen Nachfrage durch Staatsausgaben

Man sollte nicht davon ausgehen, dass schon die bis hierher vorgeschlagenen *endogenen* Maßnahmen und Regelungen so viel Nachfrage schaffen, um die freie Marktwirtschaft im Gleichgewicht zu halten und ausreichend wachsen zu lassen. Das ist nicht schon deshalb so, weil sie indirekt wirken. In einem System, das so eng und vielseitig vernetzt ist wie in einer Marktwirtschaft, können sich leicht starke positive Rückkoppelungen bilden, die dann schnell einen großen systemimmanenten (Γ) und danach – auch wegen den strukturellen Verwerfungen (Disproportionalitäten) – den induzierten Nachfragemangel verursachen. Deshalb sollte man Gegenmaßnahmen bereithalten, die in eskalierenden Situationen schnell genug Nachfrage schaffen. Das können nur solche sein, mit denen sich die Nachfrage *exogen* schnell vergrößern lässt. Geld bzw. Staatsausgaben sind dafür am besten geeignet. Natürlich müssen sie nicht ausschließlich in besonderen Situationen (diskretionär) angewandt werden, sondern sie können auch kontinuierlich und damit präventiv wirken, als Mengenregelungen für die Nachfrage.

Zu den Staatsausgaben im Allgemeinen darf vorweg bemerkt werden, dass sie bekanntlich so alt wie der Staat selbst sind und schon immer verschiedenen gesellschaftlichen Zwecken dienen, auch ökonomischen. In der ursprünglichen liberalen Markttheorie wurden sie als Ausnahmen gutgeheißen, in der späteren neoliberalen marktradikalen Theorie aber bedingungslos abgelehnt. Ziemlich unbeachtet sind die ersten Nachfragetheoretiker Sismondi und Malthus geblieben, die mit den Staatsausgaben das Nachfrageproblem lösen wollten, das ihrer Ansicht nach durch die Geldhortung

verursacht ist. Die theoretischen Schwächen dieser monetären Nachfragetheorie, der Keynes ein Jahrhundert später prinzipiell folgte und ihr zum Durchbruch verhalf, wurden schon eingehend erörtert (Kapitel 2). Diese Theorie hat aber den Nachfragemangel nicht richtig erklärt und konnte folglich auch keine tragfähigen theoretischen Grundlagen für die Staatsausgaben und die praktische Wirtschaftspolitik bieten. Unter anderem konnte sie keine hinreichend genauen Empfehlungen liefern, *wann* das Geld und *wie viel* davon ausgegeben werden soll, und auch *woher* es kommen soll – dazu ausführlich im nächsten Kapitel. Die monetäre Erklärung des Nachfragemangels ließ – aus paradigmatischen Gründen – nicht einmal die Frage zu, *wer* das Geld des Staates direkt oder indirekt bekommen soll. Um eine praktisch brauchbare Antwort auf diese Frage zu finden, benutzen wir jetzt die durchgeführte kreislauftheoretische Untersuchung der Funktionsweise der Marktwirtschaft, insbesondere ihre Analyse des Ungleichgewichts bzw. des Nachfragemangels (Kapitel 3.2).

7.2a Staatsausgaben für Güter der finalen Produktionsstufen

Die Güter der finalen Produktionsstufen sind Konsumgüter. Die Überproduktion dieser Güter war seit jeher bei jedem Konjunkturtief besonders offensichtlich, aber wie es so oft in der Wissenschaft vorkommt, sind die offensichtlichen und allgegenwärtigen Tatsachen nicht die wichtigsten, da sie nicht Ursachen, sondern nur Folgen sind. Bleibt man in der Analyse bei solchen Tatsachen stehen, verleiten sie oft zu falschen Diagnosen. Erwähnt haben wir schon die frühere Praxis, Nahrungsmittel trotz der Not vieler Menschen einfach zu vernichten, damit man diese wieder produzieren kann. Viel humaner, vernünftiger und gerechter wäre es natürlich, wenn der Staat in solchen Situationen das Geld – auf welche Weise auch immer – denjenigen zur Verfügung stellen würde, die diese Güter nötig haben, aber sonst keine Möglichkeit haben, sie zu erwerben. Wenn etwa die Wirtschaft schon tief in der Rezession steckt, also sozusagen das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, sollte man das immer und unverzüglich tun.

Aber ansonsten sollte man auf solche Staatsausgaben aus gewichtigen Gründen verzichten.

Das zusätzliche Geld auf dem Markt der Konsumgüter schafft zwar *direkt* und *schnell* die fehlende Nachfrage, das geht aber nur so lange gut, wie die Lager der Anbieter voll sind. Leeren sie sich, dann können zwar die Konsumgüterhersteller investieren und durch gestiegene reale Güterproduktion die größere Nachfrage befriedigen, aber sie müssen das nicht tun. Sie könnten auch einfach nur die Preise erhöhen. Der sogenannte Multiplikator der Investitionen, mit dem die Keynesianer zugunsten der Staatsausgaben argumentieren, wirkt dann nicht stark genug – wenn überhaupt. Das Geld kann dann sogar weniger Nachfrage schaffen als davor seine reale Kaufkraft betrug. Außerdem folgt aus der kreislauftheoretischen Analyse des Nachfragemangels, dass die Preissteigerung bei den Konsumgütern normalerweise gleichgewichtstheoretisch neutral ist – sie schafft also keine zusätzliche Nachfrage bzw. sie verringert den systemimmanenten Nachfragemangel (Γ) nicht. Als wäre das noch nicht schlimm genug, lässt sich der Missbrauch der Staatsausgaben für Konsumgüter kaum vermeiden. Die Konsumgüterhersteller, Händler und Spekulanten erfahren stets früh genug, wo der Staat vorhat für mehr Konsum zu sorgen und sie können dann unverzüglich ihre Preise erhöhen. Das dürfte eine wichtige Ursache dafür sein, warum die Staatsausgaben am Ende des „Goldenen Zeitalters“ des Kapitalismus immer weniger effektiv waren. Im Zeitalter der neuen Kommunikationstechnologien ist die Transparenz der Wirtschaftspolitik stark gestiegen; das hatte zur Folge, dass die immer mächtiger gewordenen und immer stärker in die Staatsstrukturen eingewachsenen Monopole immer besser dazu in der Lage waren, die Staatsausgaben in die Preise der eigenen Produkte einzukalkulieren.

7.2b Staatsausgaben für Güter der höheren Produktionsstufen

Von der monetären oder sozusagen klassischen Nachfragetheorie wird eigentlich nur die Überproduktion auf dem Konsumgütermarkt wahrgenommen. Die zugleich schlecht ausgelasteten Maschinen in

den Betrieben werden dagegen gern übersehen – als nur Folge der Absatzprobleme auf dem Konsumgütermarkt. Diese Nachfragetheoretiker waren hier hauptsächlich die Opfer des Irrtums von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der ewigen Kapitalakkumulation bzw. der Kapitalknappheit, von dem sich die ganze Wirtschaftswissenschaft sehr lange nicht befreien konnte (Kapitel 4.3c). Abgesehen einmal von dem Fall rückständiger Länder, die sich gerade erst industrialisieren, und nach Naturkatastrophen oder Kriegen, gibt es die Kapitalknappheit als ein praktisches ökonomisches Problem in den Marktwirtschaften kaum oder gar nicht. Erst recht nicht hat man es mit Kapitalknappheit zu tun, wenn die Wirtschaft periodisch in die Krise abgestürzt ist. Weder Maschinen noch Humankapital sind dann plötzlich irgendwohin verschwunden. Sie sind nach wie vor da, deshalb ist es sinnvoll, zuerst sie auszulasten und sich vorerst nicht um neue Investitionen zu kümmern.

Wenn der Staat Geld hat und auch vorhat es auszugeben, kann er auch die brachliegenden Produktionskapazitäten kaufen – die normalerweise auch noch günstig zu bekommen sind – und selber die Produktion aufnehmen. Das ist schon deshalb keine gute Lösung, weil der Staat erfahrungsgemäß nicht besonders kompetent ist, die Produktion zentral und von oben zu organisieren oder genauer gesagt zu steuern. Es wäre aber möglich, die verstaatlichten Produktionskapazitäten nur so lange zu betreiben bis die Konjunktur anzieht, um sie dann den Privaten wieder zu verkaufen. Aber auch eine solche Praxis kann den Staat überfordern. Was dann übrig bleibt, ist die Empfehlung von Malthus: „Die arbeitenden Klassen ... mit solchen Arbeiten zu beschäftigen, deren Produkte nicht als verkäufliche Waren auf den Markt kommen“ (*Grundsätze*: 557). Tatsächlich kann bei bestimmten Gütern, die sonst nicht als „verkäufliche Waren“ auf den Markt kommen würden, nur der Staat dafür sorgen, dass sie überhaupt produziert werden, was ein klarer Beleg gegen die Allmacht des Marktes ist. Die sich selbst überlassene freie Marktwirtschaft kann nicht von sich aus alle Güter herstellen, die für die Gesellschaft nützlich oder nötig sind. Dazu gehören auch die sogenannten *Kollektivgüter*. Eine andere große Gruppe solcher Güter

sind Investitionen, die *sehr umfangreich und langfristig* sind und damit ein nicht vorhersehbares Risiko darstellen, weshalb die privaten Unternehmen sie nicht selbst tätigen.

Unter Kollektivgütern werden Güter verstanden, welche die privaten Unternehmen deshalb nicht profitbringend herstellen können, weil sie keine oder nur geringe Möglichkeiten haben, die Nutzer dieser Güter zur Bezahlung zu zwingen. Ein Unternehmer könnte zum Beispiel Mülltonnen mit Münzautomaten ausrüsten, das würde ihm aber nichts bringen. Die Zahlungsunwilligen Individuen würden dann den Müll einfach in der Landschaft und die Unternehmen in den Meeren entsorgen. Die einfachste Gegenmaßnahme, die einem dazu immer schnell einfallen kann, sind drakonische Strafen. Viel erreichen lässt sich mit ihnen jedoch nicht. Mit der „Zero Tolerance“ in den USA, einem rigiden Strafrechtssystem mit viel Polizeipräsenz und privaten Gefängnissen, lassen sich nicht einmal viel schlimmere, oft brutale Verbrechen eindämmen, deren Ausmaß sich immer mehr einer kritischen Dimension nähert. Wenn sich also der Staat nicht in die Marktwirtschaft einmischt, dann werden bestimmte Güter, die von großem Nutzen für die Gesellschaft sind, entweder gar nicht hergestellt oder zumindest nicht mit einer effizienten Allokation der Produktionsfaktoren. Es führt deshalb kein Weg daran vorbei, dass der Staat die Herstellung dieser Güter selbst organisiert oder private Unternehmen dazu stimuliert, dies in seinem Sinne zu tun, und zwar durch von ihm garantierten und bezahlten Absatz.

Aber es gibt nicht viele Kollektivgüter! – hört man immer wieder. Unter den materiellen Gütern des Massenkonsums werden wir wirklich nicht viele finden. Die meisten Kollektivgüter sind immateriell, aber ohne sie kann keine Gesellschaft normal funktionieren. Selbst private Unternehmer können nicht erfolgreich sein, ja sie wären nicht einmal handlungsfähig, wenn bestimmte immaterielle Kollektivgüter nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Erwähnen wir nur einige der wichtigsten von ihnen. Ein Gut, das für das langfristige Funktionieren einer jeden Wirtschaft unentbehrlich ist, aber von der Marktwirtschaft nicht in ausreichender Menge und Qualität

hervorgebracht wird, ist der Produktionsfaktor der menschlichen Arbeit, oder weiter gefasst Humankapital. Je größer die Freiheit der Marktwirtschaft ist gemäß ihren eigenen Prinzipien zu funktionieren, desto weniger ist sie bereit bzw. in der Lage, sich um die körperliche und psychische Gesundheit sowie die Ausbildung der Arbeitskräfte zu kümmern. Gesundheit und Ausbildung sind zweifellos Kollektivgüter. Das beste Beispiel dafür ist das bereits erwähnte sinkende Ausbildungsniveau der amerikanischen Arbeitnehmer. Folglich versucht die wirtschaftlich stärkste Nation der Welt ihr Problem mit dem Humankapital über Einwanderung und die Vergabe von *green cards* in den Griff zu bekommen, also im Grunde durch eine raffinierte imperiale Ausbeutung des Nachwuchses der restlichen Welt.

Als ob Gesundheit und Ausbildung der Bevölkerung den entwickelten kapitalistischen Wirtschaften nicht schon genug Probleme bereiten würden, bahnt sich heute ein neues Problem mit dem Humankapital an, das alle bisher bekannten in den Schatten stellt, nämlich der Zerfall der Familie mit der daraus folgenden Kinderlosigkeit. Die Verstümmelung der traditionell großen Familie hätte nach dem neoliberalen Verständnis der privaten Konkurrenzwirtschaft eigentlich mehr Effizienz bringen müssen: Wenn der Arbeitnehmer in der Not keine hilfsbereiten Verwandten mehr hat, die ihm zur Seite stehen, ist er vom Kapital bzw. Arbeitsplatz total abhängig und damit als Arbeitskraft mobiler und gefügiger. Da übersieht man gern, dass auch Kinder in einer individualistischen Marktgesellschaft Kollektivgüter sind. Der perfekte *homo oeconomicus*, also der marktkonform psychisch und geistig degenerierte Individualist, will nämlich gar nicht erst Kinder, und der leidgeprüfte und verunsicherte Arbeiter verzichtet in der Tat immer öfter aus ökonomischen Gründen auf sie. In den Vereinigten Staaten und Europa sagen etwa ein Viertel der jungen Männer und Frauen zwischen 18 und 35 Jahren, dass sie keine Kinder wollen – Tendenz steigend. Und man will das nicht mehr negativ-konservativ, also als „kinderlos“ bezeichnen, sondern progressiv-positiv aufwerten: „kinderfrei“. Hier beginnt nun der letzte Akt im Spiel des asozialen, narzisstischen und nur auf materielle Nutzenmaximierung ausgerichteten Individualismus auf der

historischen Bühne. Indem er auch die wichtigste soziale Bindung, die zwischen Eltern und Kindern, auflöst, begeht er sozialen und letztlich auch biologischen Selbstmord. Ein System, das von einer ererbten Substanz zehrt, die es selbst zerstört, ist nicht zukunftsfähig. Als dieses Buch zu Ende geschrieben wurde, sogar die europäische Machtelite war weitgehend kinderlos. Nicht nur der Kommissionspräsident Juncker, sondern auch viele Regierungschefs und Präsidenten: May, Merkel, Macron, Löfven, Grybauskaitė, Johannis, Rutte usw. Die Geschichte werden in Zukunft andere Völker schreiben, diejenigen mit intakten traditionellen Familienstrukturen. Die Großfamilie bleibt nämlich in der heutigen entsolidarisierten globalisierten Welt die einzige Institution die im Stande ist, ihren stärkeren Mitgliedern Pflichten aufzuerlegen und den Schwachen Unterstützung zukommen zu lassen. „Unsere Unterentwicklung hat uns gerettet“, werden dann die morgigen Sieger der Geschichte sagen können, wie es ein indischer Ökonom ausdrückte als er erklärte, wie sein Land seinerzeit den totalen ökonomischen Krieg mit dem kolonialen England überleben konnte. Auch was die Familie betrifft, gilt also für die neoliberale Ordnung, dass sie auf Voraussetzungen beruht, die sie selber, mit ihrem selbstbezogenen und entsolidarisierten Individuum nicht hervorbringen bzw. erhalten kann. „Das Fragwürdige an der Bewegung für ein Neues Bewußtsein rührt nicht daher, daß sie sich mit trivialen oder irrationalen Problemen befaßt, sondern daß sie selbstzerstörerische Lösungen anbietet“ (Lasch 1980: 47). Es ließe sich viel darüber diskutieren, was man konkret machen könnte, damit die Eltern nicht ihr eigenes Leben für das Leben der Kinder opfern müssten und dass die Kindheit aller würdig und kreativ anregend gestaltet werden kann. Uns interessieren hier aber vor allem der makroökonomische Zweck der Kollektivgüter und die praktischen Maßnahmen zu ihrer Erzeugung.

Mit einem einfachen Beispiel lässt sich schnell verdeutlichen, wie das Geld, das nicht materiell und im ökonomischen Sinne nicht real ist, materielle Folgen verursacht bzw. die reale Wirtschaft anschiebt und bewegt: der Bau eines *Krankenhauses*, finanziert durch Staatsausgaben. Krankenhäuser werden nämlich immer nötig sein, solange es Menschen gibt. Gehört aber ein Krankenhaus überhaupt zu

den Kollektivgütern? Natürlich werden das die neoliberalen Marktfundamentalisten entschieden zurückweisen. Es gibt tatsächlich private Krankenhäuser, aber diese tragen zu einer ausreichenden Versorgung für alle Bürger wenig bei. Die Erfahrung aus den postkommunistischen Ländern führt uns das klar vor Augen. Abgesehen von den wenigen kleinen luxuriösen und teuren privaten Krankenhäusern für die Neureichen, müssen sich nach fast drei Jahrzehnten der freien Marktwirtschaft die Patienten, die der großen Mehrheit der Bevölkerung angehören, in den Krankenhäusern zusammenquetschen, die seinerzeit die Kommunisten aus dem Boden gestampft haben. Das Geld reicht nicht einmal, um diese Krankenhäuser zu reparieren und zu pflegen, von ihrer Ausstattung ganz zu schweigen.

Hat sich der Staat entschlossen ein Krankenhaus zu bauen, wird er sich für das günstigste Angebot entscheiden. Deshalb wird es den Anbietern kaum möglich sein, wegen der in Aussicht stehenden Staatsausgaben die Preise ihrer Güter zu erhöhen. Sobald der Bau begonnen hat, aktivieren die beteiligten Unternehmen ihre stillgelegten Produktionskapazitäten und räumen ihre Lager. Aus den gestiegenen Einkünften entschulden sie sich zunächst. Vom Staat ausgegebenes Geld kommt bei den Banken an, die es den Investoren ausleihen können. Ein Teil der Einkünfte der Unternehmen sind Profite, die zum Teil investiert werden. Dadurch schaffen die ursprünglichen Staatsausgaben auch eine zusätzliche (induzierte) Nachfrage. Wenn diese Investitionen auch noch die Preise der Produktionsgüter erhöhen, dann ist das eine weitere zusätzlich geschaffene (induzierte) Nachfrage aus demselben Geld. Den Rest vom Profit konsumieren die Unternehmer selbst, und zusammen mit den neuverdienten Löhnen wird noch eine weitere zusätzliche (induzierte) Nachfrage auf dem Konsummarkt geschaffen. Diese Nachfrage bewirkt auf dem Konsummarkt dasselbe, was direkte Staatsausgaben auf diesem Markt sonst bewirken würden.

Zusammenfassend stellen wir also fest, dass die Staatsausgaben, wenn sie für mehr Absatz von Produktionsgütern sorgen, deutlich mehr

Nachfrage schaffen als wenn sie direkt für mehr Absatz auf dem Markt der Konsumgüter sorgen. Es lässt sich also mit solchen Staatsausgaben mit weniger Geld viel mehr Nachfrage schaffen, als wenn der Staat nur für mehr Konsum sorgt. Ein weiterer Vorzug der Staatsausgaben für Güter der höheren Produktionsstufen ist von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung. In unserem Beispiel hat die Gesellschaft dank der Staatsausgaben ein Krankenhaus gewissermaßen geschenkt bekommen. Diese Eigenschaft der Staatsausgaben hat schon Ludwig Gall (1791–1863), ein vergessener deutscher Nachfrage-theoretiker des 19. Jahrhunderts, treffend geschildert: „Wenn z.B. ein Staat durch seine eigenen arbeitslosen Bürger in einem Jahr 100 Meilen Landstraßen bauen lässt und dafür 3 Millionen Thaler ausgibt, so ist dieser Staat am Ende dieses Jahres um den ganzen Werth dieser Landstraße reicher als er am Anfang des Jahres war; denn das Geld, welches die Landstraße gekostet hat, wird noch bis zum letzten Pfennig im Lande seyn, und die Landstraße dazu.“ Als das Geld noch durch Gold gedeckt wurde, während des Goldstandards, war es noch wichtig, ob das Geld im Lande geblieben ist, für das Buchgeld „aus dem Nichts“ ist das unwichtig. Es gilt nur aufzupassen, dass die Staatsausgaben keine sehr starke Preissteigerung verursachen müssen. Sollte diese Gefahr bestehen, dann kann der Staat etwas dagegen tun. Er kann das „überflüssige“ Geld einfach über Steuern abschöpfen. Dies soll hier genügen, die wichtigsten weiterführenden Fragen, welche die Preise und Preissteigerung betreffen, werden im nächsten Kapitel genauer untersucht. Am Beispiel des Krankenhauses lassen sich auch andere Möglichkeiten verdeutlichen. Der Staat kann beispielsweise das Krankenhaus erst einmal vermieten. Letzten Endes kann er das Krankenhaus auch verkaufen. Selbst wenn die Vermietung oder der Verkauf nicht alle Baukosten decken würde, wäre das unwichtig. Die Staatsausgaben müssen sich nicht im betriebswirtschaftlichen Sinne lohnen, schon gar nicht wenn sie mit dem Geld „aus dem Nichts“ finanziert sind – dazu mehr im nächsten Kapitel. Ihre ökonomische Aufgabe ist es im Wesentlichen mehr Nachfrage zu schaffen ohne dass die Preise zu stark steigen.

Eine weitere große Gruppe von Gütern, die „nicht als verkäufliche Waren auf den Markt kommen“, sind jene, die sich zwar mit Profit verkaufen ließen, für deren Produktion aber Investitionen erforderlich wären, die für einzelne Unternehmen viel zu hoch wären und zu lange Zeit für ihre Amortisierung brauchen würden. Das sind die Fälle, mit denen der Markt allein überfordert ist. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich Smith, Mill und die anderen großen Frühliberalen solcher Schwächen der privaten Marktwirtschaft bewusst waren und die Hilfe des Staates als selbstverständlich betrachtet haben. Sie haben nicht nur öffentliche Schulen, eine staatliche Gesundheitspolitik zur Eindämmung von Infektionskrankheiten, den öffentlichen Schutz vor Wucher und eine unterschiedlich hohe Besteuerung von hohen und niedrigen Einkommen befürwortet, sondern auch den Bau von Straßen, Brücken, Eisenbahnen, Kanälen, Hafenanlagen und Wasserwerken gefordert. „In vielen Teilen der Welt kann das Volk für sich nichts tun, was großer Mittel und gemeinsamer Tätigkeit bedarf: alles dies bleibt ungetan, wenn es nicht die Regierung tut.“, schreibt Mill, der Fahnenträger des politischen und ökonomischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts zum Schluss seiner *Grundsätze der Politischen Ökonomie* (Band 2, 735). Daran hat sich prinzipiell bis heute nichts geändert. Auch später waren Unternehmer nicht bereit in sehr riskante und erst recht nicht in auf sehr lange Frist ausgelegte Projekte zu investieren. Der nackte angeblich rationale Egoismus des *homo oeconomicus* ist in Wirklichkeit einer der schüchternen und kurzfristigen Art. Es ist angebracht das kurz zu illustrieren, mit einer Erfahrung von David Osborne. Er erzählt wie er ein Universitätssymposium zum Thema „Entrepreneurship“ besuchte. Mehrere renommierte Psychologen waren als Referenten angekündigt. Sie waren sich in ihren Vorträgen nur über eins einig: Alle sprachen von einer „unternehmerischen Persönlichkeit“, die durch einen Hang zur Risikofreudigkeit gekennzeichnet sei. Ein bekannter und erfolgreicher Innovator und Unternehmer, der mit seiner Innovation bei einem Verfahrensbedürfnis angesetzt hatte und daraus in fünfundzwanzig Jahren ein recht erfolgreiches weltweit tätiges Unternehmen

aufgebaut hatte, wurde dazu um Stellungnahme gebeten und er erwiderte ihnen: „Ihre Vorträge haben mich völlig verblüfft. Ich kenne, angefangen bei mir selbst, wirklich viele erfolgreiche Innovatoren und Unternehmer, und mir ist noch nie eine unternehmerische Persönlichkeit über den Weg gelaufen. Die erfolgreichen Unternehmer die ich kenne, haben jedoch alle eins – und nur eins – gemeinsam: Sie sind keine Risiko-Spieler. Sie versuchen, die Risiken, die sie eingehen müssen, zu definieren und so weit wie möglich zu minimieren. Sonst wäre keiner von uns erfolgreich gewesen. Was mich angeht, ich wäre, wenn ich Risiko hätte spielen wollen, ins Immobilien- oder Warentermingeschäft gegangen oder wäre von Beruf Kunstmaler geworden, wie meine Mutter das gerne gehabt hätte“ (*Der innovative Staat*, S. 13). Die erwähnten Elektrizitätswerke, Schienennetze und alle ähnlichen großen Einrichtungen sind in keinem Staat der Welt durch private Initiative bzw. „Hang zu Risikofreudigkeit“ und nur mit privatem Kapital entstanden. Von welcher Bedeutung für die Wirtschaft das staatliche Engagement bis heute geblieben ist, haben uns die Japaner in den letzten Jahrzehnten oft genug gezeigt. Wir nennen hier nur ein Beispiel, nämlich das der Mikroelektronik. Weil es schon früh absehbar war, dass diese eine Schlüsseltechnologie sein würde, kooperierten die japanischen Elektronikunternehmen auf Initiative des Ministeriums für Internationalen Handel (MITI) Mitte der 70er Jahre für einige Jahre miteinander, um den 64 KB-Chip zu entwickeln. Auf diese Weise verschaffte sich die japanische Elektronikindustrie einen internationalen Vorsprung in der Chipherstellung. Der Erfolg lag in der Mischung aus Prognose, Planung, staatlicher Intervention und Kooperation innerhalb der Industrie. In Taiwan hat der Staat systematisch und langfristig, fast nach Art der kommunistischen Planwirtschaft, die neuen Technologien entwickelt, die Bedingungen für ihre Anwendung geschaffen und sie der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Das erfolgreiche europäische Projekt des Baus von Großflugzeugen wäre ohne staatliche Unterstützung ebenfalls nie möglich gewesen. Airbus verdient inzwischen so gut, dass das Konsortium jetzt die einst kassierten Subventionen zurückzahlen kann. Und nicht zu vergessen hat auch das

Internet nicht der privaten, sondern der staatlichen Initiative seine Existenz zu verdanken.

Die Investitionen in die regenerativen Energien könnten sich als weiterer Erfolg dieser Art erweisen. Noch vor kurzer Zeit bedeutete die Förderung von erneuerbaren Energien vor allem eine Beteiligung des Staates am unternehmerischen Risiko in einem neuen Wirtschaftsbereich (*infant industry*). Aber schon heute, also nach einer nicht allzu langen Zeit, entwickelt sich aus diesen Investitionen immer mehr eine ganz „normale“ wirtschaftliche Aktivität in der ganz normale Gewinne möglich sind. Diese Beispiele – die sich noch durch weitere ergänzen ließen – bestätigen, dass man sich auf die Investitions- und Risikobereitschaft von Unternehmern keineswegs immer verlassen kann. Deshalb ist die Einflussnahme des Staates in die Investitionstätigkeit der Wirtschaft nicht nur sinnvoll, sondern unentbehrlich. Die Erfolge dieser Praxis sind zugleich klare Beweise dafür, dass wissenschaftliche Prognosen über technische Entwicklungsrichtungen, insbesondere über Zukunftstechnologien, durchaus zutreffen können. Wir können also mehr über die Zukunft wissen, als vielen lieb ist. Deshalb sollten wir den Staat dazu bringen, im Sinne dieser Prognosen die Initiative zu ergreifen. Im Sinne der externen Nachfrage haben die staatlichen Ausgaben zugunsten großer Projekte, die noch nicht richtig in die Kreisläufe der Wirtschaft integriert sind, den großen Vorteil, dass man sie nach Bedarf erweitern oder drosseln kann. Das bedeutet, es ließen sich richtige Mengenreglungen für die Staatsausgaben konzipieren.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	15
1 Wie die Theorie der liberalen Ordnung entwickelt, verraten und verfälscht wurde	27
1.1 Der ursprüngliche Liberalismus von Adam Smith – eine wissenschaftlich konzipierte geregelte Ordnung	29
1.1a Zwei Rationalismen, die moderne Wissenschaft und die Werte	34
1.1b Die Ordnung durch Regeln im Dienste der Werte kurz gefasst	53
1.2 Der Vulgärliberalismus des Sayschen Gesetzes – eine Flucht in die naive pars–pro–toto Denkweise	58
1.2a Der Sieg des freien Marktes und die „säkulare Stagnation“	59
1.2b Das Saysche Gesetz als Ergebnis einer problematischen Methode	63
1.3 Der Neoliberalismus nach dem Weltbild der klassischen Mechanik – eine Ideologie für die neue Herrschaftsklasse	70
1.3a Der Verrat an den Prinzipien der modernen Wissenschaft	71
1.3b Der Verrat an den Werten des ursprünglichen	86

Liberalismus

1.3c Die „postmoderne“ Landung des Liberalismus in der Vormoderne 104

2 Die Nachfragetheorie von Keynes: ein überforderter Paradigmenwechsel 123

2.1 Die empirischen Wurzeln der Auffassung über die fehlende Nachfrage 125

2.1a Absatzprobleme als offensichtliche Erscheinung der Krisen 125

2.1b Die Innovationen als misslungene Erklärung der Absatzprobleme 130

2.2 Die Geldhortung als Ausgangspunkt der monetären Nachfragetheorie 137

2.2a Die Vollendung der monetären Nachfragetheorie von Keynes 140

2.2b Der Beginn einer monetären Theorie über Zins und Konjunktur 150

2.3 Die Irrtümer und ungelösten Probleme der monetären Nachfragetheorie 152

2.3a Die erfolglose Suche nach dem sozusagen „vergrabenen Geld“ 154

2.3b Die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ – eine Sackgasse 159

2.3c Die misslungenen Versuche die „General Theory“ nachzubessern 163

3	Eine neue analytische Grundlage für das nachfragetheoretische Paradigma	167
3.1	Kreislauftheoretisches versus partikelmechanisches Modell	178
3.1a	Kumulation als ein wirtschaftliches Phänomen	180
3.1b	Gerichtetheit als ein wirtschaftliches Phänomen	185
3.1c	Struktur als ein produktionstechnisches Phänomen	186
3.2	Die Erklärung des ‚realen‘ Nachfragemangels und des Ungleichgewichts	190
3.2a	Einfache Beispiele zur Veranschaulichung des Nachfrageproblems	190
3.2b	Der Nachfragemangel und ein Nachruf auf das Saysche Gesetz	203
3.2c	Die allgemeine Gleichung des Sparens	206
3.2d	Das Problem des allgemeinen Gleichgewichts bzw. der Stabilität	209
3.3	Exkurs: Eine kurze Geschichte der kreislauftheoretischen Analyse	213
4	Die Eignung der (realen) Nachfragetheorie zur Erklärung von ökonomischen Tatsachen	217
4.1	Die Nachfrage als Voraussetzung und Ursprung der Marktwirtschaft	225
4.1a	Der historisch einmalige Nachfrageschub durch	226

Edelmetalle

4.1b	Die endogene Nachfrage durch goldverursachte Preissteigerung	228
4.2	Wie hohe Löhne zur steigenden Produktivität und mehr Nachfrage beitragen	230
4.2a	Die Auswanderung als Ursache für steigende Löhne	231
4.2b	Die kreislauftheoretische Analyse der Lohnsenkung und Lohnsubstitution	240
4.2c	Zusammenfassung: Der Kapitalismus als Kind der Nachfrage	247
4.3	Die kreislauftheoretische Erklärung der marktwirtschaftlichen Dynamik	249
4.3a	Die Dynamik des Wachstums und des ökonomischen Zyklus	252
4.3b	Krieg als altbewährter Weg aus der ökonomischen Krise	257
4.3c	Der Irrtum der Kapitalakkumulation und der Kapitalknappheit	260
4.4	Weitere nachfragetheoretisch erklärbare „Paradoxe“ der Marktwirtschaft	268
4.4a	Das angebliche Paradox des Protektionismus und der Monopolduldung	268
4.4b	Das angebliche Paradox der Preissteigerung von Produktionsgütern	275
4.4c	Das angebliche Paradox des „starrsinnigen“ Verhaltens des Zinses	277

5	Die neue Auffassung über die Affekte als Geburtsort der geregelten Ordnung	287
5.1	Als das vormoderne Paradigma in der Ethik starb und ein neues geboren wurde	290
5.1a	Ein weiteres Scheitern der uralten Idee der Menschenverbesserung	292
5.1b	Die neue Philosophie (Ontologie) und ihre Ethik der Affekte	303
5.1c	Spinoza als Vordenker des neuen Paradigmas in der Ethik und der Ordnungstheorie	307
5.1d	Das gelöste Geheimnis der Affekte: ihre relative Beständigkeit	312
5.1e	Der Konsequentialismus als Ausgangspunkt der Regelungstheorie	318
5.2	<i>Steuerung</i> und <i>Regelung</i> : zwei Möglichkeiten zur Schaffung von Ordnung	328
5.2a	Steuerung und Regelung als zwei unterschiedliche Lenkungsarten	330
5.2b	Die Idee der Neutralisierung der Affekte und die Rückkoppelung	333
5.2c	Regelung als Wissenschaft von nichtdeterministischen Prozessen	341
5.2d	Die Regelung als das universale Prinzip der lebenden Welt	350

5.2e	Fehlender Sollwert („unsichtbare Hand“) und Stabilitätsproblem	355
5.2f	Die Freiheit als „Ordnung des Fortschritts“. Ein Abgesang	359
6	Wie der Mensch nach Smith <i>wirklich ist</i> und die Regeln für die Marktwirtschaft	367
6.1	Die Erklärung des Menschen durch das Verhalten bzw. die „Sympathie“	369
6.1a	Zwei Bedeutungen von „Sympathie“: emotionale und methodische	371
6.1b	Der Mensch als sozial und historisch bestimmtes Wesen	377
6.1c	Der Mensch als moralisch und rational beschränktes Wesen	380
6.2	Die (Verhaltens–)Regeln für eine gerechte und effiziente Wirtschaftsordnung	385
6.2a	Das Problem des Gütertausches unter unvollkommenen Menschen	386
6.2b	Der Profit als sozusagen „Abgeltung“ für die menschliche Unvollkommenheit	390
6.2c	Das überflüssige Experiment mit dem „kollektiven“ Kapital	394
6.3	Konkurrenz bzw. Nachfragepreis als die Ursache des Produktivitätswachstums	400

6.3a	Die Erste industrielle Revolution und das technische Wissen	401
6.3b	Die Zweite industrielle Revolution und das technische Wissen	405
6.3c	Die Technostruktur und ihre angebliche Innovationsfähigkeit	407
6.3d	Das unnötige Experiment mit der Herrschaft der sogenannten „Intellektuellen“	416
6.3e	Die Ordnungsvision von Adam Smith: Eine kritische Würdigung	420
7	Die makroökonomischen Regelungen für eine funktionierende Marktordnung	435
7.1	Präventive endogene Förderung der Nachfrage statt Kostensenkungen	437
7.1a	Steuern als Maßnahme zur Stabilisierung der Nachfrage	439
7.1b	Volkswirtschaftliche Regelung der Arbeitszeit und der Lohnquote	450
7.1c	Warum eine liberal globalisierte Weltordnung scheitern muss	474
7.2	Exogene Schaffung der neuen Nachfrage durch Staatsausgaben	479
7.2a	Staatsausgaben für Güter der finalen Produktionsstufen	481
7.2b	Staatsausgaben für Güter der höheren	482

Produktionsstufen

8	Schuldenfreie Nachfrageschaffung durch eine echte demokratische Geldmarktpolitik	493
8.1	Die ökonomischen Funktionen und der Missbrauch von Geld und Zins	495
8.1a	Das Zinsproblem als ein Problem der menschlichen Natur	496
8.1b	Die legale Praxis des Finanzsystems zur Ausbeutung der Bürger	501
8.2	Eine Krisenerklärung in der Manier der „klassischen“ neoliberalen Theorie	512
8.2a	Die Spitzfindigkeiten zur Erklärung der Wirtschaftskrise 2008	513
8.2b	Die Schulden und das angebliche „Leben über die Verhältnisse“	519
8.3	Das Versagen der monetaristisch vervollständigten neoliberalen Theorie	525
8.3a	Es hätte sehr lustig sein können, wenn es nicht so traurig wäre	526
8.3b	Die „Quantitätsformel“ und das tatsächliche Niveau der Preise	530
8.3c	Die angebliche „Neutralität“ des Geldes und die empirischen Tatsachen	536
8.4	Kreislauftheoretisch argumentierte Wirkungsweisen und Folgen des Geldes	549

8.4a	Zyklustypische Preisbewegungen kreislauftheoretisch erklärt	550
8.4b	Die angebliche „zurückgestaute“ Inflation aus dem Buchgeld bzw. der Quantitativen Lockerung (QE)	553
8.5	Das private Geld als Problem und das demokratische als die Lösung	562
8.5a	Das Geld „aus dem Nichts“ und die Möglichkeit die Geldmenge zu regeln	569
8.5b	Geldschöpfung und Geldmengenregelungen vom und für das Volk	580

Verzeichnis der zitierten Literatur

- Abelshauser, W.:** *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, Verlag C.H. Beck, München. 2004.
- Adamy, W. – Steffen, J.:** *Abseits des Wohlstands*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1998.
- Adler, A.:** *Über den nervösen Charakter*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1997.
- Adler, A.:** *Neurosen*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1981.
- Adler, A.:** *Lebensprobleme*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1994.
- Adorno, T.:** *Negative Dialektik*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1966.
- Adorno, T., u. a.:** *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Deutscher Taschenbuchverlag, München, 1993.
- Afheldt, H.:** *Wohlstand für niemand?*, Verlag Antje Kunstmann, München, 1994.
- Albert, H.:** *Ökonomische Ideologie und politische Theorie*, Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen, 1954.
- Albert, H.:** *Traktat über kritische Vernunft*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1975.
- Albert, H.:** *Aufklärung und Steuerung*, Hoffmann und Campe, Hamburg, 1976.
- Albert, H.:** *Die Wissenschaft und die Fehlbarkeit der Vernunft*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1982.
- Albert, H.:** *Freiheit und Ordnung*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1986.
- Altvater, E.:** *Sachzwang Weltmarkt*, VSA-Verlag, Hamburg, 1987.
- Altvater, E.:** *Die Zukunft des Marktes*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, 1991.
- Aly, G.:** *Hitlers Volksstaat*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2005.
- Arendt, H.:** *Macht und Gewalt*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1970.
- Arendt, H.:** *Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten*, Dr. Ernst Hauswedell & Co. Verlag, Hamburg, 1960.

- Armin, H.:** *Das System – Die Machenschaften der Macht*, Droemer, München, 2001.
- Armin, H.:** *Das Europa-Komplott*, Carl Hanser Verlag, München Wien, 2006.
- Aron, R.:** *Die industrielle Gesellschaft*, Fischer Bücherei KG, Frankfurt am Main und Hamburg, 1965.
- Aron, R.:** *Opium für Intellektuelle*, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 1957.
- Aristoteles:** *Politik*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1989.
- Aristoteles:** *Nikomachische Ethik*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1969.
- Arndt, H.:** *Kapitalismus Sozialismus Konzentration und Konkurrenz*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1976.
- Ashby, W. R.:** *Einführung in die Kybernetik*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1974.
- Atteslander, P., u. a.:** *Methoden der empirischen Sozialforschung*, Walter de Gruyter, Berlin – New York, 1991.
- Bachelard, G.:** *Der neue wissenschaftliche Geist*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1988.
- Bachelard, G.:** *Die Bildung des wissenschaftlichen Geistes*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1987.
- Bachelard, G.:** *Die Philosophie des Nein*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1980.
- Bachrach, P. – Baratz, M. S.:** *Macht und Armut*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1977.
- Barnes, H. E.:** *An Introduction to the History of Sociology*, The University of Chicago Press, Chicago, 1948.
- Barnes, H. E.:** *Soziologie der Geschichte*, Humboldt-Verlag, Wien – Stuttgart, 1951.
- Barro, R. J.:** *Makroökonomie*, Transfer-Verlag, Regensburg, 1986.
- Bastiat, F.:** *Volkswirtschaftliche Harmonien*, Verlag von Gustav Hempel, Berlin, 1850.
- Baudrillard, J.:** *Die fatalen Strategien*, Matthes & Seitz Verlag, München, 1991.
- Bauman, Z.:** *Die Ansichten der Postmoderne*, Argument-Verlag, Hamburg, 1995.
- Beck, U.:** *Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1986.

- Beck, U.:** *Schöne neue Arbeitswelt*, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York, 1999.
- Beck, U. – Giddens, A. – Lash, S.:** *Reflexive Modernisierung*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1996.
- Beck, U.:** *Globalisierung*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1997.
- Bell, D.:** *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 1985.
- Bendix, R.:** *Herrschaft und Industriearbeit*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1956.
- Bergson, H.:** *Denken und schöpferisches Werden*, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg, 1993.
- Berle, A. A.:** *Macht ohne Eigentum*, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan, 1967.
- Berlin, I.:** *Freiheit, vier Versuche*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1995.
- Bernal, J. D.:** *Science and Industry in the Nineteenth Century*, London, 1953.
- Bernstein, E.:** *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Dietz Verlag, Berlin, 1991.
- Bertalanffy, L.:** *Das biologische Weltbild*, A. Francke Verlag, Bern, 1949.
- Bertalanffy, L.:** *Theoretische Biologie*, Verlag von Gebrüder Borntraeger, Berlin, 1932.
- Berthold N. – Hank, R.:** *Bündnis für Arbeit: Korporatismus statt Wettbewerb*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1999.
- Berthold N.:** *Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1997.
- Beyme, K.:** *Interessengruppen in der Demokratie*, R. Piper Verlag, München, 1969.
- Beyme, K.:** *Die politischen Theorien der Gegenwart*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2000.
- Birnbaum, N.:** *Nach dem Fortschritt*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 2002.
- Bischoff, J.:** *Mythen der New Economy*, VSA-Verlag, Hamburg, 2001.
- Bischoff, J.:** *Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts*, VSA-Verlag, Hamburg, 1999.

- Bischof, N.:** *Struktur und Bedeutung*, Hans Huber Verlag, Bern – Göttingen – Toronto – Seattle, 1998.
- Bloom, A.:** *Der Niedergang des amerikanischen Geistes*, Hoffmann und Campe, Hamburg 1988.
- Bobbio, N.:** *Die Zukunft der Demokratie*, Rotbuch Verlag, Berlin, 1988.
- Bochenski, I. M.:** *Die Zeitgenössischen Denkmethode*, Francke AG Verlag, Bern, 1955.
- Bode, T.:** *Die Demokratie verrät ihre Kinder*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 2003.
- Bodin, J.:** *Sechs Bücher über den Staat*, Verlag C.H. Beck, München, 1986.
- Böhm, F.:** *Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden–Baden, 1980.
- Bollmann, S. (Hrsg.):** *Patient Deutschland*, Deutsche Verlags–Anstalt, Stuttgart, 2002.
- Borchardt, K. – Schötz, H. O. (Hrsg.):** *Wirtschaftspolitik in der Krise*, Die (Geheim–) Konferenz der Friedrich List–Gesellschaft im September 1931 über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden–Baden, 1991.
- Borchardt, K.:** *Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1985.
- Boulding, K. E.:** *Ökonomie als Wissenschaft*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1976.
- Bourdieu, P.:** *Die feinen Unterschiede*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1982.
- Bourdieu, P.:** *Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1973.
- Bourdieu, P.:** *Sozialer Sinn*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1987.
- Bourdieu, P.:** *Satz und Gegensatz*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1993.
- Bourdieu, P.:** *Der Tote packt den Lebenden*, VSA–Verlag, Hamburg, 1997.
- Bourdieu, P.:** *Die verborgenen Mechanismen der Macht*, VSA–Verlag, Hamburg, 1992.
- Bourdieu, P. – Passeron J.–C.:** *Die Illusion der Chancengleichheit*, Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 1971.

- Boxberger, G. – Klimenta, H.:** *Die 10 Globalisierungslügen*, Deutscher Taschenbuchverlag, München, 1998.
- Bracher, D. K.:** *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Ring-Verlag, Villingen, 1971.
- Brennan, G. – Buchanan, J. M.:** *Die Begründung von Regeln*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1993.
- Brennan, G. – Buchanan, J. M.:** *Besteuerung und Staatsgewalt*, Steuer- und Wirtschaftsverlag, Hamburg, 1988.
- Brühl, T., ... (Hrsg.):** *Die Privatisierung der Weltpolitik*, Dietz Verlag, Bonn, 2001.
- Buchanan, J. M.:** *Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zu ihren Nachbardisziplinen*, in: Reimut Jochimsen/Helmut Knobel (Hg.), *Gegenstand und Methoden der Nationalökonomie*, Köln, 1971.
- Buchanan, J. M.:** *Markt, Freiheit und Demokratie*, COMDOK Verlagsabteilung, Sankt Augustin, 1992.
- Buchanan, J. M.:** *Die Grenzen der Freiheit: zwischen Anarchie und Leviathan*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1984.
- Burckhardt, J.:** *Weltgeschichtliche Betrachtungen*, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1946.
- Bürklin, W.:** *Die vier kleinen Tiger*, Wirtschaftsverlag Langen Müller / Herbig, München, 1993.
- Burnham, J.:** *Begeht der Westen Selbstmord?*, Econ-Verlag, Düsseldorf – Wien, 1965.
- Burnham, J.:** *Das Regime der Manager*, Union deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, 1951.
- Butterwegge, C. – Hickel, R. – Ptak, R.:** *Sozialstaat und neoliberale Hegemonie*, Elefanten Press, Berlin, 1998.
- Butterwegge, C. – Kutscha, M. – Berghahn, S. (Hrsg.):** *Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1999.
- Butterwegge, C.:** *Wohlfahrtsstaat im Wandel*, Leske + Budrich, Opladen, 1999.
- Canetti, E.:** *Masse und Macht*, Claassen Verlag, Hildesheim, 1992.
- Carey, H. C.:** *Die volkswirtschaftlichen Systeme und die Handelspolitik der europäischen Staaten und der Vereinigten Staaten von Amerika*, Verlag der Königl. Hofbuchhandlung von J. Weise, Stuttgart, 1877.

- Carey, H. C.:** *Volkswirtschaft und Socialwissenschaft*, Fleischmann's Buchhandlung, München, 1866.
- Carey, J.:** *Haß auf die Massen*, Steidl Verlag, Göttingen, 1996.
- Cassirer, E.:** *Aufsätze und kleine Schriften*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 2004.
- Cawthorne, N.:** *Das Sexleben der Päpste – Die Skandalchronik des Vatikans*, Akzente Versandbuchhandlung, Lahnstein, 2011.
- Chomsky, N.:** *Profit over People*, Europa Verlag, Hamburg – Wien, 1999.
- Chomsky, N.:** *Clintons Vision*, Trotzdem Verlag, Grafenau, 1994.
- Cipolla, C. und Borchardt, K., Hrsg.:** *Europäische Wirtschaftsgeschichte*, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart – New York, 1979, Bd. 1–5.
- Clark, J. B.:** *The Distribution of Wealth*, Kelley, New York, 1965.
- Cohen, D.:** *Unsere modernen Zeiten*, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York, 2001.
- Constant, B.:** *Über die Gewalt*, Verlag Herbert Lang, Bern, 1942.
- Condorcet, Marquis de:** *Entwurf einer historischen Darstellung der Fortschritte des menschlichen Geistes*, Suhrkamp, Köln, 1976.
- Cortés, D.:** *Der Staat Gottes*, Badenia in Karlsruhe, 1933.
- Courtois, S., u. a.:** *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, Piper Verlag, Zürich, 1998.
- Creveld, M. van:** *Aufstieg und Untergang des Staates*, Gerling Akademie Verlag, München, 1999.
- Creveld, M. van:** *Die Zukunft des Krieges*, Gerling Akademie Verlag, München, 1998.
- Czichon, E.:** *Wer verhalf Hitler zur Macht?*, Pahl–Rugenstein Verlag, Köln, 1967.
- Dahl, A. R.:** *Dilemmas of Pluralist Democracy*, Yale University Press, New Haven and London, 1982.
- Dahl, A. R.:** *Und nach der Revolution?*, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 1975.
- Dahrendorf, R.:** *Markt und Plan*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1966.
- Dahrendorf, R.:** *Fragmente eines neuen Liberalismus*, Deutsche Verlags–Anstalt, Stuttgart, 1987.

- Dahrendorf, R.:** *Die Chancen der Krise*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1983.
- Dahrendorf, R.:** *Die globale Klasse und die neue Ungleichheit*. In: Merkur 54 Jg., November 2000.
- Dahrendorf, R.:** *Der Wiederbeginn der Geschichte*, Verlag C.H. Beck, München. 2004.
S. 413–434.
- Deschner, K.:** *Opus Diaboli*, Rowohlt Verlag, Hamburg, 1987.
- Deschner, K.:** *Das Jahrhundert der Barbarei*, Verlag Kurt Desch, München, 1966.
- Deschner, K.:** *Abermals krächte der Hahn*, Verlag Arthur Moewig GmbH, Rastatt, 1987.
- Deschner, K.:** *Mit Gott und den Faschisten*, H. E. GüntherVerlag, Stuttgart, 1965.
- Dewey, J.:** *Die Erneuerung der Philosophie*, Junius Verlag, 1989.
- Dearlove, D.:** *Die Bill Gates Methode*, Ueberreuter, Wien – Frankfurt am Main, 2000.
- Dimitroff, G.:** *Gegen Faschismus und Krieg*, Verlag Philipp Reclam, Leipzig, 1982.
- Dirac, P.:** *Die Prinzipien der Quantenmechanik*, Leipzig, Hirzel, 1930.
- Djilas, M.:** *Die neue Klasse*, Kindler Verlag, München, 1959.
- Downs, A.:** *Ökonomische Theorie der Demokratie*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1968.
- Duhem, P.:** *Ziel und Struktur der physikalischen Theorien*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1978.
- Dunlop, J.G.:** *The Movement of Real and Money Wage Rates*, Economic Journal 48, 1938.
- Durkheim, E.:** *Regeln der soziologischen Methode*, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin, 1961.
- Durkheim, E.:** *Der Selbstmord*, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin, 1973.
- Durkheim, E.:** *Über die Teilung der sozialen Arbeit*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1977.
- Duverger, M.:** *Demokratien im technischen Zeitalter – Das Janusgesicht des Westens*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1973.
- Dworkin, R.:** *Bürgerrechte ernstgenommen*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1984.

- Eco, U.:** *Das Foucaultsche Pendel*, Carl Hanser Verlag, München, 1989.
- Ehrenberg, H.:** *Raus aus der Krise*, Verlag J. H. W. Dietz, Bonn, 1999.
- Elias, N.:** *Über den Prozeß der Zivilisation*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1976.
- Elias, N.:** *Die höfische Gesellschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Einstein, A – Infeld, L.:** *Physik als Abenteuer der Erkenntnis*, A. W. Sijthoff Verlag, Leiden, 1949.
- Einstein, A.:** *Mein Weltbild*, Europa Verlag A. G., Zürich, 1953.
- Engdahl, F. W.:** *Der Untergang des Dollar-Imperiums*, Kopp-Verlag, Rottenburg, 2009.
- Engels, F.:** *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, Dietz Verlag, Berlin, 1957.
- Engels, W.:** *Den Staat erneuern – den Markt retten*, Deutscher Instituts-Verlag, Köln, 1983.
- Engels, W.:** *Der Kapitalismus und seine Krisen*, Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf, 1996.
- Eppler, E.:** *Die Wiederkehr der Politik*, Insel Verlag, Frankfurt am Main, 1998.
- Eppler, E.:** *Privatisierung der politischen Moral?*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2000.
- Eppler, E.:** *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2002.
- Erber, G. – Hagemann, H. – Seiter, S.:** *Zukunftsperspektiven Deutschlands im internationalen Wettbewerb*, Physica-Verlag, Heidelberg, 1998.
- Erdmann, K. D.:** *Die Zeit der Weltkriege*, Union Verlag, Stuttgart, 1973.
- Erhard, L. – Müller-Armack, A.:** *Soziale Marktwirtschaft*, Ullstein, Frankfurt am Main, 1950.
- Eschenburg, T.:** *Das Jahrhundert der Verbände*, Wolf Jobst Siedler Verlag, Berlin, 1989.
- Eschenburg, T.:** *Herrschaft der Verbände?*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1963.
- Etzioni, A.:** *Jenseits des Egoismus-Prinzips*, Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart, 1994.

- Eucken, W.:** *Kapitaltheoretische Untersuchungen*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1954a.
- Eucken, W.:** *Unser Zeitalter der Misserfolge*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1954b.
- Eucken, W.:** *Nationalökonomie wozu?*, J. G. Cotta'sche Buchhandlung, Stuttgart, 2005.
- Eucken, W.:** *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1960.
- Felderer, B. Homburg, St.:** *Makroökonomik und neue Makroökonomik*, Springer Verlag, Berlin, 1987.
- Ferguson, A.:** *Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1986.
- Ferguson, N.:** *Der Aufstieg des Geldes*, EconVerlag, Berlin, 2009.
- Ferguson, N.:** *Politik ohne Macht*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart – München, 2001.
- Ferguson, N.:** *Das verleugnete Imperium*, Propyläen Verlag, Berlin, 2004.
- Feess, E.:** *Grundzüge der neoricardianischen Preis- und Verteilungstheorie*, Metropolis Verlag, 2000.
- Feyerabend, P.:** *Wider den Methodenzwang*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1976.
- Feyerabend, P.:** *Probleme des Empirismus*, Friedr. Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft mbH, Braunschweig, 1981.
- Feyerabend, P.:** *Der wissenschaftstheoretische Realismus und die Autorität der Wissenschaften*, Friedr. Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft mbH, Braunschweig, 1978.
- Fischer, F.:** *Bündnis der Eliten*, Droste Verlag, Düsseldorf, 1979.
- Fischer, W.:** *Deutsche Wirtschaftspolitik*, C.W. Leske Verlag, Opladen, 1968.
- Fisher, I.:** *Illusion des Geldes*, Verlag von Reimar Hobbing, Berlin, 1928.
- Fisher, I.:** *Die Kaufkraft des Geldes*, Georg Reimer Verlag, Berlin, 1916
- Fisher, I.:** *Der schwankende Geldwert*, Walter de Gruyter & Co., Berlin 1924.
- Flach, K.-H.:** *Noch eine Chance für die Liberalen*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1971.

- Flassbeck, H.:** *Preise, Zins und Wechselkurs*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1988.
- Flechtner, H. J.:** *Grundbegriffe der Kybernetik*, Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, 1970.
- Fleck, F.:** *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1980.
- Foerster, H.:** *Einführung in den Konstruktivismus*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1992.
- Forrester, V.:** *Der Terror der Ökonomie*, Wilhelm Goldman Verlag, München, 1997, S. 65.
- Forrester, V.:** *Die Diktatur des Profits*, Carl Hanser Verlag, München Wien, 2001.
- Foucault, M.:** *Die Ordnung der Dinge*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1971.
- Foucault, M.:** *Das Wahrsprechen des Anderen*, Materialis Verlag, Frankfurt am Main, 1988.
- Fourastié, J. – Schneider, J.:** *Warum die Preise sinken*, Campus Verlag, Frankfurt – New York, 1989.
- Föhl, C.:** *Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf*, Duncker & Humblot, Berlin, 1955.
- Föhl, C.:** *Ökonomie ist Sozialwissenschaft*, Verlag Franz Vahlen, München, 1990.
- Frank, P.:** *Das Kausalgesetz und seine Grenzen*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1988.
- Freud, S.:** *Das Unbehagen in der Kultur*, Fischer Taschenbuch, Frankfurt am Main, 1994.
- Frey, G.:** *Die Mathematisierung unserer Welt*, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 1967.
- Frey, G.:** *Erkenntnis der Wirklichkeit*, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 1965.
- Frey, G.:** *Philosophie und Wissenschaft*, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz, 1970.
- Frey, G.:** *Einführung in die philosophischen Grundlagen der Mathematik*, Schroedel Verlag, Hannover und Schöningh Verlag, Paderborn, 1968.
- Friedman, M.:** *Es gibt nichts umsonst*, Verlag Moderne Industrie, München, 1979.

- Friedman, M.:** *Chancen, die ich meine*, Ullstein, Berlin – Frankfurt am Main – Wien, 1980.
- Friedman, M.:** *Kapitalismus und Freiheit*, Seewald Verlag, Stuttgart, 1971.
- Friedman, M.:** *Die optimale Geldmenge und andere Essays.*, Verlag Moderne Industrie, München, 1970.
- Fukuyama, F.:** *Ende der Geschichte*, Kindler Verlag GmbH, München, 1992.
- Gahlen, B.:** *Der Informationsgehalt der neoklassischen Wachstumstheorie für die Wirtschaftspolitik*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1972.
- Gahlen, B.:** *Einführung in die Wachstumstheorie*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1973.
- Gahlen, B.:** *Die Überprüfung produktionstheoretischer Hypothesen für Deutschland (1850–1913)*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1968.
- Galbraith, J. K.:** *Geld*, Droemer–Knaur, München/Zürich, 1976.
- Galbraith, J. K.:** *Die Arroganz der Satten*, Scherz Verlag, Bern und München, 1980.
- Galbraith, J. K.:** *Die moderne Industriegesellschaft*, Droemer – Knaur, München, 1974.
- Galbraith, J. K.:** *Der amerikanische Kapitalismus*, A. J. Walter Verlag, Stuttgart – Wien – Zürich, 1956.
- Galbraith, J. K.:** *Die Entmythologisierung der Wirtschaft*, Paul Zsolnay Verlag, Wien–Darmstadt, 1988.
- Galbraith, J. K.:** *Die solidarische Gesellschaft*, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 1998.
- Galbraith, J. K.:** *Die Herrschaft der Bankrotteure*, Hoffman und Campe, Hamburg 1992.
- Galbraith, J. K.:** *Anatomie der Macht*, C. Bertelsmann Verlag, München, 1987.
- Galbraith, J. K.:** *Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs*, Siedler Verlag, München 2005.
- Gall, L. – Pohl, M.:** *Unternehmen im Nationalsozialismus*, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München, 1998.

- Garatty, J. A.:** *The New Deal, National Socialism, and the Great Depression*, in *The American Historical Review*, Band 78, Nr. 4 (Oktober 1973).
- Garegnani, P.:** *Kapital, Einkommensverteilung und effektive Nachfrage*, Metropolis Verlag, Marburg, 1989.
- Gasset, J. O. y:** *Der Aufstand der Massen*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1955.
- Gehlen, A.:** *Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1949.
- Gehlen, A.:** *Der Mensch*, Athenäum Verlag, Frankfurt am Main – Bonn, 1966.
- George, H.:** *Schutz oder Freihandel*, Verlag von E. Staude, Berlin 1887.
- George, H.:** *Soziale Probleme*, Verlag Gustav Fischer, Jena, 1921.
- Georgescu-Roegen, N.:** *The Mechanistic Dogma in Economics*, *British Review of Economic Issues*, 2, 1978.
- Gesell, S.:** *Gesammelte Werke*, Gauke-Verlag, Hann. Münden, 1988.
- Giddens, A.:** *Die Konstitution der Gesellschaft*, Campus Verlag, Frankfurt am Main – New York, 1995.
- Giddens, A.:** *Entfesselte Welt*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Giddens, A.:** *Die Frage der sozialen Ungleichheit*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2001.
- Giddens, A.:** *Der dritte Weg*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Giddens, A.:** *Jenseits von Links und Rechts*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Gillman, J. M.:** *Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate*, Europa Verlag, Wien, 1969.
- Glucksmann, A.:** *Die Macht der Dummheit*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1985.
- Goffman, E.:** *Rahmen-Analyse*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1977.
- Goldhagen, D. J.:** *Hitlers willige Vollstrecker*, Siedler Verlag, Berlin, 1996.
- Gorz, A.:** *Abschied vom Proletariat*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1980.

- Gorz, A.:** *Kritik der ökonomischen Vernunft*, Rotbuch Verlag, Berlin, 1989.
- Gorz, A.:** *Wege ins Paradies*, Rotbuch Verlag, Berlin, 1983.
- Göhler, G. – Lenk, K. – Schmalz–Bruns, R. (Hrsg.):** *Die Rationalität politischer Institutionen*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden–Baden, 1990.
- Gouldner, A. W.:** *Die Intelligenz als neue Klasse*, Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York, 1980.
- Gouldner, A. W.:** *Die westliche Soziologie in der Krise*, Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg, 1974.
- Gouldner, A. W.:** *Reziprozität und Autonomie*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1984.
- Greider, W.:** *Endstation Globalisierung*, Wilhelm Heyne Verlag, München, 1998.
- Gramlich, L. (Hrsg.):** *Bundesbankgesetz, Währungsgesetz, Münzengesetz*, Carl Heymanns Verlag, Köln, 1988.
- Gray, J.:** *Liberalism*, University of Minnesota Press, Minneapolis, 1995.
- Gray, J.:** *Die falsche Verheißung*, Alexander Fest Verlag, 1999.
- Greider, W.:** *Endstation Globalisierung*, Wilhelm Heyne Verlag, München, 1998.
- Greiffenhagen, M.:** *Politische Legitimität in Deutschland*, Bartelsmann Verlag, Gütersloh, 1997.
- Groth, K. J.:** *Spitzenversager*, Wirtschaftsverlag Langen Müller, Herbig, 1997.
- Guicciardini, F.:** *Vom politischen und bürgerlichen Leben*, Verlag Küpper, Berlin, 1955.
- Guilford, J. P. – Hoepfner R.:** *Analyse der Intelligenz*, Belz Verlag, Weinheim und Basel, 1976.
- Habermas, J.:** *Faktizität und Geltung*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1992.
- Habermas, J.:** *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1973.
- Hagemann, H.:** *Rate of Return und Profitrate*, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan, 1977.
- Hahn, O.:** *Die Währungsbank: Behörde, Unternehmung, Autorität*, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 1993.

- Hallgarten, W. G.:** *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis in die Gegenwart*, Athenäum Verlag, Frankfurt am Main, 1986.
- Hansen, A.:** *Keynes' ökonomische Lehren*, Ring-Verlag, Stuttgart 1959.
- Harold, J.:** *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1988.
- Hayek, F. A.:** *Liberalismus*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1979.
- Hayek, F. A.:** *Geldtheorie und Konjunkturtheorie*, Hölder-Pichler-Tempsky A. G., Wien – Leipzig, 1929.
- Hayek, F. A.:** *Missbrauch und Verfall der Vernunft*, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main, 1959.
- Hayek, F. A.:** *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, Eugen Rentsch, Erlenbach – Zürich, 1952.
- Hayek, F. A.:** *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Verlag Moderne Industrie, München, 1980.
- Hayek, F. A.:** *Die Verfassung der Freiheit*, Eugen Rentsch, Erlenbach – Zürich, 1971.
- Hayek, F. A.:** *Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1977a.
- Hayek, F. A.:** *Entnationalisierung des Geldes*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1977b.
- Hayek, F. A.:** *Der Weg zur Knechtschaft*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 2004.
- Hayek, F. A.:** *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1977c.
- Hawking, W.:** *Eine kurze Geschichte der Zeit*, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1988.
- Hegel, G. W. F.:** *Phänomenologie des Geistes*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1980.
- Hegel, G. W. F.:** Werke (Band VIII – *Grundlinien der Philosophie des Rechts*), Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 1883.
- Heilbroner, R. L.:** *Der Niedergang des Kapitalismus*, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 1977.
- Heim, H. – Jochmann, W. (Hrsg.):** *Adolf Hitler Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944*, Albrecht Knaus Verlag, Hamburg, 1980.

- Heine, M. – Herr, H.:** *Volkswirtschaftslehre*, R. Oldenbourg Verlag, München – Wien, 2003.
- Heine, M. – Herr, H.:** *Die Europäische Zentralbank*, Metropolis Verlag, Marburg, 2004.
- Heinsohn, G. – Steiger, O.:** *Eigentum, Zins und Geld*, Rohwohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg, 1979.
- Heisenberg, W.:** *Wandlungen in den Grundlagen der Naturwissenschaft*, Acht Vorträge, Zürich, 1949.
- Heisenberg, W.:** *Der Teil und das Ganze*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1969.
- Heisenberg, W.:** *Ordnung der Wirklichkeit*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1989.
- Heisenberg, W.:** *Physik und Philosophie*, S. Hirzel Verlag, Stuttgart, 1990.
- Heisenberg, W.:** *Deutsche und Jüdische Physik*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1992.
- Held, D.:** *Democracy and the Global Order*, Polity Press, Cambridge, 1995.
- Helmedag, F.:** *Die Technikwahl bei linearer Einzelproduktion oder Die dritte Krise der Profitrate*, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main – Bern – New York, 1986.
- Hengsbach, F.:** *Globalisierung aus wirtschaftlicher Perspektive*, C. F. Müller Verlag, Heidelberg, 1998.
- Hennig, E.:** *Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1973.
- Hereth, M.:** *Montesquieu zur Einführung*, Junius Verlag, Hamburg, 1995.
- Herz, D.:** *Die wohlerwogene Republik*, Ferdinand Schöningh, Paderborn, 1999.
- Hicks, J. R.:** *Theory of Economic History*, Oxford University Press, Oxford, 1969.
- Hickel, R., Kisker, K. P., Mattfeldt, H., Troost, A., (Hrsg.):** *Politik des Kapitals – heute*, VSA-Verlag, Hamburg, 2000.
- Hirsch, F.:** *Die sozialen Grenzen des Wachstums*, Rohwohlt Verlag, Reinbeck bei Hamburg, 1980.
- Hirsch, J.:** *Kapitalismus ohne Alternative?*, VSA-Verlag, Hamburg, 1990.

- Hirschman, A. O.:** *Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart, 1967.
- Hirschman, A. O.:** *Leidenschaften und Interessen*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1980.
- Hirschman, A. O.:** *Entwicklung, Markt und Moral*, Carl Hanser Verlag, München – Wien, 1989.
- Hobbes, T.:** *Leviathan*, Rowohlt, München, 1965.
- Hobbes, T.:** *Vom Menschen – Vom Bürger*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1994.
- Hobbes, T.:** *Naturrecht und allgemeines Staatsrecht in den Anfangsgründen*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1976.
- Hobhouse, L. T.:** *Liberalism and Other Writings*, Cambridge University Press, Cambridge, 1994.
- Hobson, J. A.:** *The Problem of the Unemployed*, London, 1896.
- Hobsbawm, E. J.:** *Das imperiale Zeitalter 1875–1914*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1995.
- Hobsbawm, E. J.:** *Wieviel Geschichte braucht die Zukunft*, Carl Hanser Verlag, München – Wien, 1998.
- Hobsbawm, E. J.:** *Die Blütezeit des Kapitalismus*, Kindler Verlag GmbH, München 1977.
- Hobsbawm, E. J.:** *Das Gesicht des 21. Jahrhunderts*, Carl Hanser Verlag, München – Wien, 1999.
- Höffe, O. (Hrsg.):** *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main, 1989.
- Holtfrerich, C.–L.:** *Die deutsche Inflation 1914–1923*, Walter de Gruyter, Berlin, 1980.
- Holtfrerich, C.–L.:** *Requiem auf eine Währung*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 2001.
- Holtfrerich, C.–L.:** *Alternativen zu Brünnings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise*, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden, 1982.
- Holtfrerich, C.–L.:** *Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik?*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 1984/Heft 1.
- Holtfrerich, C.–L. – Schötz, H. O.:** *Vom Weltgläubiger zum Weltschuldner*, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main, 1988.
- Homann, K. – Blome-Drees, F.:** *Wirtschafts- und Unternehmensethik*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1992.

- Honderich, T.:** *Das Elend des Konservatismus*, Rotbuch Verlag, Hamburg, 1994.
- Hoppe, H.–H.:** *Demokratie, Der Gott, der keiner ist*, Thomas Hoof KG, Leipzig, 2003.
- Horkheimer, M. – Adorno, T.:** *Dialektik der Aufklärung*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1969.
- Hübner, K.:** *Theorie der Regulation*, Sigma Bohn Verlag, Berlin, 1988.
- Huffschied, J.:** *Wem gehört Europa?*, Distel Verlag, Heilbron, 1994.
- Humboldt, von Wilhelm:** *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen*, Philipp Reclam, Stuttgart, 1995.
- Hume, D.:** *Politische und ökonomische Essays*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1988.
- Hume, D.:** *Abriß eines neuen Buches, betitelt: Ein Traktat über die menschliche Natur, etc.*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1980.
- Hume, D.:** *Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1984.
- Huxley, A.:** *Wackere neue Welt*, Steinberg Verlag, Zürich, 1952.
- Huxley, A.:** *Dreissig Jahre danach*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1960.
- Jahoda, M. – Lazarsfeld, P. – Zeisel, H.:** *Die Arbeitslosen von Marienthal*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1978.
- James, H.:** *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1988.
- James, W.:** *Der Pragmatismus*, Verlag von Dr. Werner Klinkhardt, Leipzig, 1908.
- James, H.:** *Der Rückfall*, Pieper Verlag, München–Zürich, 2001.
- Janich, P.:** *Grenzen der Naturwissenschaften*, Verlag C. H. Beck, München, 1992.
- Jencks, Ch.:** *Chancengleichheit*, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1973.
- Jencks, Ch.:** *Inequality. A Reassessment of the Effect of Family and Schooling in America*, Basic Books, New York, 1972.
- Jenner, G.:** *Das Ende des Kapitalismus*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Jevons, W. S.:** *Die Theorie der Politischen Ökonomie*, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1924.

- Jöckel, E.:** *Das deutsche Jahrhundert*, Deutsche Verlag-Anstalt, Stuttgart, 1996.
- Jodl, F.:** *Geschichte der Ethik als philosophischer Wissenschaft*, Phaidon Verlag, Essen, 1998.
- Jonas, H.:** *Das Prinzip Verantwortung*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1984.
- Judt, T.:** *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, Carl Hanser Verlag, München, 2006.
- Kalecki, M.:** *Krise und Prosperität im Kapitalismus*, Metropolis, Marburg, 1987.
- Kalecki, M.:** *Theorie der wirtschaftlichen Dynamik*, Europa Verlag, Wien – Frankfurt – Zürich, 1966.
- Kaldor, M.:** *Neue und alte Kriege*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Kaldor, N.:** *Grenzen der „General Theory“*, Springer-Verlag, Berlin-Heidelberg-New York-Tokyo, 1983.
- Kalmbach, P.:** *Wachstum und Verteilung in neoklassischer und postkeynesianischer Sicht*, Duncker & Humblot, Berlin, 1972.
- Kant, I.:** *Kritik der reinen Vernunft*, bei Johan Friedrich Hartknoch, Leipzig, 1828.
- Kant, I.:** *Zum ewigen Frieden*, Verlag der Nation, Berlin, 1987.
- Kant, I.:** *Politische Schriften*, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen, 1965.
- Kant, I.:** *Metaphysische Anfangsgründe der Naturwissenschaft*, Harald Fischer Verlag, Erlangen, 1984.
- Kelsen, H.:** *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, Scientia Verlag, Aalen, 1981.
- Keynes, J. M.:** *Das Ende des Laissez-faire*, Duncker & Humbolt, Berlin, 1928.
- Keynes, J. M.:** *Vom Gelde*, Duncker & Humbolt, München und Leipzig, 1932.
- Keynes, J. M.:** *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Duncker & Humblot, Berlin, 1952.
- Koch, Claus:** *Die Gier des Marktes*, Carl Hanser Verlag, München, 1995.
- Kofler, L.:** *Der Konservatismus*, VSA-Verlag, Hamburg, 1984.

- Kolakowski, L.:** *Der Mensch ohne Alternative*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1976.
- Kornai, J.:** *Anti-Äquilibrium*, Springer Verlag, Berlin–Heidelberg–New York, 1975.
- Koslowski, P.:** *Ethik des Kapitalismus*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1984.
- Kostolany, A.:** *Kostolanys Bilanz der Zukunft*, Econ & List Taschenbuch Verlag, München, 1999.
- Koyre, A.:** *Von der geschlossenen Welt zum unendlichen Universum*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1969.
- Koyre, A.:** *Galilei – Die Anfänge der neuzeitlichen Wissenschaft*, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, 1988.
- Krais, B. (Hrsg.):** *An der Spitze*, UVK Verlagsgesellschaft, 2001.
- Kroll, G.:** *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*, Duncker & Humblot, Berlin, 1958.
- Kromphardt, J.:** *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus – von seiner Entstehung bis zur Gegenwart*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1987.
- Kromphardt, J.:** *Wachstum und Konjunktur*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1977.
- Kromphardt, J.:** *Strukturwandel und Einkommensverteilung*, J. C. B. Mohr, Göttingen, 1987.
- Krugman, P.:** *Die Große Rezession*, Campus Verlag, Frankfurt / New York, 1999.
- Krugman, P.:** *Schmalspur-Ökonomie*, Campus Verlag, Frankfurt / New York, 2000.
- Kuhn, T.:** *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1967.
- Kulla, B.:** *Die Anfänge der empirischen Konjunkturforschung in Deutschland 1925–1933*, Duncker & Humblot, Berlin, 1996.
- Kurz, R.:** *Schwarzbuch Kapitalismus*, Eichborn Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Lafargue, P.:** *Das Recht auf Faulheit*, Trotzdem–Verlagsgenossenschaft, Grafenau, 2000.
- Lakatos, I.:** *Die Methodologie der wissenschaftlichen Forschungsprogramme*, Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig/Wiesbaden, 1982.

- Lakatos, I. – Musgrave, A. (Hrsg.):** *Kritik und Erkenntnisfortschritt*, Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig, 1974.
- Landes, D. S.:** *Wohlstand und Armut der Nationen*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1999.
- Landes, D. S.:** *Der entfesselte Prometheus*, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 1973.
- Lange, O.:** *Say's law: a restatement and criticism*, in Lange, O., *Studies in Mathematical Economics and Econometrics*, University of Chicago Press, Chicago, 1942, IL, S. 49–68.
- Langer, J.:** *Grenzen der Herrschaft*, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1988.
- Lasch, C.:** *Das Zeitalter des Narzißmus*, Verlag Steinhausen GmbH, München, 1980.
- Lasch, C.:** *Die blinde Elite*, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 1995.
- Laski, H. J.:** *The Rise of European Liberalism. An Essay in Interpretation*, London, George Allen & Unwin Ltd., 1936
- Lasswell, H. D.:** *Politik und Moral*, Ring Verlag, Stuttgart und Düsseldorf, 1957.
- Lasswell, H. D.:** *Politics, Who Gets What, When, How*, Smith Peter, New York, 1936.
- Lau, E. E.:** *Interaktion und Institutionen*, Duncker & Humblot, Berlin, 1978.
- Le Bon, G.:** *Psychologie der Massen*, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1964.
- Lederer, E.:** *Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1981.
- Lederer, E.:** *Wirkungen des Lohnabbaus*, Tübingen, 1931
- Leggewie, C.:** *Der Geist steht rechts*, Rotbuch Verlag, Berlin, 1987.
- Leijonhufvud, A.:** *Über Keynes und den Keynesianismus*, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 1973.
- Lenin, V. I.:** *Staat und Revolution*, Dietz Verlag, Berlin, 1962.
- Lenk, H.:** *Kreative Aufstiege*, Surkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2000.
- Lenk, H.:** *Erfassung der Wirklichkeit*, Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg, 2000.

- Lévi-Strauss, C.:** *Strukturelle Anthropologie*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1967.
- Lind, M.:** *The Next American Nation – The Nationalism and the Fourth American Revolution*, The Free Press, New York/London, 1995.
- Lipset, S. M.:** *Soziologie der Demokratie*, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied am Rhein, 1962.
- List, F.:** *Das nationale System der politischen Oekonomie*, J. G. Cotta'scher Verlag, Stuttgart und Tübingen, 1841.
- Locke, J.:** *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1967.
- Lorenz, K.:** *Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit*, R. Piper & Co. Verlag, München – Zürich, 1973.
- Lorenz, K.:** *Die Naturwissenschaft vom Menschen*, R. Piper & Co. Verlag, München – Zürich, 1992
- Lorenz, K.:** *Das sogenannte Böse*, Borotha-Schoeler Verlag, Wien, 1963.
- Luhmann, N.:** *Zweckbegriff und Systemrationalität*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1968.
- Luhmann, N.:** *Soziale Systeme*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1984.
- Luhmann, N.:** *Macht*, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart, 1975.
- Lundberg, F.:** *Die Reichen und die Superreichen*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1971.
- Lytard, J.-F.:** *Grabmal des Intellektuellen*, Edition Passagen, Graz – Wien – Böhlau, 1985.
- Machiavelli, N.:** *Discorsi*, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1977.
- Machiavelli, N.:** *Der Fürst*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1961.
- Macpherson, C. B.:** *Demokratie-Theorie*, Verlag C. H. Beck, München, 1977.
- Macpherson, C. B.:** *Die politische Theorie des Besitzindividualismus*, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1967.
- Macpherson, C. B.:** *Nachruf auf die liberale Demokratie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1983.
- Malinowski, B.:** *Argonauten des westlichen Pazifik*, Syndikat, Frankfurt am Main, 1979.

- Malthus, T. R.:** *Grundsätze der Politischen Ökonomie*, Verlag R. L. Prager, Berlin, 1910.
- Mander, J. – Cavanaugh, J.:** *Eine andere Welt ist möglich*, Riemann Verlag, München, 2003.
- Mandeville, B.:** *Die Bienenfabel*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1968.
- Mankiw, N. G.:** *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, Schäffer–Poeschel Verlag, Stuttgart, 1998.
- Marcuse, H.:** *Der eindimensionale Mensch*, Luchterhand Verlag, Neuwied – Berlin, 1964.
- Marshall, A.:** *Principles of Economics*, MacMillan and Co., London, 1920.
- Martin, H.–P. – Schumann H.:** *Die Globalisierungsfalle*, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1996.
- Marx, K.:** *Das Kapital*, Dietz Verlag, Berlin, 1955.
- Marx, K.:** *Manifest der kommunistischen Partei*, Verlag Das Neue Wort, Stuttgart, 1953.
- Maslow, A. H.:** *Motivation und Persönlichkeit*, Walter–Verlag, Olten, 1977.
- Mattfeldt, H.:** *Keynes*, VSA–Verlag, Hamburg, 1985.
- Matussek, P.:** *Kreativität als Chance*, R. Piper & Co. Verlag, München – Zürich, 1974.
- Mayer–Tasch, P. C.:** *Die Bürgerinitiativbewegung*, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1976.
- Mazower, M.:** *Der dunkle Kontinent*, Alexander Fest Verlag, Berlin, 2000.
- Mead, G. H.:** *Philosophie der Sozialität*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1969.
- Mead, G. H.:** *Geist, Identität und Gesellschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1973.
- Menger, C.:** *Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften, und der Politischen Oekonomie insbesondere*, Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig, 1883.
- Menger, C.:** *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1968.
- Merseburger, P.:** *Die unberechenbare Vormacht*, C. Bertelsmann Verlag, München, 1983.

- Merton, R. K.:** *Soziologische Theorie und soziale Struktur*, Walter de Gruyter, Berlin – New York, 1995.
- Michels, R.:** *Masse, Führer, Intellektuelle*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 1987.
- Michels, R.:** *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1989.
- Miegel, M.:** *Die deformierte Gesellschaft*, Propyläen Verlag, Hamburg, 2002.
- Miegel, M. – Wahl, S.:** *Das Ende des Individualismus*, Aktuell Verlag, München, 1993.
- Mill, J. St.:** *Grundsätze der politischen Ökonomie*, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1913.
- Mill, J. S.:** *Der Utilitarismus*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1965.
- Mill, J. S.:** *Die Freiheit*, Scientia Verlag, Aalen, 1968.
- Mills, C. W.:** *Die amerikanische Elite*, Holstein-Verlag, Hamburg, 1962.
- Mills, C. W.:** *Kritik der soziologischen Denkweise*, Luchterhand Verlag, Neuwied am Rhein, 1963.
- Mills, C. W.:** *Die Konsequenz*, Kindler Verlag, München, 1959.
- Minc, A.:** *Das neue Mittelalter*, Hoffmann und Campe, Hamburg, 1994.
- Mirowski, P.:** *More heat than light*, Cambridge University Press, Cambridge, 1990.
- Mises, L.:** *Die Gemeinwirtschaft*, Gustav Fischer Verlag, Jena 1922.
- Mises, L.:** *Liberalismus*, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1927.
- Mises, L.:** *Die Wurzeln des Antikapitalismus*, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main, 1958.
- Mommsen, H.:** *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar*, Ullstein, Berlin, 1997.
- Mommsen, H.:** *Der Mythos von der Modernität*, Klartext Verlag, Essen, 1999.
- Montaigne, M. de.:** *Essais*, Eichborn Verlag, Frankfurt am Main, 1998.
- Montesquieu, C. de.:** *Vom Geist der Gesetze*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1965.
- Moore, M.:** *Stupid White Men*, Piper Verlag, München – Zürich, 2002.
- Morgenstern, O.:** *Spieltheorie und Wirtschaftswissenschaft*, R. Oldenbourg Verlag, München – Wien, 1963.

- Mosca, G.:** *Die herrschende Klasse*, Leo Lehnen Verlag, München, 1950.
- Mousnier R. und Labrousse F.:** *Le XVIIIe siècle*, Paris, 1959.
- Müller, A.:** *Die Reformlüge*, Droemer, München, 2004.
- Müller, A.:** *Machtwahn*, Droemer, München, 2006.
- Müller, Ch. (Hrsg.):** *Der soziale Rechtsstaat*, Nomos Verlag, Baden-Baden, 1984.
- Müller, K. O. W.:** *Die bürgerliche Kreislauftheorie*, Verlag die Wirtschaft, 1970, Berlin.
- Müller–Armack, A.:** *Genealogie der Wirtschaftsstile*, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 1944.
- Müller–Armack, A.:** *Genealogie der sozialen Marktwirtschaft*, Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart, 1981.
- Münch, R.:** *Die Kultur der Moderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1986.
- Münch, R.:** *Risikopolitik*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1996.
- Mussler, W.:** *Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Gemeinschaft im Wandel*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden–Baden, 1998.
- Myrdal, G.:** *Das Wertproblem in der Sozialwissenschaft*, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, 1965.
- Myrdal, G.:** *Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung*, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, 1963.
- Myrdal, G.:** *Objektivität in der Sozialforschung*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1971.
- Napoleoni, L.:** *Die Ökonomie des Terrors*, Verlag Antje Kunstmann, München, 2004.
- Naschold, F. – Bogumil, J.:** *Modernisierung des Staates*, Laske + Budrich, Opladen, 1998.
- Neumann, F.:** *Demokratischer und autoritärer Staat*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1967.
- Neumann, J.:** *Spieltheorie und wirtschaftliches Verhalten*, Physica Verlag, Würzburg, 1961.
- Nigel, C.:** *Das Sexleben der Päpste*, Edition Enfer, 1996.
- Nietzsche, F.:** *Das Hauptwerk*, Verlagsbuchhandlung GmbH, München, 1990.

- Nietzsche, F.:** *Nachgelassene Werke*, Alfred Kröner Verlag, Leipzig, 1911.
- Nordmann, J.:** *Der lange Marsch zum Neoliberalismus*, VSA-Verlag, Hamburg, 2005.
- North, D.:** *Theorie des institutionellen Wandels*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. 1988.
- Nozick, R.:** *Anarchie Staat Utopia*, Moderne Verlags Gesellschaft, München, 1975.
- Nozick, R.:** *Vom richtigen, guten und glücklichen Leben*, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 1993.
- Oberndörfer, D.:** *Von der Einsamkeit des Menschen in der modernen amerikanischen Gesellschaft*, Rombach Verlag, Freiburg im Breisgau, 1958.
- Offe, C.:** *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1972.
- Offe, C.:** *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1970.
- Offe, C.:** *Der Tunnel am Ende des Lichts*, Campus Verlag, Frankfurt am Main – New York, 1994.
- Olson, M.:** *Umfassende Ökonomie*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1991.
- Olson, M.:** *Aufstieg und Niedergang von Nationen*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. 1985.
- Olson, M.:** *Die Logik des kollektiven Handelns*, Mohr, Tübingen, 1968.
- Ogger, G.:** *Nieten in Nadelstreifen*, Droemer Knaur, , München, 1992.
- Ogger, G.:** *Das Kartell der Kassierer*, Droemer Verlag, München, 1994.
- Ogger, G.:** *Absahnen und abhauen*, Droemer Verlag, München, 1998.
- Ogger, G.:** *Macher im Machtrausch*, Droemer Verlag, München, 1999.
- Ogger, G.:** *Die Ego-AG*, C. Bartelsmann Verlag, München, 2003.
- Orwell, G.:** *1984*, Diana-Verlag AG, Zürich, 1980.
- Orwell, G.:** *Farm der Tiere*, Diogenes-Verlag, Zürich, 1982.
- Osborne, D. – Gaebler, T.:** *Der innovative Staat*, Gabler Verlag, Wiesbaden, 1997.
- Overholt, W.:** *Gigant der Zukunft*, Droemer Knaur, München, 1994.
- Paech, N. – Stuby, G.:** *Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen*, VSA-Verlag, München, 2001.

- Pais, A:** *Raffiniert ist der Herrgott ... Albert Einstein*, Eine wissenschaftliche Biographie, Vieweg Verlag, Wiesbaden, 1986.
- Papen, F.:** *Vom Scheitern einer Demokratie*, Hase&Koehler-Verlag, Mainz, 1985.
- Pareto, V.:** *System der allgemeinen Soziologie*, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart, 1962.
- Parkinson, C.N.:** *Big Business*, Econ Verlag, Düsseldorf – Wien, 1975.
- Parsons, T:** *Das System moderner Gesellschaften*, Juventa Verlag, Weinheim und München, 2000.
- Pasinetti, L. L.:** *Vorlesungen zur Theorie der Produktion*, Metropolis Verlag, Marburg, 1988.
- Perelman, C.:** *Über die Gerechtigkeit*, Verlag C. H. Beck, München, 1967.
- Perelman, C.:** *Das Reich der Rhetorik*, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München, 1980.
- Perelman, C.:** *Logik und Argumentation*, Athenäum Verlag, Königstein/Ts., 1979.
- Perroux, F.:** *Zwang – Tausch – Geschenk*, Curt E. Schwab, Stuttgart, 1961.
- Peter, H.:** *Strukturlehre der Volkswirtschaft*, Verlag Otto Schwartz, Göttingen, 1963.
- Peter, H.:** *Mathematische Strukturlehre des Wirtschaftskreislaufes*, Verlag Otto Schwartz, Göttingen, 1954.
- Petzina, D.:** *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden, 1977.
- Petzina, D.:** *Die Verantwortung des Staates für die Wirtschaft*, Klartext Verlag, Essen, 2000.
- Piaget, B. J.:** *Weisheit und Illusionen der Philosophie*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1974.
- Piaget, B. J.:** *Die Entwicklung der Erkenntnis*, Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 1972.
- Piaget, B. J.:** *Der Strukturalismus*, Walter-Verlag, Olten, 1973.
- Pierre V.:** *Or et monnaie dans l'histoire 1450–1920*, Flammarion, Paris, 1974.
- Pigou, A.:** *The Economics of Welfare*, London: Macmillan, 1952.
- Piore, J.M. – Sabel C. F.:** *Das Ende der Massenproduktion*, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, 1985.

- Planck, M.:** *Vom Wesen der Willensfreiheit und andere Vorträge*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1991.
- Platon:** *Der Staat*, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1955.
- Platt, H.:** *Input–Output Analyse*, Verlag Anton Hain K. G., Meisenheim am Glan, 1957.
- Plessner, H.:** *Die verspätete Nation*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1982.
- Poincaré, H.:** *Wissenschaft und Hypothese*, Verlag von B. G. Teubner, Leipzig, 1906a.
- Poincaré, H.:** *Der Wert der Wissenschaft*, Verlag von B. G. Teubner, Leipzig, 1906b.
- Poincaré, H.:** *Wissenschaft und Methode*, Verlag von B. G. Teubner, Stuttgart, 1973.
- Polanyi, K.:** *The Great Transformation*, Europa Verlag, Wien, 1977.
- Polanyi, K.:** *Ökonomie und Gesellschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1979.
- Pollock, F.:** *Automation*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1964.
- Popper, K.:** *Das Elend des Historismus*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1987.
- Popper, K.:** *Logik der Forschung*, Verlag von Julius Springer, Wien, 1935.
- Popper, K.:** *Der Zauber Platons*, A. Francke Verlag, Berlin, 1957.
- Popper, K.:** *Conjectures and Refutations: The Growth of Scientific Knowledge*, Routledge & Kegan Paul, London, 1969.
- Popper, K.:** *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Francke AG Verlag, München, 1975.
- Popper, K.:** *Die Zukunft ist offen*, R. Piper, München – Zürich, 1985.
- Postman, N.:** **Die zweite Aufklärung**, Berlin Verlag, Berlin 1999.
- Prantl, H.:** **Kein schöner Land**, Droemer Knauer, München, 2005.
- Preiser, E.:** *Bildung und Verteilung des Volkseinkommens*, Göttingen – Vandenhoeck, Ruprecht, 1970.
- Preller, L.:** *Sozialpolitik in der Weimarer Republik*, Franz Mittelbach Verlag, Stuttgart, 1949.
- Prokop, D.:** *Der Medien–Kapitalismus*, VSA–Verlag, Hamburg, 2000.
- Putnam, H.:** *Vernunft, Wahrheit und Geschichte*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1980.

- Quetelet, A.:** *Über den Menschen und die Entwicklung seiner Fähigkeiten*, E. Schweizerbart's Verlagshandlung, 1838, Stuttgart.
- Quine, W. V. O.:** *Von einem logischen Standpunkt*, Ullstein, Frankfurt am Main, Berlin, Wien, 1979.
- Quine, W. V. O.:** *Theorien und Dinge*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1985.
- Quine, W. V. O.:** *Ontologische Relativität*, Phillip Reclam jun., Stuttgart, 1975.
- Quine, W. V. O.:** *Wort und Gegenstand*, Philipp Reclam jun., Stuttgart, 1980.
- Radermacher, F.:** *Balance oder Zerstörung*, Ökosoziales Forum Europa, 2004.
- Rawls, J.:** *Gerechtigkeit als Fairneß*, Verlag Karl Alber, Freiburg – München, 1977.
- Rawls, J.:** *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1975.
- Rawls, J.:** *Die Idee des politischen Liberalismus*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1994.
- Reich, R. B.:** *Superkapitalismus*, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 2008.
- Reich, R. B.:** *Die neue Weltwirtschaft*, Ullstein, Frankfurt am Main, 1993.
- Reichenbach, H.:** *Der Aufstieg der wissenschaftlichen Philosophie*, Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig, 1968.
- Remane, A.:** *Sozialleben der Tiere*, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart – New York, 1976.
- Ricardo, D.:** *Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung*, Metropolis-Verlag, Marburg, 1994.
- Richter, R.:** *Deutsche Geldpolitik 1948–1998*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1999.
- Rickert, H.:** *Grundprobleme der Philosophie*, Verlag von J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1934.
- Rieger, E. – Leibfried, S.:** *Grundlagen der Globalisierung*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2001.
- Riesman, D.:** *Die einsame Masse*, Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt, 1956.
- Riesman, D.:** *Wohlstand wofür?*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1966.

- Rifkin, J.:** *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Campus Verlag, Fankfurt/New York, 1995.
- Rifkin, J.:** *Der Europäische Traum*, Campus Verlag, Fankfurt/New York, 2004.
- Robinson, J.:** *Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft*, Verlag C. H. Beck, München, 1965.
- Robinson, J.:** *Die Akkumulation des Kapitals*, Europa Verlag, Wien, 1958.
- Robinson, J.:** *The Second Crisis of Economic Theory*, in: American Economic Review, Papers and Proceedings 62, 1972.
- Robinson, J** (Hrsg.): *After Keynes*, Oxford, 1973.
- Röpke, W.:** *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart, 1979.
- Röpke, W.:** *Civitas humana*, Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart, 1979.
- Röpke, W.:** *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart, 1979.
- Röpke, W.:** *Die Lehre von der Wirtschaft*, Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart, 1994, 13. Aufl.
- Rörich, W.:** *Politik und Ökonomie der Weltgesellschaft*, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg, 1978.
- Rorty, R.:** *Wahrheit und Fortschritt*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2000.
- Rorty, R.:** *Der Spiegel der Natur – Eine Kritik der Philosophie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1981.
- Rorty, R.:** *Hinter den Spiegeln*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2001.
- Rorty, R.:** *Philosophie & die Zukunft*, Fischer-Verlag, Frankfurt am Main, 2000.
- Rorty, R.:** *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1989.
- Rorty, R.:** *Stolz auf unser Land*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1998.
- Roscher, W.:** *Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte*, Leipzig und Heidelberg, 1861, S. 297.
- Rostow, W. W.:** *Stadien wirtschaftlichen Wachstums*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1960.
- Rothermund, D.:** *Indiens wirtschaftliche Entwicklung*, Ferdinand Schöningh, Paderbon – München – Wien – Zürich, 1985.

- Rothermund, D.:** *Staat und Gesellschaft in Indien*, BI – Taschenbuchverlag, Mannheim – Leipzig – Wien – Zürich, 1993.
- Rothschild, K. W.:** *Einführung in die Ungleichgewichtstheorie*, Springer-Verlag, Berlin, 1981.
- Rousseau, J.-J.:** *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des politischen Rechts*, Insel Verlag, Frankfurt am Main, 1996.
- Rufin, J.-C.:** *Das Reich und die neuen Barbaren*, Verlag Volk & Welt, Berlin, 1993.
- Russell, B.:** *Die Probleme der Philosophie*, Weltkreis-Verlag, Erlangen, 1926.
- Russell, B.:** *Philosophische und politische Aufsätze*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1995.
- Russell, B.:** *Macht und Persönlichkeit*, W. Kohlhammerr, Stuttgart, 1949.
- Russell, B.:** *Philosophie - Die Entwicklung meines Denkens*, Fischer-Verlag, Frankfurt am Main, 1988.
- Rüstow, A.:** *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*, Metropolis-Verlag, Marburg 2001.
- Rüstow, A.:** *Die Religion der Marktwirtschaft*, Lit Verlag, Münster, 2001.
- Sauer, H.-D.:** *Das Gibson-Paradoxon*, Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum, 1977.
- Samuelson, P. A.:** *Collected Scientific Papers*, Cambridge / Mass., 1972.
- Sargent, T.:** *Makroökonomik*, R. Oldenbourg Verlag, München – Wien, 1994.
- Sauer, H. – D.:** *Das Gibson-Paradoxon*, Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum, 1977.
- Schelsky, H.:** *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen, 1961.
- Scheuch, E.:** *Muß Sozialismus mißlingen?*, MUT-Verlag, Asendorf, 1991.
- Schmidt, M. G.C.:** *Demokratietheorien*, Leske + Budrich, Opladen, 2000.
- Schmitt, Klaus (Hg.):** *Silvio Gesell – "Marx" der Anarchisten?*, Karin Kramer Verlag, Berlin, 1989.

- Schmoller, G.:** *Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre*, Duncker & Humblot, Leipzig, 1900.
- Schnädelbach, H.:** *Zur Rehabilitierung des animal rationale*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1992.
- Schnädelbach, H.:** *Vernunft*, Reclam, Stuttgart, 2007.
- Schopenhauer, A.:** *Parerga und Paralipomena*, Zweiter Band, Hoffmans Verlag, Zürich, 1999.
- Schopenhauer, A.:** *Die Welt als Wille und Vorstellung*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1987.
- Schubert, K. (Hrsg.):** *Leistungen und Grenzen politisch-ökonomischer Theorie*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1992.
- Schui, H. – Blankenburg, S.:** *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis*, VSA-Verlag, Hamburg, 2002.
- Schumpeter, J.:** *Geschichte der ökonomischen Analyse*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1965.
- Schumpeter, J.:** *Konjunkturzyklen*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1961.
- Schumpeter, J.:** *Aufsätze zur Wirtschaftspolitik*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1985.
- Schumpeter, J.:** *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Verlag von Duncker & Humblot, Berlin, 1987.
- Schumpeter, J.:** *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Verlag A. Francke, Bern, 1946.
- Sen, A.:** *Ökonomie für den Menschen*, Carl Hanser Verlag, München Wien, 2000.
- Sennett, R.:** *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1983.
- Sennett, R.:** *Der flexible Mensch*, Goldmann Verlag, Berlin, 1998.
- Shiller, R. J.:** *Irrationaler Überschwang*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2000.
- Simek, P.:** *Ekonomiska misao na raskršćima i stranputicama*, ekonomika, Beograd, 1997.
- Simmel, G.:** *Soziologie*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1992.
- Simmel, G.:** *Philosophie des Geldes*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1989.

- Simon, H. A.:** *Homo rationalis*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 1993.
- Sismondi, J.–C. Simonde de:** *Neue Grundsätze der politischen Ökonomie*, Akademie–Verlag, Berlin, 1971.
- Skidelsky, R.:** *Die Rückkehr des Meisters*, Verlag Antje Kunstmann, München, 2009.
- Sloterdijk, P.:** *Kritik der zynischen Vernunft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1983.
- Smith, A.:** *Der Wohlstand der Nationen*, Zweitausendeins, Frankfurt am Main, 2009.
- Smith, A.:** *Theorie der ethischen Gefühle*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 2004.
- Smith, A.:** *Vorlesungen über Rechts– und Staatswissenschaften*, Academia Verlag, Sankt Augustin, 1996.
- Solow, R. M.:** *Wachstumstheorie*, Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen, 1971.
- Sombart, W.:** *Die drei Nationalökonomien*, Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig, 1930.
- Sombart, W.:** *Die Zukunft des Kapitalismus*, Buchholz & Weißwange, Berlin, 1932.
- Sombart, W.:** *Deutscher Sozialismus*, Buchholz & Weißwange, Berlin, 1935.
- Sombart, W.:** *Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?* J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1906.
- Soros, G.:** *Die Krise des globalen Kapitalismus*, Alexander Fest Verlag, Berlin, 1999.
- Spatz, H.:** *Die allgemeine Gleichgewichtstheorie*, V. Florentz, München, 1979.
- Spencer, H.:** *Einleitung in das Studium der Soziologie*, F. A. Brockhaus, Leipzig, 1985.
- Spencer, H.:** *System der synthetischen Philosophie*, E. Schweizerbart'sche Verlagshandlung (E. Koch), Stuttgart, 1894.
- Spinner, H.:** *Begründung, Kritik und Rationalität*, Fridr. Vieweg & Sohn, Braunschweig, 1977.
- Spinoza, B.:** *Die Ethik*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1977.
- Spinoza, B.:** *Politischer Traktat*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1994.

- Spinoza, B.:** *Theologisch–politischer Traktat*, L. Heimann, Berlin, 1870.
- Sraffa, P.:** *Warenproduktion mittels Waren*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1976.
- Stalin, J.:** *Fragen des Leninismus*, Dietz Verlag, Berlin, 1951.
- Starbatty, J. (Hrsg.):** *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Verlag C. H. Beck, München, 1989.
- Stegmüller, W.:** *Glauben, wissen und erkennen*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1965.
- Stegmüller, W.:** *Neue Wege der Wissenschaftsphilosophie*, Springer-Verlag, Berlin-Heidelberg-New York, 1980.
- Sternburg, W.:** *Warum wir? Die Deutschen und der Holocaust*, Taschenbuch Verlag, Berlin, 1996.
- Steuart, J.:** *Untersuchung über die Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1913.
- Stiglitz, J.:** *Die Schatten der Globalisierung*, Siedler Verlag, Berlin, 2002.
- Stirner, M.:** *Der Einzige und sein Eigentum*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1972.
- Stolper, G.:** *Deutsche Wirtschaft seit 1870*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1966.
- Strieder, J.:** *Zur Genesis des modernen Kapitalismus*, Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig, 1904.
- Strieder, J.:** *Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen*, Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig, 1914.
- Tarshis, L.:** *Changes in Real and Money Wages*, Economic Journal 49, 1939.
- Tenbrock, C.:** *Amerika – wohin?* Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1996.
- Thurow, L.:** *Economics 1977*, Daedalus, 1977.
- Thurow, L.:** *Die Null–Summen–Gesellschaft*, Verlag Franz Vahlen, München, 1981.
- Thurow, L. C.:** *Gefährliche Strömungen*, Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York, 1984.
- Thurow, L.:** *Die Zukunft des Kapitalismus*, Metropolitan Verlag, Düsseldorf, 1998.

- Thurow, L. C.:** *Wirtschaft - Das sollte man wissen*, Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York, 2002.
- Thurow, L.:** *Die Zukunft der Weltwirtschaft*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2004.
- Tobin, J.:** *Vermögensakkumulation und wirtschaftliche Aktivität*, R. Oldenbourg Verlag, München, 1981.
- Tocqueville, A. de:** *Über die Demokratie in Amerika*, Manesse Verlag, Zürich 1987, Buch 1 und 2.
- Tocqueville, A. de.:** *Der alte Staat und die Revolution*, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 1978.
- Todd, E.:** *Die neoliberale Illusion*, Rotpunktverlag, Zürich, 1999.
- Todd, E.:** *Weltmacht USA. Ein Nachruf*, Piper Verlag, München – Zürich, 2003.
- Tooze, A.:** *Ökonomie der Zerstörung*, Siedler-Verlag, München, 2007.
- Topitsch, E.:** *Hume*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1981.
- Touraine, A.:** *Die Postindustrielle Gesellschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1972.
- Toynbee, J. A.:** *Der Gang der Weltgeschichte*, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1958.
- Tuck, R.:** *Hobbes*, Verlag Herder, Freiburg, 1994.
- Tugan-Baranowsky, M.:** *Studie zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England*, Scientia Verlag, Aalen, 1969.
- Turgot, A. R. J.:** *Betrachtung über die Bildung und Verteilung des Reichtums*, Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main, 1946.
- Turner, H. A.:** *Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers*, Siedler Verlag, Berlin, 1985.
- Turner, H. A.:** *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1972.
- Ullrich, V.:** *Die nervöse Großmacht 1871–1918*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1997.
- Ulrich, P.:** *Der entzauberte Markt*, Herder Verlag, Freiburg, 2002.
- Vaihinger, H.:** *Die Philosophie des als ob*, Verlag von Reuther & Reichard, Berlin, 1911.
- Vanberg, V.:** *Wissenschaftsverständnis, Sozialtheorie und politische Programmatik*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1973.
- Vattimo, G.:** *Das Ende der Moderne*, Philipp Reclam, Stuttgart, 1990.

- Veblen, T.:** *Theorie der feinen Leute*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1986.
- Vilar, P.:** *Or et monnaie dans l'histoire 1450–1920*, Flammarion, Paris, 1974.
- Vogt, W.:** *Theorie der kapitalistischen und einer laboristischen Ökonomie*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 1986.
- Walpen, B.:** *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft*, VSA–Verlag, Hamburg, 2004.
- Walras, L.:** *Mathematische Theorie der Preisbestimmung der wirtschaftlichen Güter*, Verlag von F. Enke, Stuttgart, 1881.
- Walzer, M.:** *Zweifel und Einmischung*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1991.
- Watzlawick, P.:** *Anleitung zum Unglücklichsein*, R. Piper & Co. Verlag, München – Zürich, 1983.
- Watkins, J. W. N.:** *Wissenschaft und Skeptizismus*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1992.
- Weber, M.:** *Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, Wissenschaftlicher Verlag, Schutterwald, 1995.
- Weber, M.:** *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1920.
- Weber, M.:** *Wissenschaft als Beruf, Politik als Beruf*, Ernst Klett, Stuttgart, 1995b.
- Wehler, H.–J.:** *Deutsche Gesellschaftsgeschichte – Vierter Band*, Verlag C. H. Beck, München, 2003.
- Werner, R.:** *Neue Wirtschaftspolitik*, Vahlen Verlag, München, 2007.
- Weisbrod, B.:** *Schwerindustrie in der Weimarer Republik*, Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1978.
- Wenzel, S.:** *Was war die DDR wert? Das Neue Berlin*, Berlin, 2003.
- Whitehead A. N.:** *Abenteuer der Ideen*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1971.
- Whitehead A. N.:** *Wissenschaft und moderne Welt*, Morgarten Verlag, Zürich, 1949.
- Whitehead A. N.:** *Der Begriff der Natur*, VCH Verlagsgesellschaft, Weinheim, 1990.
- Whitehead A. N.:** *Prozeß und Realität*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1979.

- Whitehead, A.:** *Die Funktion der Vernunft*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1974.
- Wicksell, K.:** *Vorlesungen über Nationalökonomie*, Scientia Verlag, Aalen, 1969.
- Wiener, N.:** *Mathematik – mein Leben*, Econ Verlag, Düsseldorf – Wien, 1962.
- Wiener, N.:** *Kybernetik*, Econ Verlag, Düsseldorf – Wien, 1963a.
- Wiener, N.:** *Mensch und Menschmaschine*, Athenäum Verlag, Frankfurt am Main, 1964.
- Wiener, N.:** *Gott & Golem Inc.*, Econ Verlag, Düsseldorf – Wien, 1963b.
- Wiesing, L.:** *Philosophie der Wahrnehmung*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2002.
- Willis, P.:** *Spaß am Widerstand: Gegenkultur in der Arbeiterschule*, Syndikat, Frankfurt am Main, 1979.
- Willke, H.:** *Systemtheorie*, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart – Jena, 1993.
- Willke, H.:** *Systemtheorie entwickelter Gesellschaften*, Juventa Verlag, Weinheim und München, 1993
- Willke, H.:** *Ironie des Staates*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1992.
- Winkler, H. A. (Hrsg.):** *Die deutsche Staatskrise 1930–1933: Handlungsspielräume und Alternativen*, R. Oldenbourg Verlag, München, 1992.
- Wittgenstein, L.:** *Tractatus logico-philosophicus*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1963.
- Young, M.:** *Es lebe die Ungleichheit*, Econ-Verlag, Düsseldorf, 1961.
- Zakaria, F.:** *Das Ende der Freiheit*, Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt am Main, 2005.
- Ziegler, J.:** *Genossen an der Macht*, Athenäum Verlag, Frankfurt am Main, 1988.
- Ziegler, J.:** *Die Barbaren kommen*, Wilhelm Goldmann Verlag, München, 1999.
- Ziegler, J.:** *Die neuen Herrscher der Welt*, C. Bertelsmann, München, 2003.
- Zilsel, E.:** *Die sozialen Ursprünge der neuzeitlichen Wissenschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1976.

Zimmerman, L. J.: *Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre*, Bund-Verlag, Köln, 1961.

Zitelmann, R.: *Hitler – Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 1987.